



Liebe LeserInnen,

euch liegt der dritte Reader unserer Gruppe vor. Diesmal haben wir eher eine bunte inhaltliche Mischung zusammengestellt. Hauptsächlich dreht sich die derzeitige Debatte in der radikalen Linken ja um das Thema "Krieg oder Frieden", deshalb wollen wir euch die Texte zu diesem Thema speziell ans Herz legen. Dem Textmaterial zu diesem Thema vorangestellt sind aber erst mal die letzten Fragmente der immer noch währenden Debatte in Berlin.

Da in den vergangenen Monaten neben berechtigter Kritik, netten Kommentaren auch Diffamierungen und Spekulationen das Bild dieser Debatte prägten, nutzen wir hier den Platz um einige Sachverhalte klarzustellen. Wir sind weder mit der Hummel Antifa organisatorisch noch personell identisch. Auch sind wir keine "Nachfolgeorganisation" der Gruppe Internationale Berlin. Nun ja dies wird wohl leider die unzähligen Spekulationen nicht beenden, aber vielleicht hilft's ja beim Diskutieren?

Also wir wollen zum Schluß euch viel Spaß beim Lesen wünschen und unserer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die Zukunft eine emanzipatorische Entwicklung bringt und nicht die weitere Regression! In diesem Sinne:



> Für den kosmopolitischen Kommunismus!

° Gruppe Internationale Webteam [GI]  
im Januar 2003

---

#### Wir bedanken uns für die Fotos bei:

www.antisemitismusstreit.tk,  
Krasse Zeiten, Autonome Antifa  
Nordost Berlin [AANO], Jungle  
World

---

#### Grüße gehen raus an:

die anarchokommunistische  
Gruppe WHITE LAKE; den  
antideutschen Schülerzirkel  
Belzig [ASZB]; die antifascist  
youth Erfurt; die Autonome  
Antifa Nordost Berlin [AANO];  
die Antifa Köpenick; das  
Bündnis gegen Antisemitismus  
und Antizionismus Berlin [BgAA];  
die Antifa Hamm, das Cafe  
Morgenland, die Hummel Anti-  
fa; die Gruppe Venceremos  
Berlin und die Pankower Antifa-  
schistische Offensive [PAO]

---

#### Kontakt:

gi@mail.nadir.org  
www.nadir.org/nadir/initiativ/gi

---

#### V.i.S.d.P.:

Helmut Podjorsky  
Heinerstorferstr. 6  
19086 Berlin

---

#### 00\_Debatte

Verkuht und zugekäfert?   Pierre C. Deason	005
Macht mal Halblang!   Torsten Lange und Stefan Oskan	007
Selbstbewußte Nation für den Rest   Leo Bauer	008
Jargon und Differenziertheit   Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus [B]	013
*don't panic!   gruppe.internationale.webteam	018

#### 01\_Krieg oder Frieden?

Heim ins Reich   Gruppe Casablanca	023
Kein Krieg ist auch keine Lösung   Hummel Antifa	027
«Your wonderful capacity to endlös conflicts»   Hendryk M. Broder	030
Kampf der Friedensbewegung   Antideutsche KommunistInnen Berlin	034
fight warzone capitalism!   Autonome Antifa [M]	046

#### 02\_Frankreich

Ein rotbraunes Querfrontprojekt des Jean-Pierre Chevènement   Gudrun Eussner	041
---	-----



>> von Pierre C. Deason

## Verkuht und zugekäfert?

Eine Erwiderung auf das Interview „Wenn du Kuh sagst, sag ich Käfer...“

(Ralf Fischer im Gespräch mit den antideutschen Kommunisten Torsten Lange und Stefan Oksan über antisemitische Erscheinungen in der linken Szene im Nordosten Berlins)

**T**orsten und Stefan beschreiben im Interview mit Ralf Fischer in der 2. Ausgabe des „Reader zur Debatte“ ihre Positionen als junge, antideutsche Kommunisten aus dem Nordosten Berlins und die Schwierigkeiten in der Auseinandersetzungen mit anderen Linken im Umfeld.

Der Reader ist im Oktober des Jahres erschienen und wird u.a. auf der Website von „Indymedia“ verbreitet.

Zunächst muß ich vorausschicken, daß ich das Gespräch in seiner Gesamtheit sehr aufschlußreich fand, die Klage über die mangelnde Diskussionsfähigkeit der Linken nur zu gut nachvollziehen kann und in den Aussagen von Torsten und Stefan viel verständliche Frustration spüre.

Ich habe auch für mich Neues gelesen.

Die Haltung der beiden zum drohenden Irak-Krieg wird nicht jeder teilen, sie zeigt aber ein ausgesprochen differenziertes Problembewußtsein, den Mut, einzugestehen, daß sie keine einfache Antwort bieten können, schlechthin recht viel Nachdenklichkeit.

Ich habe wie sehr viele eine klare Haltung zum Ob oder Ob nicht des vorbereiteten zweiten (bzw. dritten) Golfkriegs, die beschriebene Nachdenklichkeit muß ich gleichwohl respektieren, da sie dem Zweifel, nicht dem Opportunismus entspringt.

Das Interview verlangt dennoch eine Erwiderung, da durch nur wenige Sätze, aus denen noch dazu der redaktionelle Titel des Interviews gebildet wurde -- willentlich oder nicht -- ein fundamental falsches Bild von zwei „Lokalitäten“ erzeugt wird : Einen Jugendclub und eine Kneipe, die auf jeweils eigene Art auch politische Räume sind.

Letztgenannte Funktion der beiden Einrichtungen und ihre wirkliche Verfasstheit verlangen eine Richtigstellung.

### Die bestreitbaren Äußerungen

Der Redakteur des Readers, Ralf Fischer, fragt die beiden Gesprächspartner im Interview, wo genau sie problematische Ereignisse erleben würden. „Welche Gruppen, Lokalitäten sind besonders bekannt (...) ?“

Stefan antwortet :

„Einschlägig ist mir der Jugendclub „Bunte Kuh“ bekannt, hier trifft mensch immer wieder auf die in links-deutsch-antiimperialistischen Kreisen weit verbreiteten Vorurteile.

Eine Sammlung von z.T. derb antisemitischen Ausfällen in der „Q“ herzustellen, von „A wie Anarchie heißt, alle Staaten inklusive des israelischen abzulehnen“ bis „Z wie Zionismus ist Rassismus“, wäre kein Problem.

Es war wirklich alles dabei, von einem eigens zur Verteidigung antizionistischer Positionen herangekarteten Aktivisten der israelischen Friedensbewegung bis hin zu offenem Nationalbol-schewismus. (...)»

Dann sagt Torsten :

„Wenn Du Kuh sagst, sag ich Käfer !  
Sonst entsteht hier der Eindruck, das Problem ist nur in einigen, heimeligen Nischen zu finden.

Nee, in jeder pseudo-linken Lokalität kann mensch antisemitische Stereotype hören und erleben, so auch in dem von mir gerade erwähnten Torpedokäfer. (...)»

### Zerrbild und Gegenstand

Ralf Fischer hatte gefragt, welche Gruppen, Lokalitäten für problematische Erlebnisse BESONDERS BEKANNT SEIEN. Stefan und Torsten nennen daraufhin nur den Jugendclub Bunte Kuh und die Kneipe Torpedokäfer, jedoch keine andere „Lokalität“, geschweige denn irgendeine Gruppierung.

Damit fällen sie ein klares Urteil und lassen ein Bild entstehen, das die Bunte Kuh und das Cafe Torpedokäfer sozusagen als Heimat antisemitischer Agitation zeigt.

Dieser Eindruck muß durch die zitierten Aussagen bei den Menschen entstehen, die die beiden Orte nicht kennen. Aber auch die regelmäßigen Besucher müssen die zwei befragten Genossen zwangsläufig so verstehen und haben, wie ich erlebt habe, zum Teil mit großer Ungehaltenheit reagiert.

Und das nicht zu unrecht : Dieses Urteil ist grundfalsch, ein Zerr-Bild, das der von ihnen und mir erlebten Wirklichkeit nicht annähernd gerecht wird.

Die Bunte Kuh ist ein von linken und nicht-linken Jugendlichen frequentierter Jugendclub, ein Treffpunkt unterschiedlicher, mehr oder weniger organisierter Gruppen und ungebundener Jugendlicher verschiedenen Alters.

Die Kuh ist jedoch keinesfalls ein Ort, der von nur einer einseitig ausgerichteten Gruppe dominiert wird, so wie man sich das in der Regel bei einem rechtsradikalen Jugendclub vorstellt, der von einer Neonazi-Gruppe beherrscht wird.

Einen Hinweis darauf liefert die Tatsache, daß die beiden Gesprächspartner selbst mehr oder weniger häufig in der Bunten Kuh anzutreffen waren und dort über die Jahre auch thematisch unterschiedliche Veranstaltungen mitorganisiert und politische Auseinandersetzungen geführt haben, so auch zum Thema „Israel vs. Palästina“.

Daß es bei Debatten zu diesem Komplex zu Ausfällen der Disputanten kommt, dürfte eben so unstrittig sein, wie die Urheberschaft dieser Ausfälle zwischen „Anti-Deutschen“ und „Anti-Imps“ umstritten ist.

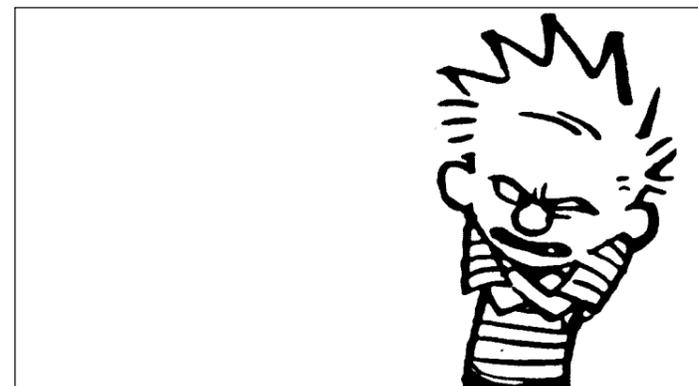
Der Torpedokäfer ist eine Kneipe in der Duncker-Straße, in der seit rund 10 Jahren sowohl völlig unpolitische Gäste wie auch politisch und kulturell aktive Menschen unterschiedlichster Ausprägung zusammentreffen.

Unter den Stammgästen des Torpedokäfers, die beim Bier den Diskurs betreiben, befinden sich ehemalige Vertreter der DDR-Bürgerrechtsbewegung, manche seit Jahren nicht mehr aktiv, andere jetzt den Grünen zuzurechnen, dazu kommen sogenannte „PDS-Reformer“, parteilose Marxisten, aus der PDS verdrängte emanzipatorische Linke, Anarchisten, Autonome Antifas, eben auch Antideutsche Kommunisten, und, und, und.

Das volle Programm also.

Ich kann mich erinnern, ungefähr vor Jahresfrist mehrere Male im Torpedokäfer mit pro-israelischen und pro-palästinensischen jungen Linken ausführliche Streit-Gespräche geführt zu haben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, im Ergebnis aber recht erkenntnisreich waren und keine persönlichen Gräben zwischen den Teilnehmern hinterließen. In diesen Diskussionen waren die Anhänger pro-israelischer Positionen übrigens deutlich stärker vertreten als Anti-Imps oder Vertreter anderer Richtungen.

Einen anderen Ort kann ich mir in Berlin kaum vorstellen, an dem Menschen mit so unterschiedlichen Biographien und Ansichten einen manchmal spontanen, manchmal organisierten gedanklichen Austausch pflegen. Ein Austausch, der so woanders nicht stattfindet, gar nicht möglich wäre. Schon wegen dieser höchst selten anzutreffenden Eigenschaft möchte ich diese Kneipe nicht missen. (\*)



Vorwurf mit eingebauter Rücknahme

Torsten und Stefan beschreiben in dem Interview ausführlich und wie ich finde glaubhaft, die schwierige Situation der antideutschen Kommunisten im Streit mit anderen Linken, wenn es um das Thema Israel und antisemitische Tendenzen in der deutschen Linken geht.

Sie verweisen darauf, daß sie sich naturgemäß in vielen Auseinandersetzungen mit ihren Argumenten in einer Minderheiten-Position befinden. Torsten sagt dazu ausdrücklich, gleich nach seinem Urteil über den Torpedokäfer, daß antisemitische Stereotype in JEDER „pseudo-linken“ Lokalität erlebt werden könnten.

Damit widerspricht er selbst dem Bild, das er und Stefan zuvor von den beiden genannten „Lokalitäten“ zeichnen, nämlich das Bild von Orten, die „für solche problematischen Ereignisse besonders bekannt seien“ (Zitat Frage Ralf Fischer).

Dieser Widerspruch in der Argumentation und die Tatsache, daß die beiden genannten Orte keine antideutsch geprägten Clubs, aber eben auch keinesfalls links-deutsch-typische Brutstätten antisemitischer Ressentiments sind, lassen darauf schließen, daß die Darstellung von Kuh und Käfer in dem abgedruckten Gespräch nach einer Richtigstellung verlangt.

Eine Bitte um Korrektur

Als ein regelmäßig und unmäßiger Besucher des Cafe Torpedokäfer und längst erwachsener „Freund“ der Bunten Kuh müßte ich, bliebe die Darstellung unverändert, den Vorwurf des Antisemitismus auch auf mich und andere, enge Freunde beziehen. Daß Torsten und Stefan dies wirklich im Sinn hatten, als sie einen weitreichenden Problem-Komplex in mündlicher Form, in einem Gespräch, beschrieben, mag ich nicht glauben.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine baldige Erwiderung der Erwiderung und darüberhinaus auf eine ausführliche Debatte, vielleicht wieder zu einer Fragestellung, die unserer aller politischen Entwicklung zuträglich ist, und nicht mehr zum Thema Kuh & Käfer, und vielleicht sogar an einem der beiden genannten Orte.

Berlin-Weißensee, den 27. Oktober 2002

Anmerkung

(\*) Auch wenn die dort gereichten Knacker unter das ABC-Waffenverbot fallen müssten. Der Autor empfiehlt als Ausweichmöglichkeit die tagesaktuell angebotenen Eintöpfe und Suppen.

>> von Torsten Lange und Stefan Oskan

# Macht mal halblang?

Eine Erwiderung der an uns gerichteten Vorwürfe ...

„Ne, ne Leute spart Energie für den Krieg gegen Deutschlands Maschinerie!“ | Eißfeldt 65

**H**eftige Betriebsamkeit, vorauseilender Gehorsam und ein wenig Diskussion sind das bisherige Ergebnis des Interview's mit zwei antideutschen Kommunisten in dem, von dem Gruppe Internationale Webteam veröffentlichten, READER zur DEBATTE. Doch nur wenig Kritik erreichte uns außerhalb der Gerüchteküche, oder die GenossInnen des GI-Webteams. Unsere Stellungnahme bezieht sich somit auf den Text „Verkuht und zugekäfert?“ von Pierre C. Deason und den verschiedenen Debatten, an denen wir teilnehmen konnten. Natürlich gehen wir nicht auf die unhaltbaren Vorwürfe oder gar den peinlichen Versuch, uns mit dem Anwalt zu drohen ein. Doch noch einmal sei hier gesagt: „Wir hätten nicht gedacht, dass dieses Interview so viel unreflektierte Aufregung verursacht“.

Die allgemeine Kritik an dem Interview richtete sich nicht gegen die Feststellung, dass innerhalb gewisser linker Lokalitäten im Nordosten antisemitische und antizionistische Stereotype anzutreffen sind. Wie könnten sie, da alle in dem Interview erwähnten Aussagen tatsächlich belegbar sind. Ne, die meisten regten sich unnötig wegen der expliziten Nennung dieser zwei Lokalitäten auf. Dadurch wurden nicht nur die anderen Inhalte in den Hintergrund gerückt, nein, erstmalig gelang es, diese Debatte ernsthaft in die sie betreffenden Zusammenhänge zu tragen. Auch wenn sie es vorerst mit pauschalen Gegenwürfen und anderen Abwehrreaktionen beantworten.

Das Anliegen des Interviews war eben nicht, wie häufig unterstellt, die in der laufenden Debatte entstandenen Brüche weiter zu forcieren oder gar unseren „Abschied“ aus der sogenannten Linken zu verkünden. Im Gegenteil, wir wollten unsere Position innerhalb der Szene im Nordosten zur Debatte stellen. Keineswegs war unser Bestreben bestimmte politische Lokalitäten im Nordosten Berlins in den generellen Verdacht des Antisemitismus zu stellen. Die von den KritikerInnen immer wieder erwähnten Passagen im Interview geben dies auch nicht her!

Die subjektive Konstruktion, dass angeblich ein „klares Urteil“ durch uns gefällt wurde und damit „ein Bild“ entstanden ist das „die Bunte Kuh und das Cafe Torpedokäfer sozusagen als Heimat antisemitischer Agitation“ erscheinen läßt, weisen wir daher auf das Entschiedenste zurück.

Diese Argumentation läßt darauf schließen, dass wenn wir keine Namen im Interview genannt hätten, alle zufrieden gewesen wären? Nein, wir wollten die betreffenden Lokalitäten erwähnen! Kritik ohne den Adressat ist wie eine Reise ohne Ziel. Wenn keiner an seine eigene Verstrickung erinnert werden darf, kann die radikale Linke das „Geschäft“ der Kritik gleich komplett einstellen. Und da sich viele links verstehende Menschen mit dem Schwarz-Weiß-Schema zufrieden geben, ist leider klar, dass Kritik niemals aus den „eigenen Reihen“ kommen darf. Dadurch wird nur unnötig das Betriebsklima gestört.

Wir wollen hier wie gesagt nicht auf jeden Schwachsinn eingehen, doch durch die Penetranz dieses Vorwurfes wollen wir hier zum wiederholten Male erklären: „Kuschel- oder Sozialgemeinschaften als politisch zu bezeichnen

und dann noch daraus zu schließen, dass Teile dieser Gemeinschaft keine Kritik an ihr äußern dürfen, ist Quark und für eine emanzipatorische Entwicklung kontraproduktiv! Nur durch ständige Analyse und Kritik ist eine emanzipatorische Perspektive möglich.“

Und insofern ist eindeutig klar, dass wir mit dem Interview das Ziel hatten, die entsprechenden Zusammenhänge in eine Diskussion zu verstricken und darüber hinaus vielleicht eine Positionierung zu erreichen. Dass dies bisher nur bedingt geschah, nur auf einen formalen Fehler zurückzuführen, ist ziemlich armselig.

Wir bleiben bei den im Interview getroffenen Aussagen, doch betonen wir auch noch mal, dass die Denunziation von einzelnen Personen, wie zum Teil gefordert wurde, unseren Zielen widerspricht. Dies ist logisch, da wir, wie weiter oben ja schon mal erwähnt, eine Debatte wollen. Vor allem über eine Perspektive „die unserer aller politischen Entwicklung zuträglich ist“. Für uns ist klar wo diese zu finden ist: in den hoffnungsvollen marxistischen rätekommunistischen, jüdisch-internationalistischen Versatzstücken innerhalb der „kommunistischen Utopie“, nicht im Stalinismus oder gar im Reformismus wie uns häufig unterstellt wird.

So bleibt die Aussage, wir hätten einen „Vorwurf mit eingebauter Rücknahme“ erhoben. Doch dies ist sehr billige Polemik, da das Interview als Ganzes zu betrachten ist. Die gesamte im Interview erhobene Kritik ist ziemlich differenziert und sogar schlüssig, doch den wilden Phantasien und der starken Identitätsverwurzelung vieler LeserInnen nicht gewachsen. Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Es tut uns leid, dass einige GenossInnen nach der Veröffentlichung des Interviews „zwischen die Fronten“ gerieten, es ist uns allerdings wichtig klar zu stellen das sie „Opfer“ ihres wild herum identifizierenden Umfelds wurden und nicht unserer Kritik. Dass daneben weiterhin Auseinandersetzungen anstehen werden, und sich dies wohl nie verhindern lassen wird, ist uns klar. Vielleicht auch noch einigen Anderen?

„Wir müssen unsere Energien bündeln, notfalls auch mal mit Benzin zünden. Hauptsache das, die Wut und der Hass die richtigen Ziele finden!“ | Eißfeldt 65

Berlin-Pankow den 09.November 2002

# Selbstbewusste Nation für den Rest

Die Erzählung von der Sharon-Linken

>> Leo Bauer

[Vorbemerkung]

Als Martin Walser 1998 in der Paulskirche die Schlußstrichdebatte einläutete, erhielten seine Thesen über Schuld und Erinnerung Echo bis tief in faschistische Kreise hinein. Auf der anderen Seite konnte er mit seiner betont nationalen Argumentation jedoch lediglich den Teil der Linken erreichen, der bereits von Rot-Grün politisch integriert worden war. Für den Rest blieb das Feindbild von den "Intellektuellen, die uns die Schande vorhalten" auffällig unscharf, die politische Polarisierung war wenn überhaupt eine um Personen: Sympathie mit dem antizionistischen Publizisten und früheren NATO-MfS-Verbindungsmann Rainer Rupp, für dessen Haftentlassung Walser sich rhetorisch engagierte? Oder mit dem jüdischen Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis, der linken Antisemitismus noch aus der Zeit des Frankfurter Häuserkampfes kannte und sich nach dem Auftritt Walsers in der Rolle des Kritikers isoliert fand? Der Historiker Moshe Zuckermann wertete seinerzeit das an die politischen Eliten gerichtete Plädoyer des Heimatdichters für ein anderes Bewußtsein vom Holocaust als "eine Art Gründungsmanifest der Berliner Republik". Vier Jahre später ist Bubis verstummt und in Tel Aviv begraben, Rupp Verfasser außenpolitischer Artikel in der PDS-nahen Presse, und Walser ein Dichter mit dem sich Staat machen läßt. Nur wem die Rolle der "Meinungssoldaten mit vorgehaltener Moralpistole" zugeordnet werden soll, ist noch nicht amtlich geklärt. Doch im Zuge der Meinungsbildung zum Nahostkonflikt haben Antizionisten mit linkem Selbstverständnis den schemenhaften Walserschen Pappkameraden mit der Erzählung von der Sharon-Linken ausgemalt.

Sie sind die Alleinerben des Pathos und der Superlative. Sie sind politische Sektierer, die in blindgläubiger Gefolgschaft die Unfehlbarkeit ihres politischen Heroen hochhalten. Eingezwängt zwischen Hierarchien und Ritualen erliegen sie einer fatalen Romantik: Sie sonnen sich im erträumten Wohlgefallen einer übermenschlichen Lichtgestalt, in der sie klischeehaft ihre politischen Wertvorstellungen repräsentiert sehen. Sie singen das Hohe Lied der Einfachheit und erklären ihr Idol zum Klassiker. Sie wollen anders sein und sind nur Eiferer, die heimlich darauf hoffen, durch devote Heldenverehrung endlich eine eigene Identität zu erhalten. Sie haben Angst vor der Vergangenheit und doch ist diese alleinig treibende Kraft ihres Handelns.

Diese Figuren sind irgendwie von gestern. Sie sind die letzten Deutschen, die auch noch nach dem überstrapazierten Kanzlerwort fremden Machthabern ungefragt ihre "bedingungslose Solidarität" aussprechen - im ebenso blumigen wie großspurigen Stil der Loyalitätstelegramme einstiger K-Gruppen an ihre völkischen Führer im Dschungel. Ihre Sprache ist die Sprache der Unbedingtheit, ihre Wortwahl die der Zentralkomitees, ihr Tonfall der des Befehls: Sie erklären Solidarität zur Pflicht, Kritik zum Sakrileg und Neutralität zum Ding der Unmöglichkeit. Sie setzen anstelle des Arguments das Dogma, anstelle der Differenzierung die Verabsolutierung, anstelle der Komplexität die Ignoranz. Kurz gesagt:

Sie sind die Hurratrioten des Gegners und krönen auf absurde Weise die Epoche pathologischer Personenkulte in der Linken.

Die Rede ist von der sogenannten Sharon-Linken. Mit diesem Terminus beschreiben Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso (jungle World 47/2002 <[http://www.jungle-world.com/\\_2002/47/29a.htm](http://www.jungle-world.com/_2002/47/29a.htm)>) eine Erscheinung, die sie bei "vielen radikalen Linken in Deutschland und in bedingtem Maße auch innerhalb Europas" ausgemacht haben wollen. In Reaktion auf die Zweite Intifada und ihre Folgeerscheinungen in Europa habe sich zehn Jahre nach der Wiedervereinigung eine politische Strömung herausgebildet, deren Anhänger immer offener mit dem letzten Tabu der Vor-89er-Linken brechen: Sie verweigern sich der Dämonisierung Israels als primärem Verantwortlichen des Nahostkonflikts, wie sie in der Berliner Republik regierungsoffiziell geworden ist.

Doch diese neue Bewegung hat nach Ansicht der Erzähler ein vor allem in psychologischen, aber teilweise auch nationalen Begriffen faßbares Problem. Sie unterliegt einer "Sucht nach einfachen Erklärungen" und hegt "Sehnsüchte nach Identität und Orientierung", die sich in der "Solidarität mit einem rechten Abenteuerer" - gemeint ist der gegenwärtige israelische Regierungschef - verwirklichen. Ihre "Flucht vor einer historischen Verantwortung" hat "eine bizarre Vernichtungsphantasie bei den deutschen FreundInnen Israels" zur Folge. Die Sharon-Linke verkörpert eine Tendenz, die sich aus einem "verworrenen Rollenspiel", einer "linksdeutschen Trauerarbeit", einer "eigenwilligen Vergangenheitsbewältigung" speist.

Diese kuriose politische Anomalie - denn darum handelt es sich ohne Zweifel, schenkt man den Autoren Glauben - wirft grundsätzliche Fragen auf, die die Erzählung selbst unbeantwortet läßt: Warum muß Vergangenheit bewältigt werden? Was ist da nicht normal im Geschichtsgefühl dieser Leute? Warum ist die festgestellte Eigenwilligkeit so störend, daß sie der genaueren Erörterung bedarf? Und vor allem: Was richtet diese Sharon-Linke denn in Deutschland an, das die scharfen Rügen so gnadenlos unabdingbar macht?

Ein prominenter Kritiker der Erinnerungspolitik hat sich bereits in allgemeinerer Hinsicht mit dieser Problematik befaßt: "Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird", erklärte der deutsche Heimatdichter Martin Walser <<http://www.dickinson.edu/departments/germn/glossen/heft11/walser.html>> in einer seinerzeit

aufsehenserregenden Rede im Hinblick auf den gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit. "Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen."

Walser ließ damals offen, von wem die offenkundig perfide Aufmerksamkeitserpressung ausgeht. Er sprach vage vom "Meinungs- und Gewissenswart", von mit "Moralpistolen" bewaffneten "Meinungssoldaten", die "uns wehtun wollen, weil sie finden wir haben das verdient" - jedoch ohne die Übeltäter politisch näher zu bestimmen. Holz, Müller und Traverso arbeiten mit ihrer Erzählung genau dieses Versäumnis nach: Es ist die Sharon-Linke - die deutschen Meinungssoldaten der israelischen Fremdenlegion, die auf der Suche nach Identität verzweifeln und mit ihren Moralpistolen Amok laufen.

Aus "Angst, Auschwitz zu relativieren" begreift diese politische Strömung die Geschichte als "Sichtblende". Die Sharon-Linke will "alle Ereignisse auf Auschwitz und dessen Folgen reduzieren" und "alle anderen Verbrechen verharmlosen". In erster Linie natürlich den Nahostkonflikt, dessen Analyse "allein aus der Perspektive der deutschen Verantwortung für die Shoah entworfen", so wie auch "Israel nur als Folge der Shoah begriffen" wird. "Vor allem aber wird alles, was in irgendeiner Weise mit Juden zu tun hat, positiv bewertet, während umgekehrt alles, was sich in irgendeiner Weise gegen Juden richtet, allein nach der Shoah beurteilt wird."

Das kann aber schon aus prinzipiellen Gründen nicht funktionieren, so die drei Autoren: "Auschwitz aber taugt nicht als simplifizierende Welterklärungsformel." Denn wer es sich leicht machen will, macht es nur anderen um so schwerer, ja stellt mit seinem Beharren auf der Rolle der Geschichte gar deren Selbstbewußtsein in Frage: "Auschwitz eignet sich nicht, dafür Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung", so die Klage Walsers.

Der Dichter forschte auch nach dem Distinktionsgewinn, den die Abweichler damit einstreichen: "Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern? Eine momentane Milderung der unerbittlichen Entgegengesetztheit von Tätern und Opfern?"

Holz, Müller und Traverso können auf diese Fragen eine klare und eindeutige Antwort bieten: Es gibt in Deutschland Leute, die nur darauf

harren, "endlich ein Opfer sein zu dürfen bzw. sich mit den historischen Opfern in eins zu setzen": "Die Linken, die sich bedingungslos hinter den Staat Israel stellen, völlig gleichgültig, welche Politik dessen Regierung betreiben mag, glauben sich damit mit den Opfern der Geschichte, mit den in Auschwitz ermordeten Juden identifizieren zu können, und lassen das Bedürfnis erkennen, sich ebenfalls ihrer historischen Verantwortung zu entledigen."

Denn der Verweis auf die deutsche Geschichte, ja gar die politische Schlußfolgerung daraus, erscheint aus Sicht der Selbstbewußten Nation unangebracht: "Ein solches 'Denken nach Auschwitz' ist eine vielleicht gut gemeinte, aber fatale Instrumentalisierung der Shoah." Inwiefern? "Die Erinnerung wird in diesem Fall demagogisch in den Dienst gegenwärtiger Interessen gestellt." An dieser Stelle mündet die Erzählung von der Sharon-Linken ein in die Argumentation Martin Walsers: "Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung."

\* \* \*

Dem nationalsozialistischen Deutschland war der Holocaust wichtiger als seine Existenz. Obwohl sich die Umsetzung der "Endlösung" aller Instrumente der Kosten-Nutzen-Zivilisation bediente, war sie kein Mittel irgendeines zweckrationalen Plans, sondern nationaler Selbstzweck. Der auf die Spitze getriebene Widerspruch zwischen rationaler Organisation und irrationaler Motivation ist die historische Singularität des Holocaust. Das schließt es aus, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis als Instrument eines wie auch immer zweckrationalen Handelns zu erklären.

Doch wenn eine Instrumentalisierung des Holocaust für gegenwärtige Interessen thematisiert wird, geht es dabei um etwas anderes, nicht um das historische Ereignis selbst, sondern um dessen Nennung in den Erzählungen von heute. Zwar ist die Feststellung, daß jede Nennung des Holocaust Instrument einer gegenwärtigen Absicht ist, nicht nur selbstbezüglich, da sie selbst den Holocaust nennt, sondern auch trivial, da es ein interesseloses "Gedenken an sich" gar nicht geben kann. Aber auf Plausibilität kommt es hier nicht an.

Die Leerformel von der Instrumentalisierung enthält in der Kategorie des gegenwärtigen Interesses eine Gleichsetzung von historischem Deja-vu und reversionistischer Schuldumkehr, von Sachzusammenhang und Projektion, von Kontinuität und Demagogie, von Opfern und Tätern. Ganz gleich, in welchem Bezug zur deutschen Nationsidee - aus der er hervorgegangen ist - die Nennung des Holocaust steht: alles gegenwärtiges Interesse. Ganz gleich, wer den Holocaust in welchen gegenwärtigen Kontexten nennt: alles Instrumentalisierung.

Tjark Kunstreich (jungle World 42/2000 <[http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle\\_world/\\_2000/42/24a.htm](http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2000/42/24a.htm)>) beschrieb den Kurzschluß im Gewand der Kritik der instrumentellen Vernunft: "Wenn nicht mehr unterschieden wird zwischen der Indienstnahme von Auschwitz durch die rotgrüne Bundesregierung oder durch die israelische Regierung, also beiden gleichermaßen 'Instrumentalisierung' vorgehalten wird, läßt man außer Acht, daß die Existenz Israels ja nicht nur ideologisch, sondern ganz konkret mit der Vernichtung des europäischen Judentums zusammenhängt. Diese von Antizionisten und auch von Zionisten bestrittene Tatsache in einem scheinbar objektiven Begriff von 'Instrumentalisierung' verschwinden zu lassen, hat zur Folge, daß auch der Massenmord selbst zur Chiffre degeneriert, zu einem Teil des Jargons, in dem Auschwitz nur noch metaphorisch für jede mögliche Form von 'Menschenrechtsverletzung' einsteht."

Die Rede von der Instrumentalisierung ist nur das augenfälligste Beispiel für eine meist unscheinbare, aber nachhaltige Virtualisierungstendenz in der deutschen Sprache: Immer öfter, wenn vom Holocaust und seinen Synonymen die Rede ist, ist mit dem Wort nicht mehr der Gegenstand der Erzählung bezeichnet, sondern die Erzählung selbst. Die Erzählung Auschwitz löst

sich im Sog derartiger Begriffsbildungen von der konkreten politischen Konstellation des geschichtlichen Ereignisses Auschwitz, ja von der Geschichte als solcher gänzlich ab, sie wird fortan definiert durch die Kontexte, in die sie eingesetzt wird.

Auschwitz kann genannt werden, ohne erinnert zu werden, denn es ist nicht mehr die gelungene Selbstverwirklichung der deutschen Nationsidee, sondern ein beliebiges historisches Bild. Dieses Denken veranlaßt beispielsweise den portugiesischen Antizionisten [http://www.motherjones.com/web\\_exclusives/commentary/opinion/gitlin\\_june.html](http://www.motherjones.com/web_exclusives/commentary/opinion/gitlin_june.html) Jose Saramago <http://www.wdr.de/tv/kulturweltspiegel/20020407/5.html> zu der Erläuterung: "Wenn Sie das Wort Auschwitz nicht mehr hören wollen, kann ich es zurücknehmen und sage stattdessen etwas anderes."

\*\*\*

Was hat es nun auf sich mit der Sharon-Linken? In dem Text, auf den sie nach Angaben der Autoren zurückgeht (taz 07.05.2002 <http://www.judentm.net/deutschland/bekennniszwang.htm>), kommt die Floskel nicht vor. So wie Holz, Müller und Traverso die Erscheinung definieren, darf man es wohl nicht als schmeichelhaft empfinden, sich ihr zuzurechnen. Es scheint fast so - folgt man den Autoren - als sei der einzige Weg, dem beschriebenen "Irrglauben" und seinen Selbsttäuschungen zu entgehen das sture Festhalten am Antizionismus der Vor-89er-Linken, allen Veränderungen im politischen Umfeld des Nahostkonflikts zum Trotz.

Die Erzählung von der Sharon-Linken zielt gegen diejenigen Stimmen, die darauf hinweisen, daß ein Antifaschismus auf der Höhe der Berliner Republik den Abschied vom Antizionismus zur Voraussetzung haben könnte. Bereits der grundsätzliche außenpolitische Nonkonformismus der Linken legt diese Konsequenz nahe, insbesondere seit nach dem 11. September [http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/Artikel/ix\\_56050.htm](http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/Artikel/ix_56050.htm) die Regierungen der Europäischen Union ankündigten, sich "vermehrt und unablässig im weltpolitischen Geschehen zu engagieren". Aber es scheint nicht ausgeschlossen, daß auch politisch tiefergreifende Überlegungen zu demselben Schluß gelangen.

Die alle Prognosen übertreffenden deutschlandpolitischen Transformationen der neunziger Jahre geben Anlaß dazu, ein in der Zwischenkriegszeit jahrzehntelang auf Eis liegendes Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Es ist die Frage nach dem Versagen der Linken vor dem Holocaust: Wie konnte es geschehen, daß die Nationalsozialisten ihre Gegner nicht nur repressiv, sondern auch politisch neutralisierten? Wie konnte der Holocaust den verbliebenen Überresten der Linken die Sprache verschlagen?

Die deutsche Teilung hatte die Vor-89er-Linke vorübergehend von der Klärung dieser Problematik entlastet. Die politische Auseinandersetzung über die Ursachen dieses Versagens, seine direkten und indirekten Auswirkungen und die Konsequenzen, die erforderlich sind, um eine Wiederholung auszuschließen, hat gerade

erst begonnen. Sie wird durch die Verbreitung pauschaler Feindbilder, wie die Erzählung von der Sharon-Linken eines darstellt, eher gehemmt als gefördert.

Die Erzählung von der Sharon-Linken mündet in einen nationalen Normalisierungsdiskurs. Sie setzt die Suche nach linken Positionen zur Kritik der Intifada dem Ressentiment der Selbstbewußten Nation aus. Doch obwohl das die Frage aufwirft, wieso Holz, Müller und Traverso sich oberflächlich von Walser distanzieren, anstatt offen aus seiner "berühmten Friedenspreisrede" (junge Welt 01.02.2002 <http://www.jungewelt.de/2002/02-01/015.php>) zu zitieren, kann es kein Anlaß zu Schimpf und Skandal sein. Denn eine linke Position, die dieser politischen Realität nicht standzuhalten vermag ist wertlos, selbst wenn sie sich dem antizionistischen Konsens der Berliner Republik verschließt.

Die Erzählung von der Sharon-Linken ist aber auch kein konstruktiver Beitrag. Schon eher ein Blick aus der Perspektive eines bornierten Generalverdachts der "Preisgabe elementarer linker Überzeugungen", der versucht, den Traditionalismus der Vor-89er-Linken gegen den Post-89er-Antifaschismus zu mobilisieren. Sie sagt über ihre Erzähler mehr aus, als über diejenigen, die darzustellen sie vorgibt.

Dieser Mechanismus ist charakteristisch für die Wahrnehmung politischer Initiativen, die sich der Dämonisierung des Zionismus verweigern. So fand Mitte April dieses Jahres in Berlin eine Demonstration statt, die bereits im Vorfeld Irritationen ausgelöst hatte. Antizionisten hielten das Motto "Solidarität mit Israel" für eine spiegelbildliche Umkehrung des Selbstverständnisses der vorausgegangenen, der "Solidarität mit Palästina" gewidmeten Manifestationen.

In einem Redebeitrag [http://www.bjds.de/presse/pe20020415\\_demorede.html](http://www.bjds.de/presse/pe20020415_demorede.html) auf dieser Veranstaltung stellte Uriel Kashi vom Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland (BJSD) klar: "In letzter Zeit wurde mir von verschiedenen Menschen die Frage gestellt: Wofür wollt ihr am Sonntag eigentlich demonstrieren? Für Arik Sharon, den gewählten Ministerpräsidenten des Staates Israel? Für Schimon Peres, seinen Außenminister, den Friedensnobelpreisträger? Gegen das palästinensische Volk? Gegen Arafat?"

Die Antwort auf all diese Fragen muss erst mal NEIN lauten. Im Gegensatz zur gestrigen Demonstration, wo Tausende ihrer Solidarität mit Palästina Ausdruck verliehen, lässt sich auf dieser Demonstration kein Personenkult für oder gegen eine bestimmte Person beobachten. Im Gegensatz zu gestern werden hier keine Bilder von 'Märtyrern' in die Höhe gehoben. Im Gegensatz zur Demonstration gestern werden hier keine Fahnen verbrannt. Im Gegensatz zu gestern wird hier auch keine der an diesem traurigen Konflikt beteiligten Parteien mit dem Naziregime verglichen oder in Zusammenhang gebracht."

\*\*\*

Nach dem Ende der "Operation Defensive Shield" erklärte die sogenannte Antiimperialistische Koordination <http://www.antiimperialista.com/de/view.shtml?category=2&id=1024826182> zur Strategie der zweiten Intifada: "Diese basiert gänzlich auf der Aufschaukelung des militärischen Konflikt mit Israel. Immer neue, zerstörerischere und mutigere Angriffe sollen einerseits die Stabilität der imperialistischen israelischen Gesellschaft zunehmend erschüttern und andererseits den internationalen Druck auf den zionistischen Staat so erhöhen, dass er sich schließlich aus den besetzten Gebieten zurückziehen müsse. Eine paradoxe Strategie, deren Beschränktheit heute offensichtlich ist. Der Form nach zutiefst militaristisch, überlässt sie die Überwindung des unerhörten militärischen Ungleichgewichts einem politischen Wunder."

Worin dieses "politische Wunder" besteht, hat Nabil Schaath <http://www.taz.de/pt/2002/04/19/a0056.nf/text>, langjähriger Vertrauter Jassir Arafats und sein Minister für internationale Zusammenarbeit, am 18. April 2002 in Berlin bei einem Gespräch mit Joseph Fischer

erläutert: "Wir würden sehr gerne Truppen ins Land kommen sehen." Der deutsche Außenminister hatte gemeinsam mit dem Kanzler am 9. April, dem jüdischen Holocaust-Gedenktag Jom haShoah <http://www.hagalil.com/shoah/holocaust/index.htm>, als militärische Alternative zu einem Sturz Saddam Husseins das Vorhaben präsentiert, Bundeswehreinheiten mit scharfem Mandat in den palästinensischen Gebieten zu stationieren. Jackson Janes <http://www.dki.antifa.net/antisemitismusstreit/fischerinitiative.html> vom Amerikanischen Institut für Zeitgenössische Deutschlandstudien charakterisierte das sogenannte "Ideen-Papier" Fischers so:

"In diesem Plan scheint es, daß Intervention Friedens-Schaffung bedeutet, nicht bloß Friedens-Erhaltung. Deshalb wird von allen Truppen, die in dieses Gebiet geschickt werden, erwartet, daß sie auf Gewalt und Terror angemessen reagieren können, so wie es auch im Balkan der Fall ist. Kanzler Schröder schlug sogleich vor, daß deutsche Truppen Teil einer solchen Kraft sein könnten. Die Stellungnahme löste sofort Kritik von links und rechts aus, wobei die eine Seite die Vorstellung deutscher Truppen in Israel ein Zeichen von Ignoranz gegenüber der Geschichte nennt und die andere Schröder kritisiert, Zusagen zu geben, die er wegen einer schon überstrapazierten Bundeswehr nicht einhalten könne. Aber die Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes in Berlin behaupten, daß Deutschland eine besondere Verantwortung hätte, zur Friedenssicherung in dieser unruhigen Region beizutragen.

Tatsache ist, daß diese Initiative einen weiteren Fall darstellt, in dem Deutschland eine Führungsrolle im globalen Rahmen ergriffen hat, und diesmal im hochsensiblen Feld der Nahostpolitik. Wir sind weit entfernt von den Tagen des Golfkriegs vor über einem Jahrzehnt, als deutsche Scheckbuchdiplomatie die meistgespielte Karte war. Die Präsenz deutscher Truppen im Einsatz im Balkan, am Horn von Afrika und in Afghanistan könnte jetzt auf die Westbank ausgedehnt werden."

Die israelische Regierung hat die niemals offiziell zurückgenommenen Einmischungsbestrebungen ohne große Gesten abgelehnt und in ihren Reaktionen auf die Eskalation von Netanya vermieden, ihnen einen politischen Vorwand zu bieten. Regierungschef Ariel Sharon hat auch dem außenpolitischen Koordinator der Europäischen Union Javier Solana, der den Mittelmeerraum als eine Art Hinterhof der werdenden Supermacht betrachtet, die Tür gewiesen. Beides hat ihm das tiefe Ressentiment der europäischen Öffentlichkeiten eingebracht.

In seiner Brandrede auf dem berühmten Bielefelder Farbbeutelparteitag, auf dem die Grünen 1999 den Bruch mit der außerparlamentarischen Linken vollzogen, erläuterte Joseph Fischer, wie Deutschland sich Anlässe zur militärischen Intervention verschafft: "Dann werden wir die Konsequenz haben, daß die Vertriebenen, daß die Entrechteten, daß diejenigen gleichzeitig die

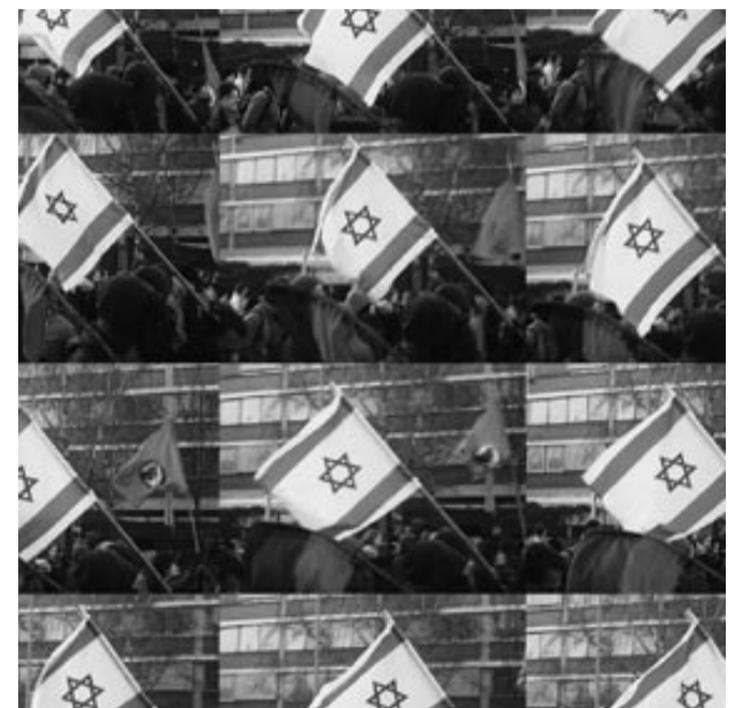
großalbanische Idee, die gegenwärtig nur eine politische Randerscheinung ist, in einem Maße befeuern werden, wie wir es von den Palästinensern kennen." Anstelle eines volksgruppenpolitischen Krisenmanagements nach dem Modell Kosovo finden demnächst in Israel und in der palästinensischen Autonomiebehörde parallele Neuwahlen statt. Das ist nicht die schlechteste Perspektive für Befürworter einer arabisch-israelischen Integration.

\*\*\*

Die israelische Linke - soweit sich das außerparlamentarische Spektrum, das politisch von der Autonomen-Subkultur über Organisationen von Kriegsdienstverweigerern bis hin zu dem israelischen Rudolf-Augstein-Pendant Uri Avneri reicht, überhaupt auf einen gemeinsamen Begriff bringen läßt - ist internationalisiert. Sie steht im dauernden Rampenlicht und kann schon längst keine politische Meinungsbildung mehr unter sich betreiben. Jede Position, die israelische Linke äußern, wird aus ihrem Bezugssystem herausgeschnitten und in andere Kontexte überführt. Bezugnahmen finden sich überall in europäischen Nahost-Diskursen. Doch während beispielsweise die "Gush Shalom"-Gruppe sich nach außen hin zur Avantgarde des besseren Israel stilisiert, verweigern sich andere einer Kronzeugenrolle in deutschen Debatten.

Denn oft speist sich das intensive deutsche Interesse an Israelis mit Minderheitenpositionen nicht aus Solidarität, sondern dem Wunsch, Rechtfertigungen für schwer zu begründende Ausprägungen von Antizionismus zu finden. Dadurch ist die Wahrnehmung israelischer Linker in Deutschland von unangemessenen Pauschalisierungen geprägt. So mußte selbst der Möllemann-Anhänger Shraga Elam <http://www.kalashnikov.net/de/txt/2002/elam07.html> einräumen: "Ich muss darauf hinweisen, dass wir im israelischen Kontext eher von einem Friedenslager, als von einer Linken sprechen können. Denn trotz einer relativ langen sozialistischen Tradition haben sich die israelischen Linken seit 1967 immer mehr auf die Fragen der Besetzung und der Friedenspolitik konzentriert, wogegen die traditionellen linken Inhalte zumeist vernachlässigt wurden. Dementsprechend wurden die Grenzen zwischen links und rechts verwischt. So werden prominente FriedensaktivistInnen, wie etwa der Publizist Uri Avneri, welcher ein brennender Antisozialist ist, irrtümlicherweise als Linke bezeichnet."

Doch mit israelischen Linken solidarisch zu sein, heißt nicht nur, ihre



Positionen im Gesamtzusammenhang zu sehen, sondern auch ihr Selbstverständnis ernstzunehmen. Beispielsweise antwortet Courage to Refuse <<http://www.seruv.org.il/FAQEng.htm>>, eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern auf die Frage, warum sie keine Kritik an Aktionen der palästinensischen Seite äußern: "Es ist wichtig zu verstehen, dass unsere Kritik am Vorgehen unserer Armee keinesfalls die Unterstützung von Aktionen der Gegenseite impliziert. Wir können nicht zulassen, dass ihre Verbrechen unsere Dummheit legitimieren. Ich fühle mich nur für die Aktionen meines Landes verantwortlich, und nur dagegen kann ich protestieren, egal ob die andere Seite schuldig oder unschuldig ist."

Die oft noch einseitige Solidarität mit Minderheitenpositionen könnte sich auch auf diejenigen ausweiten, die vom Arafat-Regime als sogenannte "Kollaborateure" verfolgt werden, die wenigen Linken und Unangepaßten, Antifaschisten und Humanisten, und die Lesben und Schwulen in der vom politischen Islam fast vollständig zerstörten palästinensischen Gesellschaft. Das ist nicht nur bitter nötig, da sie im Gegensatz zu ihren israelischen Pendanten keinerlei Rampenlicht haben. Es ermöglicht auch, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Palästinenser nicht allesamt bloß wandelnde Zeitbomben sind, wie von den Apologeten der Intifada immer wieder suggeriert. Denn hinter dem Stereotyp vom kollektiven Befreiungskampf verbirgt sich eine Realität der brutalen Unterdrückung des einzelnen:

"Die Verfolgung von Schwulen unter der palästinensischen Autonomiebehörde kommt nicht nur von den Familien oder den islamischen Gruppen, sondern von der Autonomiebehörde selbst", sagt Shaul Ganon <<http://www.thenewrepublic.com/doc.mhtml?i=20020819&s=halevi081902>> von der in Tel Aviv ansässigen Agudah, einem Verband von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern in Israel. "Der übliche Vorwand ist, sie als Kollaborateure zu bezeichnen - obwohl ich auch von zwei Fällen in den letzten drei Jahren weiß, wo Leute ausdrücklich wegen Homosexualität angeklagt wurden." Seit der Intifada hat die palästinensische Polizei in erhöhtem Ausmaß islamisches Recht durchgesetzt. "Es ist mittlerweile unmöglich, unter der Autonomiebehörde offen schwul zu leben."

"Die palästinensischen Menschenrechtsgruppen haben Angst, sich mit dem Problem zu befassen. Ein palästinensischer Aktivist sagte mir, daß Israelis das Thema aufwerfen müssen, da palästinensische Organisationen verboten werden, wenn sie es selbst versuchen. Amnesty Israel sympathisiert mit dem Anliegen, aber sein Mandat ist auf israelische Menschenrechtsverletzungen beschränkt. Und die internationalen Menschenrechtsorganisationen sagen, sie hätten eine lange Liste dringenderer Themen. Wenn hingegen israelische Polizei arabische Israelis wegen Homosexualität schikaniert und ich Berichte veröffentliche - dann können Sie sehen, wie schnell die Menschenrechts-

organisationen Kontakt mit mir aufnehmen, um die Vorfälle zu untersuchen. Die Heuchelei ist unglaublich."

\*\*\*

Für den politischen Status der palästinensischen Gebiete sind mehrere Möglichkeiten denkbar - in der absteigenden Reihenfolge ihrer Wünschenswertigkeit: ein friedlicher Palästinenserstaat, israelische Präsenz, ein kriegerischer Palästinenserstaat, internationale Präsenz, Niemandsland, deutsche Präsenz.

Wichtiger als von Deutschland aus ultimative Forderungen an Israel zu stellen sind Überlegungen, wie ein friedlicher Palästinenserstaat heute, viele Jahre nach dem Ende der Linken in Palästina, entstehen kann. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Staat auch auf seinem Gebiet lebenden Israelis ein Bleiberecht einräumen könnte. Im Ausgleich könnte sich eine entsprechende Zahl palästinensischer Siedler in Israel niederlassen. Vermutlich setzt all das voraus, daß zuerst in Palästina eine antifaschistische Linke entsteht. Doch solche Aussichten sind vage. Es kann von Deutschland aus ohnehin nur darum gehen, den Gedanken der arabisch-israelischen Integration zu veranschaulichen.

Konkrete Konzeptionen können nur vor Ort entworfen werden und sind nicht sofort zu haben. Diesen komplexen Prozeß auf den sicherlich darin enthaltenen Rückzug des israelischen Militärs zu reduzieren hieße für Linke in Deutschland, sich zum Erfüllungsgehilfen der eigenen Regierung und ihres strategischen Eintretens für bedingungslose nationale Souveränität der Palästinenser zu machen. Denn der Nahostkonflikt ist nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gänzlich neu internationalisiert.

Nicht nur Europa, sondern auch viele arabische Staaten haben in verschiedene politische und religiöse Bewegungen investiert. Das politische Spektrum, dem die Palästinenser unterworfen sind, besteht praktisch ausschließlich aus Stellvertreterakteuren. Vieles deutet darauf hin, als wäre das Ende dieser Einflüsse notwendige Voraussetzung für einen friedlichen Palästinenserstaat und dieser nur im Rahmen einer regionalen Neuorganisation des Nahen Ostens erreichbar, die an anderer Stelle beginnt. Die Region ist in gesellschaftlicher Stagnation versunken, und der politische Islam, der im Namen der Massen Lösungen verspricht, erweist sich dort, wo er an die Macht gelangt, als Teil des Problems.

Die Debatte, wie ein solcher Umbruch zu erreichen ist und welche politischen Kräfte darin einen konstruktiven Beitrag leisten könnten, hat spätestens mit dem Zusammenbruch der Türme vom Hudson River begonnen. In ihr die Kritik der Linken auf Israel zu beschränken, heißt sich den Herausforderungen der Gegenwart an einen internationalistischen Antifaschismus zu verschließen.

\*\*\*

Debatte

Klaus Holz, Elfriede Müller, Enzo Traverso: Schuld und Erinnerung:  
[http://www.jungle-world.com/\\_2002/47/29a.htm](http://www.jungle-world.com/_2002/47/29a.htm)

Udo Wolter: Projektion und Wahn:  
[http://www.jungle-world.com/\\_2002/48/29a.htm](http://www.jungle-world.com/_2002/48/29a.htm)

Ole Frahm und Freunde: Ein Opfer zu viel:  
[http://www.jungle-world.com/\\_2002/48/31a.htm](http://www.jungle-world.com/_2002/48/31a.htm)

Redaktion Bahamas: Mut. Klartext. Jungle World.:  
<http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/Mueller-Holz-Traverso.htm>

Verschiedene Unterzeichner: Wir Philozionisten:  
[http://www.jungle-world.com/\\_2002/50/04d.htm](http://www.jungle-world.com/_2002/50/04d.htm)

indymedia.de.vu-Kollektiv: kontroverse antizionistische diskursioption?:  
<http://wolfgangklimm.piranh.com/texte/text0005.htm>

>> Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus [B]

# Jargon und Differenziertheit

Anmerkungen zu den Neuen Aufklärern Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso.

Für das ideologische Verfahren, „eine bescheidene Anzahl signalhaft einschnapperender Wörter“ aufzuladen „auf Kosten von Satz, Urteil und Gedachtem“, hat Theodor W. Adorno den Begriff des Jargons geprägt: „Was der Form nach zu überfliegen scheint, worauf es sich bezieht, setzt sich dadurch als Höheres. [...] Freilich kippt es, als nichtige Veranstaltung, immer wieder aus den Pantinen und stolpert in Quatsch.“

Quatsch ist anzutreffen, wenn „sprachliche[s] Brimborium“ die Gedankenentwicklung ad absurdum führt. Gefährlich wird Quatsch, wenn Ressentiment in die Sprache einsickert. Zur theoretischen Leichenschändung gerät Quatsch, wenn - unter Rekurs nicht zuletzt auf die Kritische Theorie - 'Aufklärung' und 'Differenzierung' zu Zentralworten eines Jargons mutieren, der vor Antizionismus nur so strotzt und Antisemitismus entweder verleugnet, rationalisiert oder - zumindest mit einer Figur - auch noch artikuliert.

So geschehen im JungleWorld-Dossier Schuld und Erinnerung (JW 48/02) von Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso (im folgenden: HMT). Ihr „Denken nach Auschwitz“ ist exemplarisch für den Zustand der deutschen Linken: Empörung darüber, dass es z.B. dem Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus - angesichts einer der größten antisemitischen Demonstrationen in Deutschland nach 1945 - mit „dem Slogan 'Solidarität mit Israel' [...] nicht um die Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Staates ging und eine Solidarität mit den PalästinenserInnen ausgeschlossen wurde“. Im Jargon formuliert: „Solche undifferenzierten binären Positionierungen werfen all das über Bord, was aufgeklärtes Denken ausmacht.“

'Aufklärung', 'Differenzierung', 'Komplexität', 'einfach', 'binär', 'Projektion', 'Identität', 'Instrumentalisierung' und ihre jeweiligen Derivate sind die Signalworte der Neuen Aufklärer. Familienähnlichkeit besteht zum Antinationalismus der Äquidistanzierten. Nicht nur dass solche Worte, die einmal Begriffe waren, inflationär verwendet werden. Auch der Popanz wird aufgebaut, die israelisolidarischen Antideutschen „benutzen“ genauso wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft „den Nahostkonflikt nur als Projektionsfläche. Sie setzen der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr eine Verabsolutierung des Täter-Opfer-Modells entgegen.“ Wo jedoch - ihrer Bezeichnung gemäß - die Äquidistanzierten noch Distanz wahren, gehen HMT einen Schritt weiter, d.h. zum offenen Angriff auf den jüdischen Staat über.

'Projektion' und 'Identifikation'

Wenn es in einer langen Liste bizarrer Beschuldigungen heißt, die Antideutschen instrumentalisierten Auschwitz als „simplifizierende Welterklärungsformel“, verharmlosten in Reduktion darauf alle anderen Verbrechen und befriedigten ihr „Bedürfnis nach umfassender Orientierung, Einfachheit und Identität“, um mittels einer Positivbewertung alles Jüdischen Klarheit darüber zu suggerieren, „wer die Guten und wer die Bösen sind und folglich, mit wem man sich als Linke zu identifizieren

hat“, dann besitzt das fast schon Unterhaltungswert.

Bedenkenswert ist an diesen Sottisen, was mit den Worten passiert. Nach einigen Anläufen findet der Jargon seine Einsatzstelle, an der er sich austoben kann: 'Identifikation' = 'Projektion'. Was für eine Sprache: „'die Juden' als eine homogene Gruppe, auf die man die eigenen Sehnsüchte nach Identität und Orientierung projiziert“; die PalästinenserInnen als „Sündenbock einer linksdeutschen Trauerarbeit, die nicht auf Reflexion, sondern auf Identifikation abzielt“; die Jüdinnen und Juden „als Objekte von Liebe und Mitgefühl“: „eine Projektion, ein selbst geschaffener Fetisch“. Es handelt sich um Jargon-Operation in Reinkultur: Bedeutungsschichten aus verschiedensten Kontexten werden in einer spezifischen Wortverwendung aufgesaugt, mit dem Ergebnis eines diffus-pseudoevidenten Sinns. Davon zehrt dann die absurde Ausgangskonstruktion, Möllemann und die antideutsche Israelolidarität würden sich in ein und derselben Logik bewegen, nämlich derjenigen der 'PROJEKTION'.

Unkritische TheoretikerInnen wie HMT gerieren sich in einer Weise als antiidentitär, dass jede Identitätskritik unmöglich wird. Im Anschluss an Adorno wäre kritisches Denken jedoch als Prozess aufzufassen, der sich unabgeschlossen-ungedeckt aus Identifikationen herauswindet. Gerade diese Einsicht sollte vor der Beurteilung politischer Kontexte nicht halt machen: setzt man die dort notwendig und permanent stattfindenden Identifikationen in eins mit Projektion, dann werden alle Katzen grau wie der Jargon.

Das heißt nicht, dass Identifikationen irgendetwas progressives abzugewinnen ist: Sie besitzen einen zutiefst narzisstischen Charakter, insofern man im Anderen nur das sieht, was man in ihn hineingelegt hat und ihm damit keinesfalls gerecht wird. Ob jedoch positive Selbstbilder abgespult werden (Identifikation) oder ob sich verleugnete Selbstanteile (im Akt der Projektion) zu sozialer Paranoia verdichten, das markiert den Umschlagspunkt zu Antisemitismus und tangiert deshalb eine jede Antisemitismus-Theorie, die sich nicht von ihrem Gegenstand verabschiedet.

Zu erwarten war, dass das Jargon-Geraune von 'Projektion' = 'Identifikation' auch noch den Vorwurf des „Philozionismus“ absondert. Das klingt brisant in Anbetracht der philosemitischen Israel-Bewunderung, die in Deutschland in den 1960er Jahren eingesetzt hat. Angenommen jedoch, die antideutsche Israel-Solidarität beruhte tatsächlich primär auf Identifikationen, ist

es immer noch Quatsch, daraus wie HMT zu schließen, dass gängige JüdInnen-Bilder einfach umcodiert würden. Vom Philosemitismus haben die Neuen Aufklärer herzlich wenig verstanden. Er ist ein Grenzgänger zwischen Projektion und Identifikation und speist sich aus beiden. Wer Philosemitismus einfach mit Identifikation gleichsetzt, wird auf immer vor das Rätsel gestellt bleiben, warum sich das abwehraggressive Potential des sekundären Antisemitismus gerade im Philosemitismus reproduziert.

### 'Scharon-Linke'

Fast so kreativ wie ein Attac-Statement ist die Wortbildung „Scharon-Linke“ und die ihr zugrundeliegende Konstruktion, „bereits der Slogan ‘Solidarität mit Israel’“, „implizierte“ „eine Identifikation mit der Politik Scharons“.

Diese Beobachtung mag zutreffend sein auf der Grundlage sprachmystischen „Denkens nach Auschwitz“, nicht jedoch auf der von kritischer Gesellschaftstheorie. Das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus unterscheidet die Notwendigkeit eines jüdischen Staates als Refugium vor Antisemitismus, die institutionelle Verfasstheit der israelischen Gesellschaft und konkrete israelische Regierungspolitiken. Dass Israel im Unterschied zu den von HMT verklärten arabischen Gesellschaften über bürgerliche Rechtsstandards und eine sehr kontroverse politische Öffentlichkeit verfügt, macht diese Gesellschaft sympathisch, berührt das Solidaritätsverständnis aber nicht im Kern. Hierbei geht es um negative Solidarität gegen alle antisemitischen Angriffe auf den jüdischen Staat und seine BürgerInnen. Insofern Ariel Scharon quasi als Charaktermaske dessen Verteidigungsnötigkeit exekutiert, gilt die Solidarität auch seiner Regierung. Etwas anderes ist das Problem der Angemessenheit der Mittel bzw. die Frage, ob eine jede konkrete israelische Regierungsmaßnahme die Verteidigungsnotwendigkeit oder z.B. siedlungsmilitante Tendenzen innerhalb der israelischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Wäre 'Kritik an Israel' nicht der Topos, der den momentanen Antisemitismus in Deutschland organisiert, könnte anhand jener Fragen im besten Sinn Kritik geübt werden. - Kritik an bestimmten israelischen Regierungspolitiken wäre dann politisches Medium einer grundsätzlichen, d.h. auf begründeten Prinzipien beruhenden Solidarität mit Israel. Für diejenigen, die es immer noch nicht kapiert haben: niemand aus dem antideutschen Spektrum verspürt Affinität zu religiös-fundamentalistischen Vereinigungen, sei es in Israel, Deutschland oder den USA.

Wer für den jüdischen Staat Partei ergreift, dem - behauptet der Jargon - muss Auschwitz zur „Sichtblende“ werden. Dagegen sprechen HMT

zu Beginn ihres Textes von der „Schwierigkeit“, den „Nahostkonflikt weder unabhängig von der Shoah noch allein aufgrund der Shoah“ zu beurteilen. Wenn auch banal, ist das eine sachhaltige und deshalb richtige Aussage. Verglichen damit ist der restliche Text ein performativer Widerspruch sans phrase: HMT kennen als Ursache für das reale Leiden der PalästinenserInnen nur die israelische „Besatzungspolitik“, „Militärdiktatur“ bzw. den israelischen „Staatsterrorismus“. Eine solche Betrachtungsweise heißt aber nicht „einfach“ oder „binär“, sondern monistisch.

HMT können daher nicht begreifen, dass der sog. „Nahostkonflikt“ mit einem gewalttätigen Kampf um Land seinen Anfang nahm, der in nuce den Konstitutionsprozess kapitalistischer Nationalstaaten wiederholte. Hinzu kamen die spezifisch koloniale Konstellation der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie der Widerspruch zwischen aufgeklärt-westlichem zionistischen Projekt und arabischer Latifundiengesellschaft. Zugleich war der Konflikt von Beginn an (z.B. Muslimbruderschaft) überdeterminiert von Antisemitismus, der in den letzten 50 Jahren durch einen schubhaften und widersprüchlichen Formierungsprozess zur dominanten Konfliktlogik geworden ist. Dass der Jargon anfängt, bei diesem Gedanken um sich zu schlagen, liegt an einer stupiden und verharmlosenden Auffassung von Antisemitismus.

### Arabischer Antisemitismus

Die Neuen Aufklärer setzen einmal den palästinensischen Antisemitismus in Anführungsstriche, ein andermal brabbeln sie von antisemitischen „Töne[n] diverser palästinensischer Strömungen“. Begrifflich äußerst stringent heißt es außerdem, der „Antisemitismus, den die nach Europa emigrierten Muslime formulieren“, verleihe „einem neuen Typus der Judenfeindschaft Ausdruck“.

‘Außerordentlich spannend und interessant’ sagt sich der Jargon, da muss ‘eine differenzierte Debatte geführt werden’. Mit dem Resultat, dass - indem Antisemiten zu „antisemitischen KritikerInnen Israels“ aufsteigen - Antisemitismus Kritikfähigkeit zugesprochen und Synagogenschändung als ‘entfremdeter Protest gegen die Entfremdung’ rationalisiert wird: „Ein Brandanschlag auf eine Synagoge ist ein antisemitischer Akt, der zu verurteilen und zu sanktionieren ist. Aber es ist nützlich zu wissen, ob es Skins waren, Nostalgiker eines Vichy-Frankreich, islamische FundamentalistInnen oder Jugendliche maghrebischer Herkunft, die dadurch ihre Unterstützung der palästinensischen Intifada ausdrücken wollen.“ Das an ‘Komplexität’ wirklich unüberbietbare Schema lautet: Ein Araber kann kein richtiger Antisemit sein, weil er kein Europäer ist.

Hilflos wird losgetreten: der Hinweis auf den eliminatorischen Charakter jedes und damit auch des arabischen Antisemitismus sei eine „Vernichtungsphantasie der deutschen FreundInnen Israels“, in der „eine Schuldabwehr und eine Relativierung der Shoah“ liege. Und in plumpestem Manier versuchen HMT, Antirassismus und Anti-Antisemitismus gegeneinander auszuspielen, indem dem Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus nachgesagt wird, es konstruierte „die Palästinenser, die Araber und die Muslime [...] samt und sonders zu Antisemiten“.

Die ‘Antisemitismusforscher’ Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso haben nichts, aber auch gar nichts vom modernen Antisemitismus verstanden. Nicht Auschwitz ist bei ihnen die singuläre deutsche Tat, sondern der „eliminatorische Antisemitismus“. Schon ein wenig Reflexion hätte jedoch zur Erkenntnis geführt, dass sich - im Unterschied zum christlichen Antijudaismus - der moderne Antisemitismus gerade durch das politische Ziel auszeichnet, die von ihm konstruierte ‘allmächtige jüdische Gegenrasse’ zu vernichten. Jean-Paul Sartre hat das in die prägnante Bemerkung gegossen: Was der Antisemit „wünscht, was er vorbereitet, ist der Tod des Juden.“ Deshalb sehen Antideutsche und der qualifizierte Teil der Antisemitismusforschung die deutsche Singularität nicht im „eliminatorische[n] Antisemitismus“, sondern darin, dass dieser in Deutschland die gesamte Gesellschaft erfasst hat und im NS als determinierende Handlungslogik in der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden kulminiert ist.

Es ist also im Grunde tautologisch, vom eliminatorischen Charakter des Antisemitismus in arabischen Gesellschaften zu sprechen. Die These, arabischer Antisemitismus sei ein europäisches Exportgut, stellt sich dabei als genauso unsinnig heraus wie diejenige vom antisemitischen ‘Wesen’ des Islam. Der Antisemitismus ist als Wahnwelt, in der die Menschen ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen leben, aus der Krisenhaftigkeit arabischer Gesellschaften zu erklären. Dann wird verständlich, warum z.B. die Protokolle der Weisen von Zion oder Hitlers Mein Kampf zu Bestsellern werden konnten und warum bestimmte jüdenfeindliche Koran-Suren in der heutigen islamistischen Exegesepraxis antisemitische Übersetzung erfahren. Spezifisch formiert ist die Krisenhaftigkeit arabischer Gesellschaften durch Panarabismus und Islamismus. Aufeinander unreduzierbar verschränken sich beide in der Anordnung, die den Zionismus als Projekt zur Zerstörung des Islam bzw. des ‘Arabertums’ halluziniert.

Antizionismus ist in dieser Hinsicht nichts als die geopolitische Verlängerung des Antisemitismus. Statt der jüdischen Weltverschwörung ist es eine weltweite zionistische Lobby, die hinter den Kulissen die Fäden zieht. Zu den Topoi, in denen der jüdische Staat zum ‘Juden’ unter den Staaten wird, in denen Gewaltförmigkeit und Rassismus kapitalistischer Nationalstaaten als besondere Eigenschaft des jüdischen Staates projiziert werden, gehört bevorzugt der Apartheidsvorwurf. Wenn die Neuen Aufklärer diesen wiederholen, zeigen sie, woher sie kommen, und wo sie stehen. Ihn - wie HMT - auf Westjordanland und Gaza zu beziehen, ist schon allein deshalb schwachsinzig, weil in einer jeden Kriegssituation die Bevölkerung unter formalen und de-facto Diskriminierungen zu leiden hat. Etwas intelligentere AntizionistInnen wenden den Apartheidsvorwurf deshalb gegen den jüdischen Charakter des israelischen Staates - als ob israelische AraberInnen keine vollen StaatsbürgerInnenrechte besäßen, als ob ihre politische Repräsentanz im Untergrund und nicht in der Knesset angesiedelt wäre, als ob sexuelle Beziehungen mit Juden und Jüdinnen verfolgt würden, als ob sie in Slums

wie Soweto leben müssten. HMT verhöhnern auf diese Weise auch die Menschen, die im schwarzen Widerstand in Südafrika gestorben sind. Und zum Apartheids-Wahn gesellt sich noch das Vernichtungsphantasma: Mit vielen Lippenbekenntnissen grenzen sich die Neuen Aufklärer davon ab, um am Ende ihres Textes umso inbrünstiger zu insinuieren, eine über Jahrzehnte fortgesetzte israelische Besatzung bedrohe die „Existenz der palästinensischen Bevölkerung“.

### Opfer-Differenzierung

Das Ressentiment kennt keine Grenzen, nur ist seine Sprache der Jargon: HMT werfen den Antideutschen vor, sie würden die Juden als eine „homogene Gruppe“ betrachten, als „idealtypische Verkörperung der Opfer“, als „Wesenheit“.

Solchermaßen übertölpelt sich der Jargon der Differenziertheit. Er ist undifferenziert, weil er nicht den Ort der Differenzierung zu differenzieren weiß: Der Antisemitismus differenziert nicht. Ob jüdische Menschen sympathisch sind oder nicht, ob sie RassistInnen und SexistInnen sind oder für die richtige Alternative, den Kommunismus, eintreten: im Antisemitismus geht es um ihre differenzlose Tötung als ‚Juden‘ und sei es ‘nur’ in Form der vielen kleinen symbolischen Morde, die Jean-Paul Sartre beschrieben hat, und die man täglich im deutschen Feuilleton nachlesen kann, bzw. als großangelegte Mordphantasie im Tod eines Kritikers von Martin Walser. Nicht als Beleg für die Argumentation, sondern weil HMT auch ihn für ihr Pamphlet missbrauchen, sei hier Jean Améry angeführt: „Israels Bestand ist unerlässlich für alle Juden [...], wo immer sie wohnen mögen. Denn jeder Jude ist der ‘Katastrophen-Jude’, einem katastrophalen Schicksal ausgeliefert, ob er es erfaßt oder nicht.“

In diesem Zusammenhang erweist sich auch der Vorwurf, die Antideutschen würden das „Täter-Opfer-Modell“ verabsolutieren, als Pleonasmus, d.h. HMT-Quatsch. Das Täter-Opfer-Schema impliziert immer Absolutheit, im Sinn von absoluter Differenz zwischen Täter und Opfer. Deshalb ist es auch so ungeeignet für gesellschaftstheoretische Reflexion auf Herrschaft: Man kann damit weder systemische Zwänge wie Kapital als sich verwertender Wert resp. staatliches Gewaltmonopol denken noch Subjektivierung bzw. Ideologie als freiwillige Unterwerfung. Die Termini von ‘Täter’ und ‘Opfer’ sind nur dann als politische Beschreibung angemessen, wenn in Konstellationen nackter Gewalt auf Täterseite systemische Zwänge und auf Opferseite Zustimmung zur Herrschaft völlig irrelevant werden. Weil es im Antisemitismus nicht um Herrschaft, sondern um herrschaftsförmige Vernichtung geht, wird man dort immer Täter und Opfer ‘absolut’ setzen müssen. Nicht zuletzt deshalb gilt es, bei Verwendung dieses Schemas Verhältnisse zwischen einzelnen Personen konsequent von denen zwischen ganzen Personengruppen zu unterscheiden.



Bei Kriegsverbrechen, die auch im sog. 'Nahostkonflikt' stattfinden, können zwar einzelne Personen als 'Täter' und 'Opfer' beschrieben werden. Dass der jüdische Staat Herrschaft ausübt, macht seine RepräsentantInnen aber noch lange nicht zu 'Tätern' und die PalästinenserInnen beileibe nicht zu 'Opfern'. Denn der jüdische Staat folgt einem systemischen Zwang zur Selbsterhaltung, der auf eine in Ablehnung von Fremd-Herrschaft gewendete Zustimmung zur Herrschaft trifft.

Das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus spricht allein in Bezug auf Antisemitismus von den Jüdinnen und Juden. Auffällig ist dagegen die Redeweise des Jargons: Es passe nicht ins Bild der Antideutschen, dass „es gegenwärtig Opfer des Antisemitismus gibt und von Juden zu verantwortendes Leid“. Hier wird völlig unspezifisch von „Juden“ geredet und gerade nicht von der israelischen Regierung. Als fragwürdig erscheint zudem, dass HMT die antideutschen „Fremdbilder“ „den Selbstbildern von Juden“ gegenüberstellen. Sicherlich gibt es jüdische Selbstbilder, die zufälligerweise mit den Bildern übereinstimmen, die HMT von jüdischen Menschen haben. Das sind dann aber keineswegs die jüdischen Selbstbilder, sondern spezifische in spezifischen Kontexten. Kommt da ein Vorschwein zum Vorschein?

'Instrumentalisierung'

Martin Walser und Norman G. Finkelstein heißen die Ghost-Writer, die im Jargon bei seiner dreimaligen Rede von 'Instrumentalisierung' der Shoah-Erinnerung wiederkehren. So wird zunächst den Antideutschen „eine gut gemeinte, aber fatale Instrumentalisierung der Shoah“ vorgehalten. Der Provinzschriftsteller fabulierte in seiner Paulskirchenrede von „immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung“. Dann wird Segev paraphrasiert, dass der Zionismus die Erinnerung „instrumentalisierte [...], um seine nationalistische Politik zu legitimieren.“ Und schließlich führen HMT Shimon Peres an, der die antisemitische Anschlagswelle in Frankreich mit der Pogromnacht verglichen hat, als „Beispiel“ für „viele Instrumentalisierungen“ im Namen der Erinnerungsarbeit: „Die Erinnerung wird in diesem Fall demagogisch in den Dienst gegenwärtiger Interessen gestellt.“ Bodensee: „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken.“

Ausgerechnet sobald der Jargon von 'Instrumentalisierung' schwadroniert, werden den Antideutschen positive Absichten unterstellt, während die zionistischen PolitikerInnen den fiesigen Plan schon umgesetzt haben. Dem unschuldigen José Samarago jedoch unterläuft, indem er im Westjordanland Vernichtungslager phantasiert, nur „ein absurder Vergleich“. Da Enzo Traverso zum französischen VerlegerInnen-Kollektiv von Finkelstein gehört, ist es selbstverständlich frei assoziiert, dass 'Instrumentalisierung' die Wortbedeutung von kalkülhaftem Werkzeuggebrauch hat, und dass die gruppenspezifische Wortverwendung in einem Zusammenhang mit der 'Holocaust-Industry' steht.

Seinen vollen Aussagegehalt erfährt dieses Arrangement durch seine Kontrastierung: „Wenn Samaragos Worte Kritik verdienen, so verdient die Banalisierung der Geschehnisse in den besetzten Gebieten im Namen der Erinnerung an Auschwitz unsere Entrüstung.“ Und im Unterschied zu Benjamin Netanjahu, der mit Arafat = Hitler „seine Politik legitimiert, verleiht Samarago nur seinem Entsetzen über die israelische Besatzungspolitik mit einem falschen historischen Bild Ausdruck.“

Wenn ZionistInnen als kalt-berechnende Charaktere erscheinen, während FreundInnen Palästinas mit ihren wahren Gefühlen nur ein wenig übers Ziel hinausschießen, dann ist das akzeptierend-antisemitische Sozialarbeit. HMT sind sich nicht zu schade, die Gegensätze von abstrakt vs. konkret, Rationalität vs. Emotion aufzurufen, um sie spezifischen Personengruppen in antisemitischer Manier anzuheften. Alle anderen, gegen HMT zu richtenden Argumente sind im Prinzip nebensächlich. Nur der Aufklärung halber seien sie fortgeführt.

Der Neuen Aufklärer alte Kleider

Für die Neuen Aufklärer sind palästinensische Suizidanschläge „Akte der Verzweigung“, „barbarisch“ zwar, aber - man ist ja 'differenziert' - auch „Teil der militärischen Strategie unter anderem der Hamas, die die Verzweigung instrumentalisiert.“ Was für eine Aufklärungsleistung, ausgerechnet durch Verweis auf die durch und durch antisemitische Hamas den antisemitischen Gehalt der Attentate leugnen zu wollen.

Niemand wird bestreiten können, dass die Suizidanschläge das politische Ziel verfolgen, eine möglichst große Anzahl von Jüdinnen und Juden zu töten - ohne jeden Unterschied: Caféhaus-BesucherInnen in Jerusalem, Pessach-Feiernde in NetanjaoderfriedensbewegteKibbuz-BewohnerInnen. HMT sind jedoch schon einen Schritt weiter und behaupten, „dass die palästinensische Gewalt ein Resultat des israelischen Staatsterrorismus darstellt.“ An anderer Stelle heißt es: „Das Bild, das man in Gaza von Juden hat“ - erinnert sei an palästinensische Schulbücher und deren Bilder - „gründet [...] auf der Realität einer Besatzungsarmee.“ Auf diese Weise wird von Verleugnung zu Rationalisierung übergegangen: für den Antisemitismus werden auch noch spezifisch lokalisierte Ursachen und Gründe (Jargon: Ursache = Grund) bereitgestellt. Sicherlich resultiert „das Bild, das man in Gaza“ von Israel - wohlgemerkt: nicht „von Juden“ - hat, auch aus „der Realität einer Besatzungsarmee“. Den antisemitischen Überschuss dieses Israel-Bildes denkummöglich zu machen, darauf jedoch zielt der Jargon der Differenziertheit. Würden HMT nicht in ihrer sehr speziellen Logik den palästinensischen Antisemitismus verleugnen, wäre ihre Pseudoargumentation ununterscheidbar von der eines Jürgen W. Möllemann, insofern in expliziter Rede bestimmte jüdische Menschen wie z.B. Ariel Sharon in einen Kausalzusammenhang mit Antisemitismus gesetzt werden.

Darüber hinaus offenbart der Jargon mal wieder, dass die Analogie der dumme Kerl der 'Theorie' ist: „Es ist auch falsch, alle PalästinenserInnen mit diesen Anschlägen zu identifizieren, genauso wie es falsch ist, alle Israelis mit ihrer Regierung gleichzusetzen.“ Abgesehen von der unterstellten Äquivalenz zwischen Antisemitismus und israelischer Staatsgewalt: Wer hat jemals „alle“ PalästinenserInnen mit antisemitischen Suizidattentaten 'identifiziert'? - Aus den Kräfteverhältnissen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft muss jedoch auf eine antisemitische Hegemonie geschlossen werden. Es ist daher auch nicht an Rettung der sog. 'Intifada' durch „kritische Solidarität“ zu denken, es gibt keinen guten Kern, dessen Hülle die falsche ihm äußerliche wäre. Vielmehr ist die 'Hülle' die Form der Sache selbst.

Es ist völliger Quatsch, wenn die Neuen Aufklärer in ihrem Schlussstatement behaupten, „es liege heute primär am israelischen Staat, die Gewalt im nahen Osten zu beenden.“ Israels Krieg ist ein doppelter, zugleich Besatzungskrieg und Verteidigungskrieg gegen Antisemitismus. Weil dieser die dominante

Konfliktlogik ausmacht, muss auch die Besatzungsfrage am Maßstab der Verteidigungsnotwendigkeit des jüdischen Staates beurteilt werden. Israels Situation stellt sich dann aporetisch dar: zieht es sich einseitig aus Gaza und Westjordanland zurück, könnte das die internationale Akzeptanz seines Kampfes gegen Antisemitismus erhöhen, aber zugleich - und das ist wahrscheinlicher - würde ein entschiedenes Vorgehen gegen Antisemitismus noch weiter erschwert, da Israel in einen souveränen Staat eindringen müsste. Zudem würde ein einseitiger Rückzug die Kräfte stärken, die den jüdischen Staat am liebsten von der Landkarte streichen wollen. Erinnert sei nur an den israelischen Abzug aus Südlibanon, der zeigt, dass das Aufgeben des Prinzips 'Land gegen Frieden' in der palästinensischen Nationalbewegung als Sieg über Israel gefeiert wird.

Wenn Gestalten wie HMT feststellen, dass „eine existenzielle Bedrohung des Staates Israel [...] im Moment gar nicht zur Debatte“ stehe, dann ist das ein Scheinargument. Muss Israels Existenz immer erst in einem Ausmaß wie 1967 und 1973 bedroht sein, damit sich Solidarität regen darf? Fest steht, die Situation für Israel ist derzeit prekär: Mit vielen Nachbarstaaten gibt es immer noch keinen Friedensschluss, eine weltweite eiserne Front der Israel-HasserInnen, von der UNO über die no globals bis zu den IslamistInnen, steht Resolution und Gewehr bei Fuß, und schließlich droht ein möglicher Krieg gegen den Irak, Israel zur Raketen-Zielscheibe des Panarabismus werden zu lassen.

Es gehört in Deutschland zum Standardrepertoire antizionistischer Angriffe, sich irgendwelche KronzeugInnen aus Israel zu beschaffen. Diese werden als authentische, weil linke jüdische Stimmen vorgeführt, um das eigene Ressentiment abzusegnen. Bei HMT ist es ein Michael Warschawski, Vertreter der „israelischen radikalen Linken“, der ihre grobe Verharmlosung der Suizidattentate diskutabel machen soll. Und natürlich darf auch der Vorwurf nicht fehlen, die Antideutschen setzten sich „völlig über Kritiken und Einschätzungen israelischer Linker und Gruppen wie Bat Shalom oder Gush Shalom hinweg.“ Das stimmt zum Teil - und es ist auch gut so: dem Uri Avnery hinterherzuhecheln, Gründer von Gush Shalom und Interview-Partner der Jungen Freiheit, der Arafat für den Anführer der palästinensischen Friedensbewegung hält und Lynchjustiz an vermeintlichen 'palästinensischen KollaborateurInnen' begrüßt, ist Aufgabe des Jargons. Dagegen muss innerhalb der israelischen Friedensbewegung zwischen linkszionistischen- und antizionistischen Friedensgruppen unterschieden werden. Erstere sind weitgehend kollabiert, nachdem Arafat das weitreichende Camp-David-Friedensangebot von Barak mit der Initiierung der zweiten 'Intifada' beantwortete. Wenn Antizionismus in Israel bedeutet, antinationale Politik zu betreiben, dann ist das zwar nicht unsympathisch, aufgrund des Antisemitismus aber perspektivlos. Gruppen wie Gush Schalom, der im Jahr 2000 eine Karikatur auf seiner Homepage hatte, die Barak das Blut palästinensischer Kinder trinkend zeigt, sind völlig indiskutabel. Wenn nun der Jargon ankommt und mit moralischem Zeigefinger 'Belehrung' und 'Anmaßung' anprangert, dann kann argumentative antideutsche Wahrheitspolitik das getrost ignorieren.

Tatsachenwahrheiten

Was wäre der Jargon ohne seine Fakten. Neue Aufklärer meets Neue Philosophen meets Neue israelische Historiker. Die Vorgabe lautet, Geschichtsmythen durch Tatsachen zu destruieren, um über den Tatsachen einen neuen Mythos zu konstruieren. Bei HMT liest sich das so: Am Anfang war die Erzählung, und zwar eine doppelte. Auf der einen Seite die „shoahzentrierte“ zionistische Repräsentation, auf der anderen Seite die Geschichte der Naqba, der palästinensischen „Katastrophe“. Dann kamen die postzionistischen HistorikerInnen und haben für das Leiden der PalästinenserInnen einen Platz im kollektiven israelischen

Gedächtnis geschaffen.

Sicherlich waren die Gründungsmythen des jüdischen Staates problematisch, nicht nur in Bezug auf die PalästinenserInnen, sondern auch weil Erinnerung an die Shoah bis in die 60er Jahre hinein auf jüdische PartisanInnen und GhettokämpferInnen fokussiert blieb. HMT übergehen großzügig die internen Widersprüche der Shoah-Erinnerung, um dann zu konstatieren, dass das israelische Selbstverständnis „keine objektive Analyse der Tatsachen ersetzen“ könne. So weit so gut, nur fällt im Jargon die „objektive Analyse der Tatsachen“ mit der palästinensischen Erzählung zusammen: „ein Staat, dessen Gründung direkt zum Krieg und zur Vertreibung führte“. Kein UN-Teilungsplan, dem einzig der Yishuv zugestimmt hat, kein anschließender Bürgerkrieg, in dem beide Seiten gemordet haben, kein Angriff der arabischen Nachbarn auf den frisch konstituierten jüdischen Staat, nur ein Faktor - nämlich Vertreibung - für die Flucht der PalästinenserInnen, keine Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus dem Westjordanland und aus allen arabischen Nachbarstaaten. Das ist ein bisschen arg 'komplex', vor allem wenn man weiß, dass es die Neuen Historiker - wie z.B. Ilan Pappé und Teddy Katz - mit den Massakern nicht ganz so genau nehmen.

Insofern HMT betonen, dass sie die „historische Legitimität [des Zionismus] als nationale jüdische Bewegung [...] nicht bestreiten“, und im nächsten Satz äußern, dass „es sich mit seiner staatlichen Praxis“ „anders verhält“, darf man hellhörig werden. Was heißt das „anders“, wenn nicht die Existenzberechtigung des jüdischen Staates in Frage zu stellen? „Gegenseitiges Verständnis“ der Neuen Historiker und der völlig marginalisierten palästinensischen KritikerInnen der Auschwitz-Leugnung lässt die Neuen Aufklärer sogar noch Karl Popper unterbieten: „entscheidende Tatsachen, auch wenn ihre Auswirkungen im Moment noch nicht deutlich werden.“

Es bleibt nur eine Schlussfolgerung: Der Jargon der Differenziertheit ist der Feind jeder Aufklärung. Erst wenn er überwunden ist, kann irgendwann einmal Aufklärung über sich selbst aufgeklärt werden. Das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus versucht seinen Beitrag dazu zu leisten.

Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus (B)  
(www.bгаа.net)

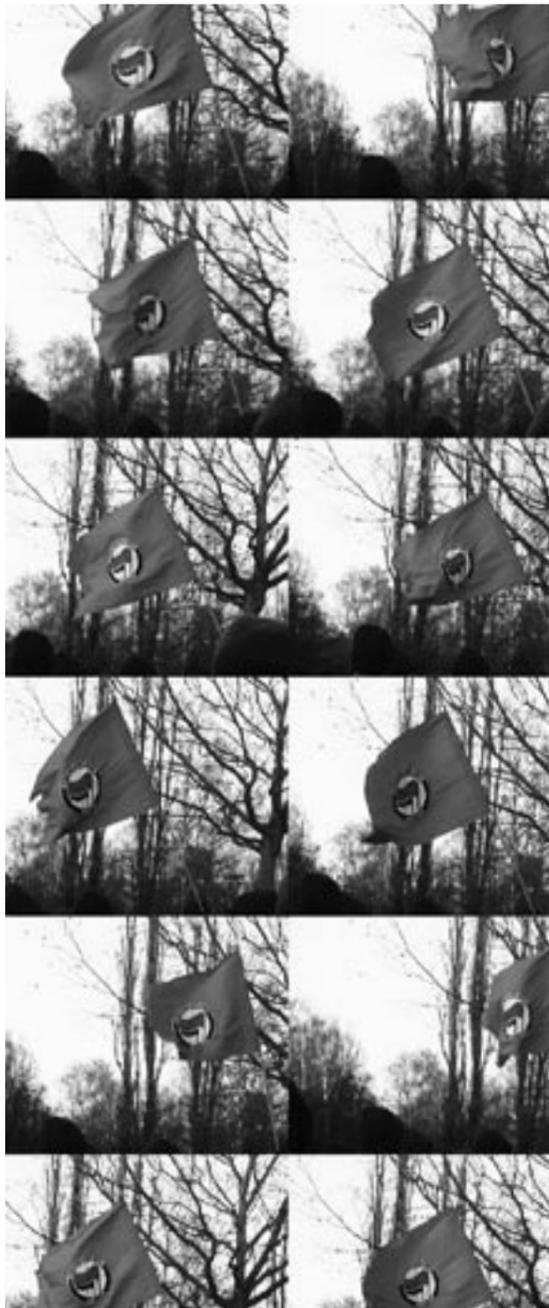
*in memoriam Theodor W. Adorno:*

*„Das Ideal des Differenzierten und Nuancierten, das Erkenntnis trotz aller Science is measurement bis zu den jüngsten Entwicklungen nie ganz vergaß, bezieht sich nicht allein auf eine individuelle, für Objektivität entbehrliche Fähigkeit. Seinen Impuls empfängt es von der Sache. Differenziert ist, wer an dieser und in ihrem Begriff noch das Kleinste und dem Begriff Entschlüpfende zu unterscheiden vermag; einzig Differenziertheit reicht ans Kleinste heran.“*

&gt;&gt; gruppe.internationale.webteam

# \*don't panic!

Eine Antwort auf das Leitartikel-Tribunal gegen das gruppe.internationale.webteam in der jüngsten Ausgabe der PDS-Bezirks-Jugendzeitung ROTDORN



*„Die als Überschrift des Internetpamphlets gewählte, pseudo-revolutionäre Phrase ist keineswegs nur als rhetorische Floskel gemeint, sie soll Handeln evozieren. ... und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein.“*

Wolfram Kempe, ROTDORN, Ausgabe 34

In der jüngsten Ausgabe des ROTDORN haben Redaktion und lokale Größen der PDS große publizistische Anstrengungen geleistet. Allerdings nicht, um etwa die von uns und anderen linksradikalen Gruppen erhobene Kritik an tendenziöser Berichterstattung und Heft-Qualität in eine offene Debatte im Heft überzuleiten.

Nein, mit einer ganzen Batterie parteioffiziöser Leitartikel werden die Kritiker unsachlich angeschossen und für bekloppt erklärt, ihre Kritik oberflächlich zurückgewiesen. Schlimmer noch: Sie werden von gehobenen Mitgliedern der kommunalen und der Landesregierung als gewalttätig und gefährlich gebrandmarkt, 50er-Jahre-ND-Säuberungsjournalismus, im „Zwergenformat“ der PDS. Und im restlichen Heft geht die völlig einseitige Darstellung des Themenkomplex Irak-Krieg / Nahost-Konflikt unverändert weiter, in der bekannten Mischung mit „Berliner-Kurier-Entertainment“ und Jugend-Parteipropaganda.

\* Heilige zwei Könige im ROTDORN

Zu aller erst wollen wir mit einigen dreisten Lügen in den drei Statements von ROTDORN-Redaktion, Wolfram Kempe (PDS) und Klaus Lederer (PDS) aufräumen. Besonders die von der Redaktion formulierte Stellungnahme zu den Vorwürfen „der Antideutschen“ strotzt nur so von Übertreibungen, Projektionen und Tatsachenverdrehungen. So schreibt sie in ihrer Stellungnahme, daß sie in der Debatte versucht hat, sich „von den Vorwürfen zu distanzieren“. Dabei hatten wir gehofft, sie würde sich vielleicht einmal mit den Vorwürfen auseinandersetzen.

Wir haben der Redaktion aber nicht ihre, inzwischen eingeräumten, Nachlässigkeiten vorgeworfen, die grotesken Karikaturen in ihren Heften oder die fehlende oder falsche Kennzeichnung von Zitaten. Schon gar nicht, daß sich die Autoren und Redakteure des Hefes nicht steigern würden, im Gegenteil - genau das tun sie ja! Sie steigern sich!

Wir werfen dem ROTDORN vor, daß sich dieses an Schulen verteilte PDS-Jugend-Magazin seit der „Friedens-Sonderausgabe“ im Herbst

2001 mit jedem Heft inhaltlich gesteigert hat, jede neue Ausgabe noch anti-amerikanischer, noch antizionistischer war als die vorherige.

Die Stellungnahme in der aktuellen Ausgabe spiegelt ein bekanntes Problem aller eben doch nicht parteiunabhängigen Organe wieder, aus dem inhaltlichen Streit heil herauszukommen, ohne sich inhaltlich mit der Kritik auseinandersetzen zu müssen. Entsprechend ist über den Inhalt der Kritik in der Redaktions-Erklärung wenig zu lesen, man flüchtet sich in Formalien, die niemanden interessieren. Wenn es versäumt wird, vor Veröffentlichung Texte zu redigieren, ist das natürlich „nur“ ein formales Problem - aber daß der Autor so einen Müll schreibt, ist eben ein inhaltliches. Darauf gehen weder Redaktion noch Autor näher ein, und so bleibt der Grund der Kritik bestehen.

\* Wolfram & Klaus in da House

In dieser Erwiderung versuchen wir, in angemessener Form auf die Darstellungen und Fragen einzugehen, die in den drei Anklageschriften von der ROTDORN-Redaktion, Klaus Lederer und Wolfram Kempe formuliert werden. Doch zuerst dies:

Die Zusammensetzung dieses Tribunals gegen uns steht dem ROTDORN schlecht zu Gesicht, wenn er sich wirklich als „unabhängige linke Jugendzeitschrift“ versteht. Nicht deshalb, weil wir die Genossen Kempe und Lederer als üble Burschen betrachten.

Es geht um ihr Auftreten im ROTDORN in ihren Funktionen: Wie sieht es denn aus, wenn eine Jugendzeitschrift, die unabhängig sein will, sich gegen ihr linksradikales Umfeld verteidigt mit Hilfe von Parteigrößen, die Legislative, mittelbar sogar Exekutive Aufgaben in Bezirk und Land erfüllen?

Erbärmlich sieht's aus.

Wir haben uns gefragt, ob man auf regierungsoffizielle/halbamtliche „Partei-Sozialisten-Statements“ überhaupt näher eingehen sollte. Wir tun dies nun.

\* kommunistisch, nicht links, Klaus!

*Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehn unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaftlich des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist der Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will.*

Karl Marx

Klaus Lederer, der differenzierter schreibt als ROTDORN-Redaktion und Kempe, versucht uns und den LeserInnen des Rotdorns seine eigenen Ansichten als Allgemeinplätze zu verkaufen. Er selber erkennt nicht, daß er dabei in die Falle stolziert, die den „linken ReformistInnen“ im und um den Rotdorn herum gestellt wurde. Er formuliert nämlich offen seine „linke“ Sicht auf die „Lage der Nation“ und formuliert als geübter Lokalpolitiker folgendes:

„Wenn es für „links sein“ in der historischen Erfahrung des letzten Jahrhunderts noch ein Synonym gibt, dann lautet es (in der Kürze etwas banal): Eingreifen in gesellschaftliche Kräfte-Auseinandersetzungen, Partei beziehen für die Marginalisierten, für Solidarität, Frieden und die sozialen Notwendigkeiten aller. Hier gibt es viele Optionen und reale Konfliktlinien, und (bei aller Kritik an abgestaubten - nichtsdestotrotz

nach wie vor populären Vorstellungen) auch handelnde Akteure, Adressaten mit Bewegungsspielräumen, die Möglichkeit Druck zu erzeugen, die Perspektive politischer Veränderung.“

Nett formuliert, aber nichts weiter als ein Versuch, mit jeglicher Hoffnung auf die kommunistische Utopie, und damit auf Emanzipation, zu brechen. Und weiter von Lederer sehr richtig erkannt, ein sehr einfallloser Versuch. Die stark verkürzten Formulierungen von Klaus Lederer mögen zwar für den realpolitischen Funktionär aus der PDS interessant sein, aber nicht für linksorientierte Jugendliche oder gar linksradikale Gruppen.

Wenn das Wort „Bewegungsspielräume“ im Zusammenhang mit „Perspektive politischer Veränderung“ fällt, ist die Kacke richtig am Dampfen. Reformismus? Zur Erinnerung, uns geht es nicht um eine irgendwie geartete „politischer Veränderung“, nein wir wollen „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (1)“. Oder praktisch gesprochen: „Die Auflösung von Deutschland und die gerechte Verteilung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums (2)“!

Dies ist auch der evidente Unterschied zwischen einer/m „kosmopolitischen (3)“ Kommunistin/en und einer/m „globalisierungskritischen“ Linken. Wir denken, bevor wir schreiben? Nein keineswegs, die Ausgangslage ist eine andere. Wir, die noch eine kommunistische Utopie verfolgen, können das Unmögliche noch denken - die vollständige Emanzipation vom Wahnsinn: Ware, Geld, Volk, Nation und Staat. Diejenigen, die diese Utopie nicht nachvollziehen können oder wollen, denken in den üblichen geregelten Bahnen, also immer innerhalb dieses Systems.

\* Jugendzeitung national statt lokal

Das gilt auch für fast alle im ROTDORN repräsentierten Inhalte!

Zum Thema Frieden und Deutschland sei euch nur dies gesagt: Eure „ohrenbetäubenden Reden“ von den Verbrechen und vom Krieg anderer, eignen sich besonders gut, um die Verbrechen des eigenen Landes nicht wahrzunehmen. Seit dem Ausbruch der „Wir sind wieder wer“ - Stimmung 1990 trifft Deutschland regelmäßig auf alte Fronten. Wieder einmal militärisch gegen Serbien, wieder einmal für Staatengründungen entlang völkischer Linien, wieder einmal für kroatische Faschisten und wieder einmal zusammen im Bündnis mit Antisemiten im Nahen Osten.

In der Debatte um die Frage, ob Deutschland im Namen der Menschenrechte als „ultima ratio“ Krieg führen dürfe, ging es immer um die Mittel, nie um die Frage der Motive. Dies sollte Thema in eurer Zeitung sein.

Überhaupt: Wenn eine Jugendzeitung sich als eine politische, linke und lokal verbreitete versteht, dann müßte in der Berichterstattung das Hauptaugenmerk auf

den lokal- und innenpolitischen Themen liegen, der „Auslands-Teil“ ist unserer Ansicht nach die „Kür“. Und genau diese „Kür“ sollte eben nicht versuchen, mit einem gefährlich „naiv-verklärten“ Blick von „Gut und Böse“ zu argumentieren, sondern sich der Analyse und Kritik hingeben.

So war es doch auch während des Krieges gegen Rest - Jugoslawien möglich, gegen die NATO-Intervention und die deutsche Beteiligung kritisch Stellung zu beziehen, ohne nun gleich zwanghaft als „Milosevic-Fanclub“ durch die Straßen ziehen zu müssen. Und was da im ROTDORN unter Lokalpolitik verstanden wird, ein Kneipefest und Interviews mit Lokal-PolitikerInnen aus der PDS zu Wahlkampfzeiten, fällt wohl eher unter die Kategorie „Werbung“.

\* mit Wolfram Kempe beim staatsaffirmativen  
Glashaus-Weitwerfen

Die Spekulationen von Wolfram Kempe wollen wir hier nicht einzeln auseinander pflücken, doch einige Vorwürfe verlangen nach Richtigstellung. Unsere Kritik an der Berichterstattung im Rotdorn zielt eben nicht auf die Zeitung als Objekt, sondern auf die mehrheitlich präsentierten Inhalte innerhalb dieser.

Zuerst stellt sich uns aber die Frage nach der Motivation eines Geschäftsführers einer Bezirks-Regierungs-Fraktion, in seiner knapp bemessenen Zeit auch noch Anklageschriften in eine - Zitat Kempe - „einfache Zeitung Jugendlicher“ setzen zu lassen.

Haben wir mit unserer Kritik schlafende Hunde geweckt?

Oder in einigen Aspekten den berühmten wunden Punkt getroffen?

Was es auch sein mag, wir wundern uns jedenfalls, mit welchem Temperament Wolfram sich hier um Kopf und Kragen formuliert. Verschämt schweigen wir zum Vorwurf des Fraktionsgeschäftsführers, wir seien staatsaffirmativ...

Wenn er schreibt, wir hätten nur „läbliche formale Fehler im inkriminierten Text der Ausgabe Nr. 33“ kritisiert, blendet er völlig aus, daß unsere Kritik keine formalen Entgleisungen im Visier hatte, sondern inhaltliche. Im betreffenden Text ging es uns um die massive Verdrängung und damit Relativierung des Holocaust. Und ganz nebenbei um den plumpen, typisch deutschen Antiamerikanismus, der sich an den üblichen Schablonen „Indianermord“, „Hiroshima“ und zum als „Kriegsverbrechen der anglo-amerikanischen Bomber in Dresden“ erklärten Luftangriffen mal wieder austoben durfte. Im Ganzen ging die Kritik darauf hinaus, dem „linksdeutschen Bibelkreis (4)“ mal den Spiegel vor das Gesicht zu halten. Wer sich „als Teil der antifaschistischen Bewegung in Berlin“ versteht und sich sogar selbst attestiert, „dementsprechend“ zu agieren, der muss bei einem solchen Auftreten mit Kritik aus dieser Bewegung rechnen und sich entsprechend verhalten.

*Die Kritik, die sich mit diesem Inhalt befaßt, ist die Kritik im Handgemenge, und im Handgemenge handelt es sich nicht darum, ob der Gegner ein edler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es handelt sich darum, ihn zu treffen.*

Karl Marx

\* politisch nicht nur polemisch !

Viele subjektive Projektionen werden uns gegenüber geäußert. Eine typische Projektion aus der ROTDORN-Redaktion ist: Die Redaktion ist natürlich unschuldig, und alle anderen, die dies nicht so sehen, sind eben „Antideutsche“, und damit ist ihre Kritik mehr oder weniger unerheblich. Wir bleiben bei unserer Meinung, verweigern uns aber trotzdem, in dieses Konstrukt „Antideutsche“ hineinverallgemeinert zu werden.

Wer sich „deutschlandkritisch“ positioniert und das auch noch kommunistisch begründet, wird schnell mit den Distanz-Keulen „antideutsch“, „bellizistisch (5)“ oder gar „Sharon-Linke“ aus der Debatte geholt. Diese Brandmarkungen sind verbunden mit der stillen Hoffnung, daß nun endlich mal bei den „an einer Universität“ herumlungernenden StudentInnen ein wenig Dreck hängen bleibt. Im allgemeinen, treffen diese aus dem Hinterhalt erhobenen Pauschalurteile nicht zu, zeichnen dafür aber deutlich ein Bild von den Kritikern, die diese erhoben haben.

Die Auseinandersetzung ist viel älter als es die ROTDORN-Redaktion in ihrem Text zugibt. Das wissen auch alle Beteiligten sehr genau. Sie läßt sich auch nicht zwangsläufig auf die gegensätzlichen Koordinaten „antiimperialistisch“ und „antideutsch“ reduzieren. Auch das glauben die zur Hilfe geeilten großen Brüder von der PDS zu wissen. Wer uns vorwirft, wir hätten von der ROTDORN-Redaktion behauptet, sie sei eine „besonders perfide Form von Braunhemden“ die mit dem „Geld von dem Sozialdemokratismus zuneigenden Arbeitverrättern - der PDS - antisemitische und antiamerikanische Ressentiments unter „der“ Jugend sähen“, hat unseren Text nicht gelesen, nicht begriffen, oder will einfach nur gehässig und unsachlich gegen uns polemisieren.

\* was soll man da noch machen...

Quo vadis? Nach dem durchsehen der neuesten Ausgabe geht es uns eigentlich nicht mehr um einen kritischen Dialog. Schon wieder drei Texte vom „Alterspräsidenten des ROTDORNs“, Klaus Körner, und dann noch der übliche Rest, gleichbleibend schlecht, einfach nicht der Rede wert. Für uns geht es jetzt in erster Linie um die Richtigstellung der menschenverachtenden Äußerungen und pseudo-linken Bibelsprüchen.

Schon über ein Jahr warten wir darauf, dass sich die ROTDORN-Redaktion zu den von ihnen veröffentlichten Texten äußert, und zwar als Redaktion ! Öffentlich und nicht einzeln in der Kneipe. Seit dem Erscheinen der Ausgabe 31 im Oktober 2001 ist der Redaktion mehrmals schriftlich unsere Kritik übermittelt worden. Natürlich haben wir auch die Kritik einer begrenzten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, nicht als Denunziation, sondern als Information.

Ein Jahr verstrich, und bei uns kam keine Reaktion der Heftmacher an, aber dafür wurden noch schaurigere Texte in den folgenden Ausgaben veröffentlicht. Auch in der aktuellen Ausgabe bleibt die Redaktion dieser Strategie treu, einerseits wird zugegeben, daß einige Formulierungen „mißverständliche Färbung haben bzw. mißverstanden werden könnten“ und eine Zeile weiter wird sich sogar artig entschuldigt, aber der Inhalt hat

sich kaum verändert. Der Eindruck, daß eine „linke unabhängige Jugendzeitung“ langsam aber sicher zum „bürgerlichem Nahost-Recherche Blatt“ verkommt, drängt sich uns auf: Nicht nur uns!

Die Redaktion sieht sich weiterhin als Opfer der Kritik, und will einfach nicht verstehen, daß ihr Verhalten jedes mal der Auslöser weiterer, noch viel härterer Kritik war und sein wird. So ist auch zu verstehen, warum die Wahrnehmungen der zwei angeblichen „Ausprachen“ bei uns und der ROTDORN-Redaktion so grundsätzlich anders sind. Die Selbstsuggestion als Opfer verschwörerischer „Antideutscher“ muß innerhalb der Redaktion aufrechterhalten werden, auch wenn dabei dreist gelogen wird. Tatsache ist doch, daß eine Veranstaltungsankündigung irgendwo im Heft nun mal keine Einladung an uns ist. Weiterhin stimmt auch die unverschämte Behauptung nicht, daß der ROTDORN uns nach dem [nu pagadi]-Festival ein „zweites Mal“ zum „Reden“ eingeladen hat. Von dieser „Ausprache“ waren einige Menschen von der Redaktion schon im Vorfeld eingeladen worden, und wir wurden, wie bei der ersten „Veranstaltung“, erst gar nicht eingeladen.

\* reflektiert antideutsch -  
nicht affirmativ deutsch !

*Hierzulande ist der unbedingte Pazifismus nichts als pures Ressentiment derjenigen, die es dem Weltpolizisten USA verübeln, daß er ihren Eltern das friedliche Morden in Auschwitz ausgetrieben hat.*

Wolfgang Pohrt

„Seit über dreißig Jahren streiten deutsche Linke darüber, wie die hehren theoretischen Ansprüche und die gesellschaftliche Realität in Einklang zu bringen wären“, schreibt Wolfram Kempe in seinem Text. Da hat er mal wieder unrecht. Die Auseinandersetzung um „die“ Theorie und „die“ Praxis ist viel älter, und „geistige Verirrungen“ mögen nichtsdestotrotz sehr oft an der „Tagesordnung“ gestanden haben, Antiamerikanismus gehört dazu. So schreibt die Gruppe Les Croquembouches, daß die „Anschlußfähigkeit der Linken in Deutschland an das Ressentiment“ erschreckend sei.

Weiter heißt es in ihrem Text „The New Roman Empire“: „Doch reproduziert die hiesige Linke nicht nur, allzu oft ist sie auch Stichwortgeber. Möglicherweise greift gerade die Linke in historisch spezifischen Situationen auf ein Repertoire an Ressentiments bezogen auf die USA zurück, das seit knapp 200 Jahren anscheinend jederzeit hervorgeholt werden kann. Daß eine radikale emanzipatorische Kritik der Verhältnisse dabei auf der Strecke bleibt, versteht sich von selbst.“ Schließlich stellt die Gruppe Les Croquembouches richtig fest, daß Antiamerikanismus eine „konformistische Rebellion“ ist, die sich „an nicht Erreichbarem schadlos halt“. Die eigene Autorität wird nicht kritisiert, sondern mit ihr wird sich „identifiziert“, um an ihr „teilzuhaben“.

Der Chor der Anklage uns gegenüber ist vielstimmig, und trotzdem eindeutig. Der Vorwurf, quasi als „Antideutsche“ automatisch schon wieder „deutsch“ zu sein, ist der am meisten erhobene. Doch diesen müssen wir prompt wieder an den ROTDORN und seine Verteidiger zurückgeben. Die Rückbesinnung auf eine

irgendwie geartete „ostdeutsche Linke“, die sich „gegen die materielle Fremdbestimmung durch das westdeutsche Kapital genauso wie gegen die ideologische Fremdbestimmung durch die westdeutsche Linke“ gerichtet habe, ist weder fortschrittlich noch irgendwie lustig.

Der einfache Umstand, daß vor allem in Deutschland das anzuzweifelnde Recht, „die eignen Fehler selber zu machen und unter Umständen das Fahrrad zum zweiten Mal zu erfinden“ regelmäßig zu völkisch motivierter Grausamkeit und Vernichtung führt, scheint egal zu sein. Hermann L. Gremliza schreibt zu diesem Thema: „Antiamerikanismus, der nicht Antikapitalismus ist und also sich hierzulande nicht zuerst gegen das nationale Kapital und seine Gesellschaft richtet, erweist sich von rechts bis links - als mindestens nationales, häufig völkisches Ressentiment“.

Es scheint so, als ob in ihrer Verzweiflung, Angesichts der von ihnen analysierten Lage, den ROTDORN-Redakteuren und ihren Verteidigern nur noch ein „protestantisch geprägter Linksppluralismus“ übrig bleibt, der ihnen die Hoffnung gibt, selber besser zu sein als der „Rest der Welt“. Daß so etwas leicht in verkürzter Kapitalismuskritik, antisemitischen Projektionen und plumpen Antiamerikanismus endet, ist nicht gerade neu.

Linke Kritik in diesem Land muß zuerst die herrschenden Zustände hier und jetzt thematisieren, nicht die „anderen Schweinereien“ irgendwo in der Welt. Unsere Anforderung an euch war, die Kritik am „Fremden“ zu unterlassen und statt dessen eigene Verstrickungen zu analysieren und die Auflösung der hier herrschenden Zustände zu betreiben, individuell sowie innerhalb der deutschen Sozialgemeinschaft. In diesem Sinne wünschen wir der ROTDORN-Redaktion viel Erfolg bei der Selbstreflektion und einen hohen Erkenntnisgewinn.

Anhang:

1 frei nach Karl Marx

2 aus dem linksradikalen Aufruf zur Demonstration während der Antifa-Aktionswoche 2003

3 weltweit verbreitet

4 Schmähdame aus der linksradikalen Szene, bedeutet „ROTDORN-Redaktion“

5 kriegstreiberisch

weitere Informationen findet ihr unter:

„...den Rotdorn von der Straße fegen!“ vom GI.Webteam  
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/gi/rotdorn.pdf>

„Das Letzte ... Imperialismus!“ von Ralf Fischer  
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/gi/imperialismus.pdf>

„The New Roman Empire.“ von Les Croquembouches  
<http://www.copyriot.com/sinistra/reading/croq01.html>



>> Gruppe Casablanca

## Heim ins Reich

Deutschlands ewiger Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker richtet sich aktuell gegen die Benes-Dekrete.

### I. Über die deutschen «Opfer»

«Wir wollen heim ins Reich!» proklamierten die Vertreter der Sudetendeutschen wenige Tage nach Hitlers Parteitagss-Rede im Oktober 1938, in der dieser unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker forderte, den Sudetendeutschen solle das Recht zugestanden werden, selbst zu entscheiden, ob sie weiterhin Teil der Tschechoslowakei sein wollten.

Das sogenannte Sudetenland war in der Tat nicht erst seit dieser Zeit Prototyp eines deutschen Mustergaus: Bereits im Oktober / November 1918 erklärten die Sudetendeutschen - auch unter Berufung auf das «Selbstbestimmungsrecht» - die von ihnen bewohnten Gebiete als unabhängig von der noch im Entstehen begriffenen Tschechoslowakischen Republik und beanspruchten, Teil des als Bestandteil von Großdeutschland gedachten «Deutschösterreichs» zu sein.

Doch die Besetzung ihrer Gebiete durch Truppen der Republik und später der Abschluss des Vertrages von St. Germain [1] verhinderten - vorerst - die Erfüllung dieses großdeutschen Traumes.

Die verschiedenen sudetendeutschen Parteien und Gruppen setzten jedoch weiterhin alles daran, die Stabilisierung der CSR zu verhindern: Im März 1919 riefen alle sudetendeutschen Parteien einschliesslich der Sozialdemokraten und Gewerkschaften zum Streik bzw. zu Demonstrationen gegen die Republik auf, am 1. Juni 1920 warf ein aus verschiedenen sudetendeutschen bürgerlichen Parteien bestehender «Deutscher Parlamentarischer Verband» zur Eröffnung des Prager Parlaments diesem den Fehdehandschuh hin.

In keinem Verhältnis zur Unterdrückungs- und Opferrhetorik der Sudetendeutschen stand allerdings deren tatsächliche Situation in der tschechoslowakischen Republik: So waren nahezu ein Drittel aller Schulen in der CSR deutschsprachig, in Prag existierte die deutsche Universität mit 5.000 StudentInnen, es gab eine Vielzahl deutscher kultureller Institutionen, Zeitungen, Bücher, die im Lande verlegt wurden, etc.

Die vorgeschobenen Forderungen der Sudetendeutschen nach «Autonomie» wurden ab 1937 offen umgewandelt in die Forderung nach Anschluß an das deutsche Reich. Damit einhergehend vereinbarte Konrad Henlein, Führer der «Sudetendeutschen Partei» (SdP), am 28. März 1938 mit Nazigrößen eine Art Eskalationsprogramm, das unter anderem vorsah, dass an die tschechoslowakische Regierung unannehmbare Forderungen gestellt werden sollten, während paramilitärische Einheiten bewaffnete Konflikte provozieren sollten.

Im April erklärten die deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien des Sudetenlandes ihre Selbstauflösung und schlossen sich der

SdP an. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1938 erreichte Henleins Nazipartei über 91 % der deutschen Stimmen. Wenig später erklärte Hitler in einer Weisung an die Wehrmacht: «Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.» Für dieses Ziel waren die bedingungslos mit NS-Deutschland loyalen Sudetendeutschen Speerspitze und fünfte Kolonne.

Die Reaktion der Westmächte war nun nicht etwa eine Unterstützung der CSR, sondern Ermahnungen an den tschechischen Präsidenten Edward Benes, auf die Forderungen der Sudetendeutschen einzugehen.

Als Hitler wenig später in seiner eingangs erwähnten Rede Stellung bezog für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, kam es in zahlreichen sudetendeutschen Städten zu pogromartigen «Freudenkundgebungen», die die Inkraftsetzung des Standrechtes in dreizehn Städten und wenig später das Verbot der Sudetendeutschen Partei zur Folge hatten. Der britische Premierminister Chamberlain und der französische Aussenminister Daladier forderten nun in gleichlautenden Noten vom 19. September nachdrücklich Prag zur Abtretung aller Gebiete mit mehr als 50 % deutscher Bevölkerung auf. Politisch isoliert und verraten sah sich die tschechische Regierung gezwungen, am 21. September 1938 in einer Note an England und Frankreich der deutschen Erpressung nachzugeben und der Abtretung der Sudetengebiete unter der Bedingung, dass beide Regierungen einen deutschen Einmarsch nicht dulden würden, zuzustimmen.

Nachdem Hitler in einem Chamberlain in Bad Godesberg übergebenen Memorandum den deutschen Einmarsch für den 1. Oktober ankündigte und versprochen hatte, keine weiteren Gebietsansprüche an die Tschechoslowakei zu stellen [2], wurde am 29. September das Münchener Abkommen unterzeichnet, in dem der demokratischen CSR das Diktat der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete auferlegt wurde. Unmittelbar danach wurde der «Reichsgau Sudetenland» geschaffen.

Es kam zur Vertreibung der tschechischen und jüdischen Bevölkerung und damit einhergehenden volksfestartigen Freudensausbrüchen auf Seiten der sudetendeutschen Bevölkerung [3]. Am 12. November sah sich die NS-Gauleitung gezwungen, die ausufernde Gewaltorgie zu beenden und drohte strafrechtliche Verfolgung für

unbefugte «Beschlagnahmen und Festnahmen» an.

Bei den Ergänzungswahlen zum deutschen Reichstag am 4. Dezember 1938 im Sudetenland erhielten die Nazis 99 % der Stimmen. Benes, der nach dem Münchener Abkommen zurückgetreten war, befand sich mit der Mehrheit der Mitglieder seines Kabinetts seit Anfang Oktober im Londoner Exil, von wo aus er begann, den Widerstand zu organisieren. Durch die Gebietsabtretungen an Deutschland und die autoritären antisemitischen Regime Ungarns und Polens hatte die Tschechische Republik innerhalb eines Monats mehr als 21.000 qkm ihres Territoriums und fast fünf Millionen EinwohnerInnen verloren.

Am 15. März 1939 wurde der Rest der Tschechischen Republik mit der Separation der Slowakei, der militärischen Besetzung der «Tschechei» und der Errichtung des «Reichsprotektorats Böhmen und Mähren» endgültig zerschlagen.

Die Träume der sudetendeutschen Volksgemeinschaft sollten sich nun erfüllen. So heißt es in einem Memorandum des deutschen Auswärtigen Amtes: «Die tschechische Kultur insgesamt, die ganze tschechische Ideologie ebenso wie die tschechische Sprache müssen langsam, aber systematisch zurückgedrängt und zum Verschwinden gebracht werden.» [4]

Für diese «Germanisierung» wurden 250.000 tschechoslowakische StaatsbürgerInnen ermordet.

### II. Vom tschechoslowakischen Widerstand zu den Benes-Dekreten

Der tschechische Widerstand hatte im Untergrund ein umfangreiches Nachrichtennetz aufgebaut. Tausende tschechischer BürgerInnen wurden außer Landes geschleust, kleinere Sabotageakte wurden verübt.

Aus Loyalität mit der tschechoslowakischen Exilregierung in London wurde die Dachorganisation Ustredni Vedeni Odboje Domaciho (Zentrales Komitee für den internen Kampf) ins Leben gerufen. Hauptsächlich aus Veteranen bestand die Untergrundbewegung Obrana Naroda (Verteidigung des Volkes); sie brach zusammen, als mehrere tausend Mitglieder festgenommen wurden. Jüdische Intellektuelle spielten eine entscheidende Rolle in der sozialdemokratisch geprägten Organisation Peticni Vybor - Verni Zstaneme (PVVZ; «Treu für immer»), die eine wichtige Verbindung zur Exilregierung in London darstellte.

Auch Staatspräsident Emil Hacha und Ministerpräsident Alois Elias standen bis 1941 laufend in direkter Verbindung mit Benes' Exilorganisation. Im Sommer 1940 hatte die Gestapo Unterlagen der PVVZ beschlagnahmt, woraufhin es zu Massenverhaftungen kam. Die Zahl der Festgenommenen erhöhte sich von 1.298 im August 1941 auf 2.744 im Oktober, darunter 1.772 Untergrundmitglieder, so daß die Organisation nicht mehr weiterarbeiten konnte.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gewannen die tschechischen KommunistInnen an Stärke. Nicht nur die Anzahl der Demonstrationen nahm zu, sondern auch die der Streiks und Sabotageakte. Im September 1941 trat Reinhard Heydrich als stellvertretender Reichsprotektor an die Stelle von Konstantin von Neurath. Heydrich hatte die Aufgabe, das Protektorat von allen NS-feindlichen Kräften zu «säubern».

Zur Zerschlagung des organisierten Widerstandes verhängte der Volksgerichtshof das Todesurteil über Ministerpräsident Elias. In den folgenden

zwei Monaten wurden weitere 404 TschechInnen hingerichtet und 4.000 bis 5.000 inhaftiert und z. T. in Konzentrationslager verschleppt. Staatspräsident Hacha mußte in die Bildung einer neuen tschechischen Regierung einwilligen, die vollständig unter deutschem Einfluß stand. Aufgrund dieser Entwicklungen entschloss sich die Exilregierung zu einem Attentat auf Heydrich.

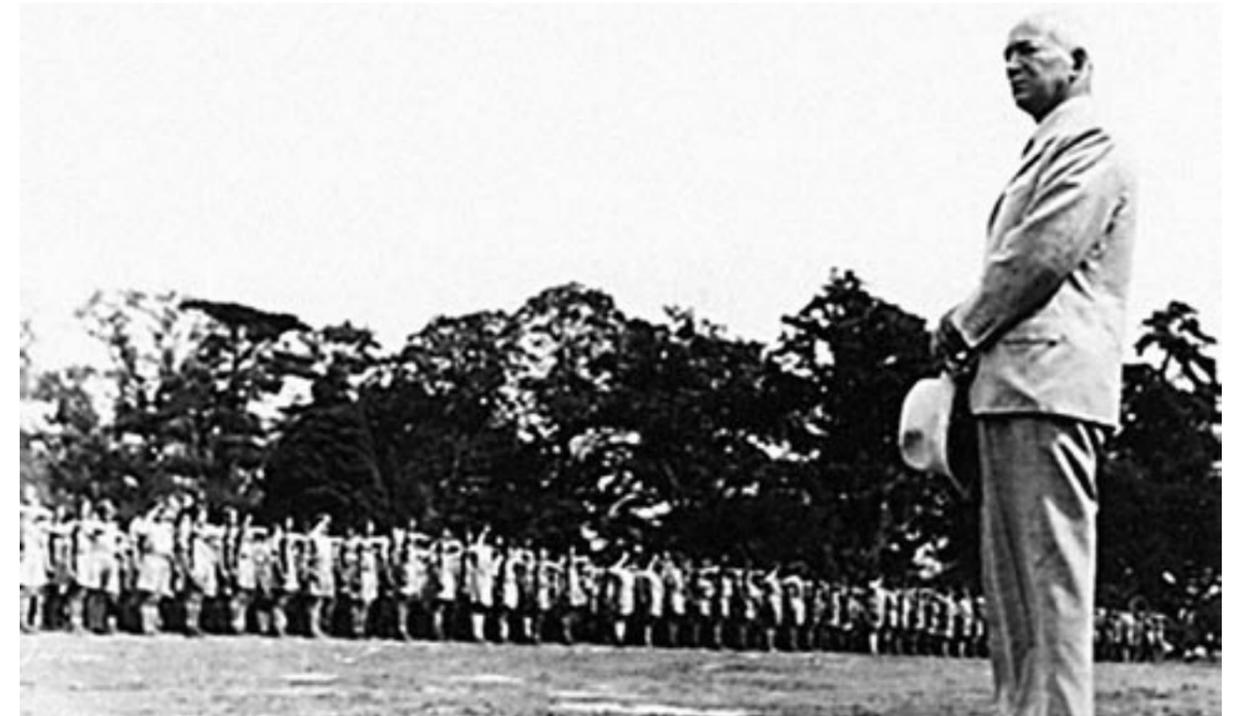
Am 4. Oktober 1941 sprangen mehrere Gruppen von Fallschirmspringern über dem Protektoratsgebiet ab. Der aus Jan Kubis und Jozef Gabcik bestehenden Gruppe Anthropoid gelang es mit Hilfe der kleinen Untergrundorganisation Sokol am 27. Mai 1942, seinen Wagen auf dem Weg nach Prag in die Luft zu sprengen. Heydrich erlag am 4. Juni 1942 seinen Verletzungen.

Es folgte die bis dato größte Repressionswelle gegen die tschechische Bevölkerung, die ihren traurigen Höhepunkt in der vollständigen Auslöschung des Dorfes Lidice, in dem sich angeblich die Attentäter aufhielten, fand: Alle 192 männlichen Einwohner und 71 weibliche wurden ermordet, die verbliebenen 198 Frauen wurden ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert und 98 Kinder kamen zur «Eindeutschung» in NS-Lager, 88 von ihnen wurden vermutlich ebenfalls ermordet. [5] Bereits im Juli 1941 erreichte Benes die Legitimierung der Exil-Regierung aufgrund ihrer Anerkennung durch die Sowjetunion, Großbritannien und später der anderen Alliierten.

Das Münchener Abkommen wurde von den Alliierten für «null und nichtig» (de Gaulle) erklärt. Auch Großbritannien erklärte sich 1942 als frei von allen Bindungen, «da Deutschland bewußt Übereinkünfte, die im Jahr 1938 hinsichtlich der CSR getroffen worden waren, gebrochen hat.» In den alliierten Nationen setzte sich die Einsicht durch, dass der Nationalsozialismus von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen getragen wurde.

So gab es bereits ab 1943 in den alliierten Staaten keine nennenswerten Einwände mehr gegen die Aussiedlung der Deutschen aus der CSR. Am 28. August 1944 begannen Widerstandskämpfer im NS-Vasallenstaat Slowakei mit dem bewaffneten Aufstand gegen die Besatzung und riefen die tschechoslowakische Republik aus. Insgesamt gehörten der Militärorganisation der Aufständischen, die ein Gebiet mit ca. 20.000 qkm Fläche befreite, 16.000 WiderstandskämpferInnen an. Nach dreimonatigen schweren Kämpfen wurde der Aufstand Ende Oktober 1944 zwar von der Wehrmacht und SS-Divisionen niedergeschlagen, in den Bergen jedoch hielt sich der Widerstand und rettete bis zum Eintreffen der Roten Armee Tausende jüdischer BürgerInnen vor dem Tod.

Ermutigt vom Herannahen der Roten Armee erhob sich am 5. Mai 1945 der Prager Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Am 8. Mai erfolgte die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Am 9. Mai



marschierte die Rote Armee in Prag ein. Wenig später trat in Prag die Exil-Regierung mit Benes als neuem Staatspräsidenten zusammen. Ihre vordringliche Aufgabe bestand in der Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse in der CSR.

Die dazu vom Staatspräsidenten Benes unter Berufung auf sein in der Kriegs- und Exilsituation entstandenes Gesetzgebungsrecht erlassenen Dekrete wurden am 26. März 1946 von der provisorischen Nationalversammlung als Gesetze und Verfassungsgesetze legitimiert und wurden so zu einem integralen Bestandteil der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Rechtsordnung. Von den insgesamt 143 Dekreten betreffen ca. zehn den Umgang mit den Deutschen. Die wichtigsten davon sind:

o Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Juni 1945 über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte

o Dekret des Präsidenten der Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und des slowakischen Volkes

o Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945 über die Regelung der tschechoslowakischen

Staatsbürgerschaft der Personen deutscher und madjarischer Nationalität

o Dekret des Präsidenten der Republik vom 25. Oktober 1945 über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung

Eine ausdrückliche Ausnahme dieser Dekrete galt für aktive AntifaschistInnen, VerteidigerInnen der Republik und Opfer des NS-Terrors.

Über die Aussiedlung der Deutschen wurde nicht in den Dekreten, sondern im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 entschieden. Im Artikel XIII erklärten Stalin, Truman und Attlee ihre Zustimmung zum formalen tschechischen Antrag auf Umsiedlung der Sudetendeutschen: «Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.»

Der alliierte Kontrollrat genehmigte am 20. November 1945 die Abschiebung von 2,5 Millionen Deutschen. Dass die folgende Aussiedlung auch mit Willkür- und Racheakten von tschechischer Seite einherging, sollte aufgrund der vorausgehenden sieben Jahre andauernden nationalsozialistischen Diskriminierung und Unterdrückung nicht verwundern. Vielmehr erscheint es beachtlich, dass die Umsiedlung so kurz nach Ende des Weltkrieges tatsächlich vergleichsweise geordnet ablief, zumal die Sudetendeutschen nach damaligem Recht für Landesverrat auch mit der Todesstrafe rechnen mussten.

### III. Deutsche Normalisierung per Einsatz für die Völker- und Menschenrechte

Die antifaschistische Selbstverteidigungsmaßnahme, die Deutschen «heim ins Reich» (Milos Zeman) zu schicken, erregt im aktuellen Selbstfindungsprozess des neuen Deutschlands nicht mehr nur die Gemüter offen revisionistischer Vertriebenenverbände, sondern ist zu einem Thema avanciert, bei dem sich Günter Grass und Edmund Stoiber, der Spiegel und die Junge Freiheit gegenseitig

versichern können, dass den Deutschen in der Vergangenheit schreckliches Unrecht widerfahren sei, was zumindest eine öffentliche Entschuldigung, wenn nicht sogar eine Wiedergutmachung von der tschechischen Regierung erfordere.

Dass diese sowohl das eine als auch das andere verweigert, ist ihr in Anbetracht des mittlerweile von diversen europäischen Staaten auf sie ausgeübten Drucks hoch anzurechnen und begründet sich wohl vor allem in den historischen Erfahrungen mit den Deutschen. Der deutsche Kampf für Menschen- und Völkerrechte kennt keine Ursachen und Folgen, er kennt nur Opfer und TäterInnen.

Ein dumpfes Gerechtigkeitsgefühl lässt die Deutschen differenzieren, wo es kaum Differenzen gab; und so wendet sich der deutsche Zorn erneut gegen die halluzinierte Kollektivschuldthese, mit der der Volksgemeinschaft damals wie heute Unrecht getan werde.

In Ausblendung jeglichen historischen Kontextes wird mittels eindeutiger Wortwahl eine gedankliche Verbindung zwischen dem nationalsozialistischen Terror und der tschechoslowakischen Reaktion hergestellt. Vertreibung, Willkür und Rassismus finden sich dann plötzlich auf beiden Seiten und unterscheiden sich nur noch graduell voneinander, so dass aus den Sudetendeutschen die eigentlichen Opfer des zweiten Weltkrieges werden, während der demokratische Präsident Benes im deutschen Kollektivbewusstsein zu einem Mini-Hitler mutiert. Indem es plötzlich auf allen Seiten Opfer und damit auch TäterInnen gibt, wird automatisch die deutsche Schuld relativiert. Der Wille, endlich zu einer «normalen Nation» zu werden, sich also von jeglicher historischer Verantwortung zu lösen, verlangt von Deutschland, sich selbst aggressiv in die Rolle des Opfers zu drängen und die historisch deutschen Verbrechen überall auf der Welt außerhalb Deutschlands zu entdecken. So entstehen der Opfermythos Dresdens und der Sudetendeutschen einerseits, KZs in Jugoslawien und ein «Vernichtungskrieg» durch Israel andererseits. Leider funktioniert dieses Prinzip nur allzu gut: Nachdem in Österreich die FPÖ im Rahmen der Auseinandersetzung um das tschechische Atomkraftwerk Temelin die Diskussion um die Benes-Dekrete entfachte, wird nun auch in anderen europäischen Ländern diskutiert, ob Tschechien denn überhaupt die «Rechtsstandards» der Europäischen Union erfülle. Besonders innig hat sich neben Österreich auch Ungarn des Themas angenommen. So ereifert sich der österreichische Bundeskanzler Schüssel, die Dekrete hätten «bis heute eine diskriminierende Wirkung». Dass dies mit EU-Recht nicht vereinbar ist, sei in Österreich gemeinsame Position sowohl der Bundesregierung als auch im Nationalrat. Ungarns damaliger Premier Viktor Orban schlägt in die selbe Kerbe, wenn er sagt, «wir wollen der EU auch deshalb beitreten, weil es dort diskriminierende Bestimmungen wie die Benes-Dekrete nicht gibt». «Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft», lehrt denn auch Bayerns Staatsminister Erwin Huber. «Elemente der Vergangenheit, die Minderheiten diskriminieren und die Vertreibungen und Verbrechen gegen die Menschenrechte rechtfertigen, haben in einer solchen Wertegemeinschaft keinen Platz.» Am 22. Mai 2002 verabschiedete der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments einstimmig den Beschluss, dass Tschechien die Benes-Dekrete aufheben muss, wenn sie europäischem Recht widersprechen. Sollte die tschechische Rechtsordnung auf Grund der Dekrete immer noch «diskriminierende Formulierungen» enthalten, so müssten diese vor dem Beitritt Tschechiens beseitigt werden, heißt es in dem Ausschussbericht. So wird versucht, den möglichen EU-Beitritt Tschechiens als Erpressungsinstrument für die Aufhebung der Benes-Dekrete zu verwenden. Die deutsche Linke, zumal die diversen Antifa-Gruppen, hätte also jeden Grund, sich dieses Themas anzunehmen und - wie das so üblich ist - Demonstrationen, Kampagnen usw. zu organisieren. Tatsächlich passiert jedoch nahezu

nichts. Dringlicher scheint es zu sein, auf Pro-Palästina-Demonstrationen Israel-Fahnen zu verbrennen oder auf einer der zahlreichen Anti-Bush-Demonstrationen den «US-Imperialismus» zu geißeln - der Feind steht anscheinend überall, nur nicht im eigenen Land.

Gruppe Casablanca, Juni 2002.

[www.infoladen.net/koeln/casablanca](http://www.infoladen.net/koeln/casablanca)

Fussnoten: [1] Der Friedensvertrag von St. Germain vom 10. September 1919 bestimmte die Sudeten-Gebiete als Teile der Tschechoslowakischen Republik.

[2] «Wenn dieses Problem gelöst ist, gibt es für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr. Und ich habe Herrn Chamberlain weiter versichert, daß ... ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen!» (Hitler in seiner sog. Sportpalastrede vom 26. September 1938)

[3] Über die freudige Begrüßung der Wehrmacht durch die von Sedlnitz: «Acht Tage blieben die Gäste bei uns. Während dieser Zeit war an eine geregelte Arbeit kaum zu denken. Kundgebungen, Abendumzüge mit Fackeln und Lampions, Tanzveranstaltungen und Sitzungen aller Art lösten einander ab.» (Zitiert nach Konkret 5/2002) [zurück]

[4] Ergänzendes Zitat aus einer Denkschrift des «Staatssekretärs beim Reichsprotector für Böhmen und Mähren», Karl Hermann Frank: «Das Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren muss die restlose es zwei Möglichkeiten: m und Menschen sein. Um sie zu erreichen, gibt I. Die totale Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren in ein Gebiet außerhalb des Reiches und Besiedlung des freigewordenen Raumes II. bei Verbleiben des Großteils der Tschechen (...) die gleichzeitige Anwendung vielfacher, der Germanisierung dienender Methoden (...) Eine solche Germanisierung sieht vor: 2. Die Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht, bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente; 3. die Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschen Blut.»

[5] Die Attentäter und die anderen Fallschirmspringer hatten nicht in Lidice, sondern in den Kirchen St. Kyrill und Method in Prag Zuflucht erfindet, allerdings nicht ohne zuvor bewaffneten Widerstand geleistet zu haben. Noch schlimmer als Lidice traf es die Ortschaft Ležáky östlich von Prag, wo der Radiosender, mit dem das Attentat koordiniert wurde umgebracht, die Kinder übergab man zur «Umerziehung» den Dorfes Deutschen. Lediglich zwei Kinder befand man jedoch für eine solche «Umerziehung» als geeignet; sie wuchsen als Deutsche auf und sind die Eine weitere deutsche Racheaktion ist durch deutsche Unterlagen belegt, insbesondere durch einen umfassenden Bericht des Gestapo-Kriminalrats Heinz Pannwitz an Hitler. Auf Befehl des Angehörige und Freunde der Bewohner von Lidice am 24. Oktober 1942 im Konzentrationslager Mauthausen vergast. (Nach: Enzyklopädie des Holocaust)

>> HUMMEL - Antifa

## Kein Krieg ist auch keine Lösung



edle seelen. (Saddam Hussein)

Für den 26. Oktober 2002 wird zu einem global-action-day anlässlich des offensichtlich bevorstehenden Krieges gegen den Irak aufgerufen.

Wie immer, wenn in diesem Land Menschen gegen einen Krieg der USA auf die Straße gehen, werden sie viele sein, weitaus mehr, als wenn es um einen deutschen Krieg gehen würde, oder gar gegen einen irgendwo weit weg am Arsch der Welt - in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Diese Friedensbewegung, deren Protagonisten und Trägerinnen sich als Linke oder gute Menschen selbstmißverstehen werden, und zu deren Demos wir vielleicht früher auch gegangen wären, wird wieder zahlreiche Texte fabrizieren und Demonstrationen veranstalten.

Sie wird erwartungsgemäß die alten antiimperialistischen Ideologeme reproduzieren, welche, weil man\*frau von Kritik an diesen nichts wissen wollte, auch elf Jahre nach dem letzten Irakkrieg falsch sind.

moralische menschen.

Als radikale Linke, die nach einer emanzipatorischen Gesellschaft streben, anstatt sich apathisch gut zu fühlen, finden wir es notwendig, diese Bewegung und die in ihr aktiven Teile der deutschen Linken zu kritisieren. Nur ein klarer Bruch mit ihren Inhalten kann das Versprechen auf Emanzipation aufrechterhalten.

Sie verkündet, für einen Frieden zu kämpfen, der nur die Abwesenheit von Krieg ist, weil sie von den Gewaltverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft nicht sprechen will. Daß Tag für Tag aus der Logik der kapitalistischen Gesellschaft heraus Menschen auch in ?Friedenszeiten? sterben, daß Kategorien wie Geschlecht oder Ethnie reproduziert werden und das Krieg nur der offene Ausbruch dieser Verhältnisse ist, will sie nicht wissen, solange nur ?die Waffen schweigen?. Weil sie weder Analyse, noch Kritik betreibt, kann ihr Friedensbegriff nicht darauf abzielen, die Gesellschaft zu verändern, sondern nur der regressive Versuch bleiben, dem Rest der Welt das eigene moralisierende Weltbild zu oktroyieren. Hinzu kommt noch, daß auch die friedensbewegte Moral nur eine aus den Verhältnissen entstandene sein kann - schon weil kein Subjekt außerhalb der Totalität der kapitalistischen Vergesellschaftung denkbar ist, das eine andere Moral formulieren könnte-, weshalb diese zwangsläufig eine deutsche sein muß. Wenn aber, trotz dieses moralischen Kampfes, Krieg geführt wird, und wenn daran nicht die Verhältnisse schuld sein können -da sie ignoriert werden-, dann muss notwendig das Bild von amoralischen Antimenschen aufgebaut werden, die den Krieg nur aus niederen Beweggründen führen lassen. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn von bösen Imperialisten und gutem Volk die Rede ist, von vorgeblichen ökonomischen Interessen der Ölmultis erzählt wird, aber die Kritik der politischen Ökonomie mit keinem Wort erwähnt wird, von anderen Machtverhältnissen ganz zu schweigen.

Wo sich die Friedensbewegung mit ihrem moralischen Impetus als gut fühlt und aufgeführt, kommt noch ein anderer Aspekt hinzu, dem entgegengetreten werden muss: sie erzeugt für zahlreiche anpolitisierte Leute, die aus einem Ungerechtigkeitsgefühl heraus gegen Krieg sind, Handlungsanweisungen, nach denen es reichen würde, ohne jede Analyse ein guter Mensch zu sein, um die Gesellschaft zu verändern und letztlich eine Revolution zu machen und wirft sie damit inhaltlich in die frühen 80?er Jahre zurück.

dufte typen.

?Führende deutsche Politiker sprachen sich vor der Bundestagswahl gegen die Teilnahme Deutschlands an diesem Krieg aus [...] - oft mit den Argumenten der Friedensbewegung.? (Achse des Friedens Berlin) Anstatt, angesichts der eigentlich eher erschreckenden Erkenntnis, nicht nur mit achtzig Prozent der Deutschen, sondern auch mit dem Kanzler und einem Vizekanzler, der noch als Begründung für den deutschen Kriegseinsatz gegen Jugoslawien Auschwitz relativierte, einer Meinung zu sein, und nahezu den gleichen Jargon zu benutzen, anstatt also innezuhalten, und zu reflektieren, welche Inhalte da gerade warum solch unerwartete Unterstützung erfahren, fühlt sich



diese deutsche Friedensbewegung nur noch mehr in ihrem Tun bestätigt.

Als wäre sie eine zu spät gekommene Wahlkampftruppe Gerhard Schröders fordert sie von der Bundesregierung ?keinerlei Beteiligung am Krieg, [...] keine finanzielle und politische Unterstützung für diesen Krieg? und als konsequente Fortführung der alten ?Ami go home?-Parole ?keine Gewährung von Überflugrechten für Militärmaschinen und von Nutzungsrechten an militärischen Einrichtungen? (a.a.O.) und damit indirekt die Auslöschung der Erinnerung, warum die USA Militärbasen in Deutschland unterhalten: als Ergebnis des ?deutschen Weges?.

Aber die Friedensbewegung entsorgt so nicht nur nebenbei die deutsche Geschichte, sondern formuliert auch schon die deutschen Interessen der Zukunft: eine dominierende politische und wirtschaftliche Position Deutschlands im arabischen Raum. Als hätte es keine Solidaritätsflüge nach Bagdad gegeben, ironischerweise von Jamal Karsli mitorganisiert, als würden nicht schon längst deutsche Firmen und Organisationen, wie die Deutsch-Arabische Gesellschaft unter dem Präsidenten Jürgen W. Möllemann, zahlreich auf irakischen Messen vertreten sein, fordern sie von der Bundesregierung ?das Embargo selbst nicht mehr [zu] beachten? (imi-online: Wir glauben Euch noch nicht). Ganz direkt machen sie die USA für die Toten als Folge des Embargos verantwortlich und fordern dessen Aufhebung, ohne überhaupt zu hinterfragen, wieviel von dem Geld des ?food-for-oil?-Programms -welches nicht mal von den USA angetastet wird- für Prämien auf antisemitische Mordtaten und für den Erhalt der Präsidentenpaläste Saddam Husseins verwendet wird. Ihre Behauptung ist, daß es der irakischen Zivilbevölkerung nach der Aufhebung besser gehen würde, als hätte selbst ?in besseren Zeiten? das irakische Regime sich um das Wohl eben jener gesorgt.

Nicht sämtliche Teile der Friedensbewegung sind jedoch derartig ignorant gegenüber den Verhältnissen im Irak. Der Friedenspolitische Ratschlag zitiert einen Dr. Sadik Al-Biladi mit den Worten ?Jede einseitige Haltung oder Aktion, sei es nur gegen Krieg, sei es nur gegen das Embargo, wird

vom Saddams Regime als Solidarität mit dem Regime zu Propagandazwecken missbraucht. Ohne eine klare, unmissverständliche Haltung zum Regime in Bagdad sind die Solidaritätsbekundungen für das irakische Volk gefährlich.? Sie wissen somit zwar, daß es verkürzt ist, gegen den Krieg, aber nicht gegen Saddam Hussein zu sein, verbleiben mit ihrem unreflektierten Nein zum Krieg aber trotzdem auf der Ebene des ignoranten Teils der Friedensbewegung. Der Bundesausschuss Friedensratschlag sieht trotz allem hinter diesem Krieg nur den Versuch ?eine[r] Sicherung strategischer Interessen in der weltweit zweitwichtigsten Öl- und Erdgasregion Zentralasien [durch die USA]. Die volle Kontrolle über die Ölreserven des Nahen Ostens zu erlangen, scheint das eigentliche Ziel der US-Administration zu sein.? Der Fakt, daß nach einem Krieg Firmen aus dem Land des ?Siegere? Geld verdienen, wird als Beweis dafür verstanden, daß dieser Krieg nur für diese Firmen geführt wurde. Daß es sich bei diesem Krieg um die Auseinandersetzung zwischen Nationalstaaten handelt, die im kapitalistischen System angelegt, sprichwörtlich normal, ist, wird ignoriert. Damit auch, daß eine konsequente Haltung gegen solche Kriege nur in einer Haltung gegen die Totalität der Verhältnisse enden kann.

gute freunde.

?Selbst wenn die Freundschaft zu Deutschland von eigenen Interessen geleitet ist, so ist sie doch ein wichtiger Faktor, aus dem wir sowohl politischen als auch ökonomischen Wert ziehen können.? (Dr. Fritz Grobba, Deutscher Geschäftsführer im Irak 1932-1941, nach: konkret 9/02)

Gerade weil die Friedensbewegung so völlig unreflektiert gegen diesen Krieg ist, unterstützt sie ganz objektiv deutsche Interessen und das herrschende Regime im Irak. Denn wo es offensichtlich keine gesellschaftliche Kraft gibt, die aus eigener Anstrengung Saddam Hussein und die irakische Baath-Partei stürzen kann, bewahrt die Verhinderung dieses, explizit gegen jenes Regime gerichteten, Krieges die grausamen Zustände.

Innenpolitisch wurde im Irak jedwedes Aufbegehren, ob potentiell emanzipatorisch oder nicht, brutal niedergeschlagen, wahlweise mit deutschem Giftgas gegen die Kurden und Kurdinnen, mit mordenden Revolutionsgarden gegen den schiitischen Aufstand 1991 -wofür die Friedensbewegung, wenn überhaupt, dann nur die

USA verantwortlich macht- oder von Anfang an mit Massakern an Kommunistinnen und Kommunisten. Dies nur die auffälligsten Beispiele.

Außenpolitisch steht die panarabische Ideologie, deren Ergebnis die Baath-Partei ist, für ein völkisches Gesellschaftsbild, inklusive eines offenen Antisemitismus', der dieser spätestens seit ihrem historischen Bündnis mit dem deutschen Nationalsozialismus als einigendes Bindeglied dient. ??Der deutsche Nationalismus, mit seiner Trennung von Nation und Staat, von kulturellem Sein und legalen Institutionen, wurde folgerichtig zum Vorbild.? [Reeva Simon] [...] Dieser Gedanke schlug sich auch [...] als völkische Überlegenheitsvision einer arabischen ?Wiege der Zivilisation? gegenüber den ? zugewanderten und minderwertigen Völkern? - Juden, Assyrer, Chaldäer [nieder].?(konkret 9/02: Besonders deutsch) Dieser Ideologie folgend brüstet sich Saddam Hussein gern mit seinen Raketenangriffen auf Israel im zweiten Golfkrieg und der Förderung von palästinensischen Selbstmordattentaten. Und auch ein neuerlicher Angriff auf Israel ist nicht ausgeschlossen, was er allen, die es hören wollen, auch erzählt, denn schließlich paßt genau dies gut in sein Selbstbild vom aufrechten Kämpfer gegen den Zionismus und die Juden.

Wenn dann ein Krieg, welcher der dem Kapitalismus immanenten Logik folgt, diesem Regime ein Ende bereitet, hätte eine konsequente Friedensbewegung nicht einfach auf dem Allgemeinplatz zu insistieren, daß der Krieg nur aus ökonomischen Interessen geführt würde, und diesen auch noch als völlig anormal zu betrachten. Weil ihr dieser Allgemeinplatz aber nicht die ?Verwertung des Werts? (Karl Marx), als irrationaler Zweck der Einrichtung dieser Welt, sondern ?Kein Blut für Öl!? bedeutet, kann sie auch nicht verstehen, warum die USA den folgenden Krieg, wie auch in Afghanistan, so und nicht anders führen wird, warum die Freiheit die George W. Bush meint, keine emanzipatorische, sondern nur die der ?freien und gleichen Tauschsubjekte? (Karl Marx) sein kann. Wobei jedoch klar ist, daß selbst diese bürgerlichen Freiheitsrechte, angesichts der traurigen Realität im Irak, schon einen Fortschritt bedeuten würden. Außerdem sollte diese Friedensbewegung auch gelernt haben, daß eine Positionierung gegen diesen Krieg, also für den Machterhalt Saddam Husseins, eine Positionierung gegen Israel ist und bleibt.

selbstverständlichkeiten.

Eine radikale Linke, die an dem Versprechen der Emanzipation festhalten will, kann gerade angesichts dieses Krieges nicht aufhören von der Totalität der Verhältnisse zu reden. Sie darf sich nicht darauf beschränken, lediglich die Ausdrücke des Systems moralisch zu attackieren, weil sie dann nur die ?friedliche? kapitalistische Normalität gegen die angeblich Anormalität des Krieges verteidigt und hierzulande auch noch die spezifisch deutschen Verhältnisse affirmiert.

Eine solche Linke kann nicht Teil dieser deutschen Friedensbewegung sein.

Oktober 2002, Hummel-Antifa  
Antifaschistische Hochschulgruppe der Humboldt-Universität zu Berlin

Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus

gruppe.internationale.webteam [gi.webteam]

[art.e] - a radical theory.

indymedia.de.vu - kollektiv

[ASZB] - Antideutscher Schülerzirkel Belgien

>> Hendryk M. Broder

## «Your wonderful capacity to endlös conflicts»

geklaute von: Henryk M. Broder - 29.10.2002 18:44, indymedia-posting, auf [www.antisemitismusstreit.tk](http://www.antisemitismusstreit.tk) gelinkt.

**W**ohlfeile moralische Entrüstung, kulturelle Überheblichkeit, aber auch tief sitzende Komplexe: Autor Henryk M. Broders analysiert deutsche und europäische Urteile und Vorurteile gegenüber den USA. Missverständnisse und Polemiken bestimmten die Debatte, bei der sich speziell Deutschland den Vorwurf des Anti-Amerikanismus aus intellektueller Arroganz einhandelt:

„Friedensdemonstration“ in Frankfurt am Main

Die Amerikaner haben die Indianer ausgerottet, Dresden bombardiert, Hiroshima verbrannt und das Klima-Abkommen von Kyoto nicht unterzeichnet - Grund genug, sie zu verachten. Ein Essay über den keimenden Anti-Amerikanismus und die moralische Überheblichkeit in Deutschland.

Anti-Amerikanismus: Allein schon der Begriff ist Mogelei. Er suggeriert alles Mögliche, von Protest über Reaktion bis zur Notwehr und legt die Reihenfolge fest: Ohne das amerikanische Streben nach der Weltherrschaft gäbe es keinen Anti-Amerikanismus, so wie der Anti-Faschismus die zwangsläufige Antwort auf den Faschismus war, so



wie Antibiotika gegen Entzündungen und Antidepressiva gegen schlechte Laune verschrieben werden.

Das Prinzip von Ursache und Wirkung scheint auch in diesem Fall zu gelten. Zuerst ist das pathologische Symptom da, dann kommen die Ärzte und überlegen, wie sie es angehen sollen. Der Patient wird gebeten, sich der Behandlung nicht zu widersetzen, es geschehe alles zu seinem Besten. Doch es scheint nur so. Der Anti-Amerikanismus ist kein bedingter Reflex auf die Politik der USA, er ist ein autonomes Ressentiment, das sich seine Rechtfertigungen sucht. Man könnte auch sagen: Der Wirkung ist jede Ursache recht, so lange sie sich als die moralisch überlegene Position spreizen kann.

Es darf doch nicht sein, dass uns diese  
Cowboys überlegen sind

Der Anti-Amerikanismus der Nazis richtete sich gegen den „Mammonismus“ der Amerikaner, gegen die Vermännlichung der Frauen und die Verweiblichung der Männer in den USA. Nach dem Krieg ging es dann, sobald die Care-Pakete verbraucht waren, gegen die „Negermusik“ und „degenerierte“ Künstler wie Elvis Presley, die mit ihrem Geschaukel und Geheule die Moral der deutschen Jugendlichen gefährdeten. Nur war damals noch nicht von „Anti-Amerikanismus“ die Rede. Kurz nach der Befreiung konnte das Ressentiment nur wie ein No-Name-Produkt gelagert werden. Inzwischen ist viel Zeit vergangen, alle Hemmungen, die mit der Geschichte verbunden waren, sind abgebaut, es herrscht eine Unbefangenheit, die sich an der eigenen Verwegenheit berauscht.

Der Antiamerikanismus ist ein kollektiver Urschrei verwundeter Seelen: der Versuch, über das Gefühl der eigenen Unterlegenheit hinwegzukommen. Es darf doch nicht sein, dass die primitiven Amerikaner, diese Cowboys und Bush-Krieger uns praktisch in allem überlegen sind, wo wir die Kultur und die Klappstulle erfunden haben und sogar in Augsburg, Mainz und Oldenburg teure Drei-Sparten-Theater unterhalten. Erschwerend kommt dazu, dass es die Amis waren, die uns im letzten Jahrhundert zweimal geschlagen und vor uns selbst gerettet haben. Keine andere Gesellschaft, so hat es der Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht, ein Deutscher mit US-Pass, in der „FAZ“ geschrieben, würde „ähnlich stolz und ähnlich konsequent ihren eigenen Antiamerikanismus als Ausdruck nationaler Souveränität“ missverstehen. Unter den Beispielen, die Gumbrecht nannte, war auch ein „national hochgeschätzter Künstler“, der in einer Talkshow gesagt hatte, die Erfindung des Kaugummis sei „der einzige amerikanische Beitrag zur Weltkultur“ gewesen. - Würde man die Mischung aus Hämie und Ignoranz, die in Deutschland als Nachweis eines gesunden Selbstbewusstseins gilt, andersrum anwenden, müsste man sagen, der einzige deutsche Beitrag zur Weltkultur von Wert und Bestand sei die Currywurst.

„Gerade wir als Deutsche...“

Woher kommt das Gefühl der moralischen Überlegenheit, das sich derzeit wieder in allen Medien breit macht, in den professionellen Kommentaren wie in den naiven Leserbriefen? Was ist die Geschäftsgrundlage für die große Koalition des guten Gewissens, deren Teilnehmer sich gegenseitig die allergrößte Eingreifkompetenz bestätigen? „Darf man Mord nicht Mord nennen, weil viele unserer Vorfahren gemordet haben? Muss

man nicht gerade deshalb und um unserer eigenen Kinder willen laut und deutlich Mord Mord und Mörder Mörder nennen? Schweigen ist heute Schuld“- schreibt ein SPIEGEL-Leser in einem Leserbrief. Er meint die Verpflichtung, im Nahostkonflikt Stellung zu beziehen, für den Frieden und zugunsten der Palästinenser. Es ist eine einfache Rechnung: Je schwerer die eigene historische Hypothek, umso größer auch die Berechtigung, anderen Moral zu predigen. Mit dem Holocaust im Gepäck sind die Deutschen wie keine andere Nation für einen solchen Job qualifiziert.

Sagte man früher: „Junge Huren, alte Betschwestern“, so heißt es heute: „Grade wir als Deutsche...“ Das Prinzip gilt generell, auch und vor allem gegenüber den Amerikanern. Denn die haben die Indianer ausgerottet, Dresden bombardiert, Hiroshima verbrannt und das Klima-Abkommen von Kyoto nicht unterzeichnet. Es gibt also ein langes Sündenregister und akuten Handlungs- und Nachhilfebedarf.

„Nein zum Krieg im Irak. Weil Krieg nicht zum Frieden führt“ konnte man ausgerechnet am 1. September in Anzeigen der PDS lesen, der Nachgeburt der SED, die sonst den Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg feierte, als hätten das ZK und das Politbüro von Pankow aus die militärische Offensive angeführt. Und als gäbe es einen Briefsteller für Kaugummiverächter, setzte sich überall die gleiche Sprachregelung durch. Es müsse „vor der Gefahr eines Irrweges gewarnt werden“, meinte ein „Neues-Deutschland“-Leser, „wer sonst, wenn nicht Deutschland sollte es tun - vor dem Hintergrund seiner schmerzhaften Erfahrungen?“ Es war, natürlich, eine rein rhetorische Frage.

Jawoll! Wir verbieten US-Touristen  
die Benutzung der Bahnhofs-Klos

In der „Welt“ legte ein Leser ein Bekenntnis ab: „Meiner Meinung nach ist kein Volk der Welt mehr dazu prädestiniert, vor den unkalkulierbaren Folgen eines Krieges zu warnen wie das deutsche“, und in der „Berliner Zeitung“ meldete sich sein Klon zu Wort: „Die Deutschen haben ihre Lektion gelernt. Man darf es ihnen heute nicht verargen, dass sie sensibel reagieren, wenn irgendwo in der Welt abermals ein Angriffskrieg vorbereitet wird.“

So ein moralischer Vorsprung muss klug genutzt werden. „Vielleicht können gerade die Westeuropäer den US-Amerikanern eine Lektion in Demokratie und humanitärer Mitmenschlichkeit erteilen“, meinte ein „taz“-Leser, der mit seinem Abo vom Deutschen zum Westeuropäer mutiert war und dabei vergessen hatte, wie heldenhaft die Westeuropäer den Nazis Widerstand geleistet hatten, bevor sie aus eigener Kraft kapitulierten, und wie vorbildlich sie alle europäischen Konflikte, von Nordirland bis zum Baskenland, von Zypern bis Kosovo, seitdem gelöst haben, immer unter der Wahrung humanitärer Mitmenschlichkeit.

Ein anderer „taz“-Leser schrieb einen Brief an George W. Bush, in dem er humanitäre Mitmenschlichkeit mit alternativer Witzschickel verknüpfte: „When you was governor of Texas for example, all the world could see your wonderful capacity to endlös homemade conflicts.“ Es gab, ebenfalls von einem „taz“-Leser vorgelegt, einen Vorschlag, wie die nächste Endlösung verhindert werden könnte: „Den USA und Großbritannien ist die Nutzung ihrer in der BRD befindlichen Militärbasen und Kommandoeinrichtungen... für eine Kriegführung gegen den Irak strikt zu untersagen!“ Jawoll! Und wenn das nicht hilft, verbieten wir amerikanischen und britischen Touristen die Benutzung der Klos auf deutschen Bahnhöfen!

„Ich wäre froh, wenn Kolumbus an den Blödmännern vorbei gefahren wäre“

Statements wie diese mögen im Einzelfall von Angebern, Spinnern und Querulanten geschrieben sein, sie geben die vorherrschende Stimmung dennoch authentisch wieder. So wie es aus Herta Däubler-Gmelin spricht, so denkt es allerorten. Und wenn man wissen will, wie es ganz unten im Volk rumort, muss man nur in den Internet-Foren nachsehen, wo sich die Vox populi ungebremst und ungefiltert und ohne Rücksicht auf Rechtschreibung und Zeichensetzung austobt.

„Es geht nur um Bodenschätze und das wohl der USA! Die größten Schweine sind nicht bereit was für die Umwelt zu tun. Der Irak wird angegriffen, weil er nukleare u. Biologische Waffen hat, was hat denn die USA??? Ich wäre froh, wenn Kolumbus damals an den Blödmännern vorbei gefahren wäre. Last sie machen was sie wollen, irgendwann sind sie mit sich selbst nicht mehr zufrieden dann haben sie ihre eigenen Probleme zu lösen, und der Rest der Welt hat seine ruhe vor diesem Land ohne jegliche Kultur. ENDLICH!!!!!!!!!!!!“

Der Anti-Amerikanismus ist ein populäres und dabei diversifiziertes Phänomen. Es gibt den Anti-Amerikanismus der dummen Kerls, die sich über Kaugummi, Coca-Cola und McDonald's aufregen, während sie Buletten und Bratkartoffeln in der Mikrowelle auftauen; und es gibt den Anti-Amerikanismus der gebildeten Stände, die alles relativieren und in die richtige Perspektive bringen, wie es „stern“-, „Zeit“- und SPIEGEL-Leser gerne tun: „Dieser 11. September hat die Welt nicht verändert. Ähnliche und gar noch viel schlimmere Verbrechen gab es leider schon immer in der Menschheitsgeschichte. Jedoch hat noch nie ein Staatsgebilde so viel Kapital aus solch einem Vorfall geschlagen wie die USA.“

„Eine Analogie zum Einsturz des Turms zu Babel“

So etwas kann natürlich nicht hingegenommen werden. Wer, wenn nicht wir, wäre besser geeignet, den USA auf die Finger zu schlagen und Fairness für einen Diktator einzufordern: „Mit demselben Recht, mit dem die souveränen USA Einblick in die Waffenschmieden des Irak fordern, könnte der ebenfalls souveräne Irak Einblick in die militärische Hexenküche der Amerikaner fordern. Gleiches Recht für alle!“

Eine Etage darüber setzen die Vordenker und Philosophen das nationale Bildungswerk fort. Die Systemanalytikerin Sybille Tönnies enthüllt in der „FAZ“, „warum sich die amerikanische Aggression jetzt gegen Saddam richten muss“, weil er sich der „Pax Americana“ verweigert hatte und nicht am „Krieg gegen den Terror“ teilnehmen wollte.

Der Lifestyle-Philosoph Peter Sloterdijk sagt dem Wiener Nachrichten-Magazin „profil“, er gehöre „Gott sei Dank einer Gruppe von Menschen an, die mit dem 11. September seit jeher den Geburtstag Theodor W. Adornos verbunden haben“ und er halte weiter „an der Einschätzung fest, dass diese Assoziation unter kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten weiterhin die wichtigere bleibt“.

Die fortschrittliche Theologin Dorothee Sölle, schon immer auf Seiten der Armen und Ausgebeuteten, sieht in der Zerstörung der Türme des WTC „eine Analogie zum Einsturz des Turms zu Babel“. Beide Bauwerke seien aus den gleichen Gründen zerstört worden: „Weil sich die Menschheit nicht mehr verstanden habe.“

„Läuft in der Welt etwas krumm, dann riecht es nach Petroleum!“

Ihr Kollege Friedrich Schorlemmer schaut dagegen besorgt in die Zukunft. „Die Welt muss nicht nur den schwierigen und langwierigen Kampf gegen den internationalen Terrorismus gewinnen, sondern sie muss auch acht Jahre Bush-Administration überstehen.“ Damit ist für ihn die Terrorismus-Frage erledigt, das Problem Bush aber nicht. „Bush ist eine Gefahr für die Welt geworden“, er ist dabei, „zum Weltdiktator zu werden“, die US-Administration „wird damit selber zu einer Weltgefahr“. In dieser Lage, schreibt Schorlemmer in „Neues Deutschland“, „wäre der Westen gut beraten, auf die liberalen Kräfte in der arabischen Welt zu hören“, und weil es in der arabischen Welt so viele liberale Kräfte gibt, auf die man hören kann, fallen ihm spontan zwei ein: „auf den ägyptischen Präsidenten und den Präsidenten der arabischen Liga“.

Entsetzt und mit allergrößter Missbilligung stellen die Gegner der „Pax Americana“ fest, dass die US-Regierung kein verlängerter Arm der Heilsarmee ist, dass ihr Vorgehen „immer auch mit handfesten ökonomischen und machtpolitischen Interessen verbunden war“. Surprise, surprise! Statt Rheumadecken und Milchpulver in der Welt zu verteilen, betreibt eine Weltmacht Interessen orientierte Machtpolitik. Ein „ND“-Leser bringt die Sache auf den Punkt:

„Läuft in der Welt etwas schief und krumm, dann riecht es nach Petroleum! Und bei Bush und Co. riecht es penetrant nach Petroleum.“

Deutsche Firmen dagegen nehmen nicht am weltweiten Wettbewerb teil, deutsche Banken geben besonders gern zinsfreie Kredite an kapitallose Kleinbetriebe in der Dritten Welt, deutsche Moralisten wie Sloterdijk, Sölle und Schorlemmer schalten im Winter ihre Heizungen aus und frieren gemeinsam für den Frieden. Zwischendurch wärmen sie sich an einem Glas Tee auf, den sie in einem Laden der Welthungerhilfe gekauft haben, der Strom kommt ja ohnehin aus der Steckdose.

Es waren deutsche Firmen, die den Irak aufrüsteten

Nur nebenbei hört man, dass die deutsche Politik nicht ganz so interessenfrei ist, wie es die Vertreter der deutschen Moral gerne hätten. 1997 wurden Waren im Werte von 21,7 Millionen Euro in den Irak exportiert, ein Jahr später waren es schon 75,4 Millionen Euro. 2001 setzten deutsche Firmen im Irakhandel 336,5 Millionen Euro um, und im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es bereits 226,2 Millionen Euro; das heißt: Innerhalb von nur fünf Jahren stieg der deutsch-irakische Handel um das Zwanzigfache.

Es waren auch deutsche Firmen, die entscheidend dazu beigetragen hatten, den Irak aufzurüsten, seine Scud-Raketen flugtauglich zu machen. Worauf sich die deutschen Moralisten nicht darum sorgten, welchen Schaden diese Waffen anrichten würden, sondern wie eine „Eskalation der Gewalt“ - durch eine Entwaffnung des Irak - verhindert werden könnte. Der deutsche Idealismus kann es auch nicht hinnehmen dass „Blut für Öl“ vergossen wird. Denn das einzige, wofür Blut vergossen werden darf, ist Blut - ohne materielle Interessen. Moral ist in Deutschland ein Exportartikel. Die Selbstermächtigungsformeln „Wer, wenn nicht wir...“ und „Gerade wir als Deutsche mit unserer Geschichte...“ haben das alte „Made in Germany“ ersetzt. Für den heimischen Markt sind sie freilich ohne jede Bedeutung.

Wenn nur die Reichtümer der Erde gerecht verteilt wären...

Die „nationalbefreiten Zonen“ im Osten bleiben unter der Kontrolle von Neonazis, im Westen nimmt der Antisemitismus rasant zu, ohne dass die Bannerträger der Moral, vorneweg Künstler und Intellektuelle, sich die gute Laune vernageln lassen möchten. Sie konzentrieren ihre Kräfte darauf, der Welt zu sagen, wie der Terrorismus bekämpft werden soll, nämlich „wie jede Form der Kriminalität mit polizeilichen Maßnahmen“, wobei man auch „seine sozialen Ursachen ins Auge fassen (muss), vor allem die ungerechte Verteilung der Reichtümer der Erde und die Demütigung fremder Kulturen durch die Arroganz einiger Führer des Westens“, heißt es in einem Appell, den einige dutzend Kulturschaffende, von Walter Jens bis Katja Ebstein und Johano Strasser bis Hannelore Elsner, unterzeichnet haben.

Wenn nur die Reichtümer der Erde gerecht verteilt wären und die Demütigung fremder Kulturen durch die Arroganz einiger Führer des Westens vorbei wäre, dann würden auch die zwei Türme in New York noch stehen und Katja Ebstein könnte mit Hannelore Elsner in der Bar „Windows on the World“ im 101. Stock des Nordturms mit ein paar „Caipirinhas“ auf die Dritte Welt anstoßen, statt in Deutschland nach den „sozialen Ursachen“ des Terrorismus zu forschen.

Vieles am deutschen Anti-Amerikanismus, wie er sich seit dem 11. September 2001 präsentiert, ist geschwätziges Mitläufertum von Leuten, die auch jeden Appell gegen schlechtes Wetter unterzeichnen würden, so lange sie damit ihre fortschrittliche Gesinnung zum Nulltarif beweisen könnten. Dieselben Leute, die angesichts von Taliban und al-Qaida nicht müde werden, islamischen Fanatismus schön zu reden und seine Aktionen als soziokulturelle Notwehr, als Reaktion auf Armut und Arroganz, zu verharmlosen, brauchen ein Feindbild, an dem sie sich festhalten können, den hässlichen, kulturlosen Amerikaner, der Kaugummi kauend die Welt verpestet.

Sie haben keine Zeile von Walt Whitman gelesen und wissen nicht, was Henry David Thoreau „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“ geschrieben hat, das einzige, wovon sie überzeugt sind, ist, dass sie die Welt retten müssen, nicht vor Osama Bin Laden und Saddam Hussein, sondern vor George W. Bush, der eine Gefahr für den Weltfrieden bedeutet, wie Adolf Hitler vor gut 70 Jahren.

Je mehr George zum Adolf wird, umso weniger bleibt vom Original übrig

Und nun wird gehandelt. Noch einmal wollen die deutschen Friedensfreunde nicht versagen, um sich hinterher Vorwürfe anhören zu müssen, sie hätten die Zeichen an der Wand nicht gesehen. Der inzwischen zur argumentativen Grundausstattung gehörende Vergleich von Bush und Hitler soll den nachgeholteten Widerstand legitimieren. Und je mehr George zum Adolf wird, umso weniger bleibt am Ende vom Original übrig. So schaffen wir unsere Geschichte außer Landes, legen sie den Amis vor die Haustür und halten unseren eigenen Garten sauber. Bald wird das Weiße Haus nur noch der „Führerbunker“ heißen, und dann sollte es nicht mehr lange dauern, bis Deutschland den Rest der Welt beschämen und Saddam Hussein Asyl anbieten wird. Wer, wenn nicht wir.

&gt;&gt; Antideutsche KommunistInnen Berlin

# Kampf der Friedensbewegung!

## sonst ist der Antifaschismus keinen roten Heller wert

Flugblatt, verteilt am 9.12.2002, bei einer Kundgebung gegen den Naziaufmarsch «Hände weg von Palästina. Keine Waffen für Israel» anlässlich des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Mosche Katzav.

Die Nazis demonstrieren unter der Parole «Hände weg von Palästina - keine deutschen Waffen für Israel!» anlässlich des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten, obwohl alles danach aussieht, als würde die Bundesregierung genau diese Forderung erfüllen. Zwar ist ihr die Existenz Israels «historische und moralische Pflicht» (Schröder, Die Zeit, 28.11.02), aber was Moral und Tabu in Deutschland wert sind, haben Wälsler, Fischer und die ARD schon zur Genüge gezeigt. Hilfe zur Bekämpfung der selbstmörderischen Aggressoren, die Israel fundamental bedrohen, gibt es nicht. Dies wäre ein Verstoß gegen die rechtlich bindende Verpflichtung, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, so der «pazifistische Grünen-Flügel» (Spiegel online). Im Namen des Friedens werden die Aggressoren im nahen Osten längst unterstützt.

Die Nazis sind momentan eine isolierte Minderheit, die wenig Chancen hat, eine Massenbasis zu gewinnen. Jeder einigermaßen seriöse und anständige Deutsche grenzt sich von Rechtsextremisten ab und betont, dass diese eine Gefahr für die Demokratie seien und bekämpft gehörten. Diese Gegnerschaft ist nicht auf die Ablehnung der politischen Positionen der Faschisten gegründet; vielmehr geht es um die Stiftung von Gemeinschaftsgefühl und die Beruhigung eines höchst fragwürdigen antifaschistischen Gewissens: weil die böse sind, sind wir gut. Die abstrakte Ablehnung wird nötig, wenn inhaltlich den Nazis im Grunde kaum etwas entgegen gesetzt werden kann: gegen die Globalisierung und für soziale Marktwirtschaft, gegen Materialismus und Egoismus und für kulturelle Identität, Opferschutz statt Täterschutz im Justizwesen - darauf könnte sich die NPD mit jedem Demokraten einigen. Nirgends aber ist dieser Gleichklang von Faschisten, Normalbürgern und Linken so groß wie beim Thema der heutigen Demonstration. Dass Israel der wahre Schurkenstaat im Nahen Osten sei, der die Gewaltspirale in Gang gesetzt habe und dass den Palästinensern gar nichts anderes übrig bleibe, als sich mit allen Mitteln gegen das Unrecht zur Wehr zu setzen, kann man nicht nur auf der Homepage der NPD, sondern in jeder beliebigen Tageszeitung lesen. Wenn ein Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus zur Volksfront gegen Braun lädt und alle «Bürgerinnen und Bürger Berlins» dazu aufruft, Farbe zu bekennen gegen die etwas zu forscht auftretende kahle Minderheit, so ist dies nichts als die Propagierung des anständigen Deutschlands gegen die Schmutzkinder und damit Parteinahme für den regierungsamtlichen Antisemitismus.

Die Bösartigkeit dieses anständigen Deutschlands zeigt sich insbesondere in seiner Ablehnung des bevorstehenden Angriffs der USA auf den Irak. Die Regierung, bestimmte Kapitalfraktionen sowie eine bewusste Gemütsbewegung des Volkes wollen ein Regime an der Macht halten, dessen Präsident Hussein die Juden zum «Abschaum der menschlichen Rasse» (Radio Bagdad, 9.6.2001) erklärt, der jede palästinensische Familie, aus der ein Selbstmordattentäter hervor-ging, mit einer Prämie von 25.000 Dollar

belohnt, und der den Attentätern des 11. September offiziell zu ihrem Erfolg gratulierte. Es bedarf keiner detaillierten Nachforschung, um die Gefährlichkeit dieses Regimes zu erkennen, dessen erklärtes Ziel die Auslöschung Israels ist, und das mit dem Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung bereits bewiesen hat, dass es, sollte es über Massenvernichtungswaffen verfügen, diese auch einsetzen wird. Dieses Regime wieder als normales Mitglied der Staatengemeinschaft zu rehabilitieren ist das Ziel der europäischen Außenpolitik. Während Friedenskanzler Schröder demagogische Reden gegen Amerika schwingt, sich aber bei deren realen Umsetzung zurückhält, weil er den offenen Bruch mit den USA noch nicht riskieren will, kennt die Friedensbewegung solche realpolitische Rücksichtnahme nicht. Sie affirmiert also nicht nur die Politik der herrschenden Klasse, sondern fordert diese auf, noch konsequenter zu sein: sie appelliert an Schröder, den deutschen Luftraum für amerikanische Militärflugzeuge zu sperren und insistiert darauf, dass der Krieg nicht den Interessen Europas entspreche. Ihre sich naiv gebenden Visionen zeigen an, worauf die europäische Politik hinausläuft, wenn sie nicht gestoppt wird: die schlafwandlerische Wiederherstellung der Achse des Friedens zwischen Berlin und Bagdad, die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums inklusive traditioneller Hilfsvölker auf dem Balkan und im Baltikum, der sich mit der arabischen Welt gegen den vom Materialismus verdorbenen Westen verbündet und seine inneren Widersprüche durch die Ermordung der Juden abzureagieren sucht. Die sozialen Basisbewegungen Europas und die Islamisten haben denselben Feind, wie sich erst kürzlich wieder auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz zeigte, als Zehntausende die heilige Intifada gegen Israel moralisch unterstützen und in vielen Pamphleten das Existenzrecht Israels bestritten. (Jungle World, 13.11.02)

Wenn die Antifa ihre Kritik an den Nazis auch inhaltlich begreifen würde, müsste sie sich gegen die Friedensfreunde und Globalisierungsgegner richten.



Zwar werden deren Aktionen und Verlautbarungen den nicht völlig blinden Antifa-Aktivisten zuweilen unheimlich, aber daraus können keine wirklichen Konsequenzen gezogen werden, weil das Bekenntnis zu den arabischen Judenmördern und der Hass auf Israel mit der stereotypen Formel vom «strukturellen Antisemitismus» entwirrt wird, als gäbe es eine Struktur ohne den von ihr strukturierten Inhalt. Ist so der Einbruch der Realität ins Bewusstsein erfolgreich zurückgedrängt, kann man auch, wie die Antifa Nordost AA(NO), zu den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen mobilisieren, obwohl dort eine Kampagne «Boycottiert Israel» betrieben wird. Diese Kampagne hält die Berliner Antifagruppe zwar «für politisch unklug und schlicht für falsch, da dadurch unserer Meinung nach antisemitische Ressentiments geschürt und bedient werden». Die Parole habe «in deutschen Ohren zwangsläufig den Klang von „Kauft nicht beim Juden!“. Nicht die Parole selbst sei antisemitisch, sondern nur ihr Klang, und nur für deutsche Ohren. Für andere klingt sie möglicherweise anders, denn «es spielt eine Rolle, ob mensch aus dem Land der TäterInnen kommt oder eben aus Dänemark.» Nachdem man dergestalt den Wahrheitsanspruch aufgegeben und jedem das Recht auf seine eigene lokalbornierte Schrulle zugestanden hat, braucht man Antisemitismus nicht mehr zu kritisieren und kann sich damit begnügen, in der antisemitischen Debatte auch mal seine «Meinung» zu sagen. Aber niemals überheblich oder gar rechthaberisch, denn «wir respektieren (...) den Stand der dortigen Antisemitismusdebatte und hoffen auf eine konstruktive Diskussion». Die konformistische Antifaschistische Aktion Berlin mit dem flotten Kürzel AAB, die sich auch schon einmal zu einer ebenso halbherzigen wie formalen «Solidarität mit Israel» durchrang, verteidigt nun zusammen den Antisemiten von Attac, den Grünen und der PDS den Frieden und damit Saddam Hussein. Sie mobilisieren den pluralen Mob zur großen Friedensdemo am Tag X, wenn das Regime im Irak endlich von seinem ehemaligen Gönner wenigstens auch wieder abgesetzt wird.

Offensichtlich scheiden sich an Israel die Geister, und nicht daran, ob man eine ohnehin randständige Gruppe wie die Nazis ebenfalls böse findet. Schlägt die Antifa sich auf die Seite der deutschen Bürgerinnen und Bürger, also auf die Seite der Friedensbewegung, so befindet sie sich auf der Gegenseite derer, die für Emanzipation kämpfen. Die Gegnerschaft von Faschisten und Antifaschisten könnte sich so am Ende als belanglose Klassenkeilerei erweisen, die vergessen ist, wenn es gegen den gemeinsamen Feind, die Juden, geht. Ein Stefan Vogt und eine Elfriede Müller haben es in der überflüssigen, postmodernen Jungle World vorgemacht.

Soll es zur freien Assoziation der Individuen doch noch kommen, sind die Antizionisten aller Couleur zu bekämpfen. Der Staat Israel wurde notwendig zum Schutz der Juden, nachdem der erste Anlauf zur kommunistischen Weltrevolution am Proletariat in den Metropolen scheiterte. Israel ist der - den Umständen entsprechend - gelungene Versuch der nationalen Emanzipation der Juden von der Vernichtungsbedrohung. Mehr noch als Kuba, dessen Chef Castro heute für die Reaktion hetzt, steht Israel dafür, dass sich ein Teil der Menschheit dem katastrophischen Weltlauf nicht ohne Widerstand ausliefert. Die sich staatlich organisierenden Juden lassen sich nicht mehr abschlagen! Israel wird gehasst, weil es an die Möglichkeit der Emanzipation erinnert und sei diese auch nur negativ, dass man sich dem Zugriff der Mörder militant mit einem ausreichenden Waffenarsenal erwehrt.

In den immanenten Konflikten der grundfalsch eingerichteten Welt nehmen die Friedensfreunde mit sicheren Instinkt für die faschistische Seite Partei. Bei allen Borniertheiten, die eine spätkapitalistische Industriemacht notwendig an sich hat, verteidigen die USA mit ihrer Weltordnung die Welt gegen den Faschismus und Israel gegen die Bedrohung der Eliminierung. Wer dies nicht sieht und den Antiamerikanismus in Europa nicht inhaltlich ablehnt, also gegen Europa und für die USA agitiert, der wird auch nie zum Kommunismus kommen können, der doch so dringend geboten ist und von dem schlicht niemand auch nur reden mag. Und dies, obwohl klar ist, dass in der Peripherie wenig Aussicht auf reale Veränderung besteht, wenn in den Metropolen der Kommunismus nicht wieder als Macht aufersteht, bevor es zu spät ist.

&gt;&gt; Autonome Antifa [M]

# fight warzone capitalism!

Positionsbestimmung der Autonomen Antifa [M],  
Göttingen zum drohenden Irak-Krieg und den  
beginnenden Protesten dagegen.

Alle Wege führen  
nach Bagdad...

Während die USA noch darauf warten, dass der Irak gegen die neue Sicherheitsratsresolution verstößt, was dieser mit Sicherheit tun wird, bevor Bagdad bombardiert werden kann, ist auf der anderen Seite des Atlantik, in der - zugegebenermaßen weltpolitisch weniger bedeutsamen - deutschen Linken die Auseinandersetzung schon voll entbrannt.

Die Diskussion dreht sich insbesondere um die Frage, wie mit der weitgehenden Ablehnung des Kriegs durch die deutsche Regierung und Gesellschaft umzugehen sei. Auf keinen Fall ist dies mit einem in Deutschland seltenen Zeichen kollektiver Vernunft zu verwechseln, auf das mit uneingeschränkter Begeisterung von links reagiert werden müsste - dazu sind die Einstellungen dieser Gesellschaft und Regierung allzu gut bekannt. Ebenso wenig lässt sich jedoch der Umkehrschluss ziehen, es sei unmöglich, eine Antikriegspolitik zu vertreten, die sich nicht in den Dienst der deutschen Interessen stelle, da der bevorstehende Irak-Krieg schlecht für die Interessen Deutschlands sei und hinter einer künftigen Friedensbewegung nichts anderes stecke als anti-amerikanisch artikulierter Nationalismus. Eine linksradikale, anti-nationalistische Position gegen den Krieg liegt nicht etwa in der Mitte zwischen diesen Polen, sondern einen Denkschritt weiter: Die Analyse muss an der Ursache des Kriegs beziehungsweise der fehlenden Zustimmung Deutschlands ansetzen, und dort finden sich die Interessenwidersprüche im weltweiten Kapitalismus.

Aus dieser Perspektive stellt sich zu-erst die Frage: Welche Motive stehen hinter den Kriegsplänen der USA und der davon eher unbeegeisterten Haltung vieler europäischer Staaten, in erster Linie Deutschlands?

Als die USA 1991 verkündeten, eine "Neue Weltordnung" schaffen zu wollen, waren gerade erst, auch im postkolonialen Teil der Welt, die klaren Fronten der Konfrontation von realexistierendem Sozialismus und kapitalistischem Westen weggebrochen. Dementsprechend galt es für die damals einzige verbliebene Weltmacht USA, zum einen diese politische Vormachtsstellung aufrechtzuerhalten und auszubauen sowie zum anderen, allgemein deutlich zu machen, dass die weltweiten Spielregeln die des Kapitalismus zu sein haben. Der Anfang dieses Neuordnungsprozesses wurde im Irak gemacht, nachdem dieser Anspruch auf die Ölquelle namens Kuwait erhoben hatte. Allerdings hatte man zu diesem Zeitpunkt wohl noch an den Aufbau einer "Neuen US-amerikanischen Weltordnung" gedacht. Inzwischen ist jedoch ein neuer weltpolitischer Faktor hinzugekommen, der selbst tüchtig mitordnen will: 1991 hatten die europäischen Staaten noch nicht viel zu melden, und die finanzielle und politische Unterstützung des Irak-Kriegs stellte für das frisch wiedervereinigte Großdeutschland sogar einen der ersten Schritte dar, selbst wieder zum international ernstzunehmenden Faktor zu werden. Das ist mittlerweile so gut gelungen, dass Deutschland zur zweiten europäischen Führungsmacht neben Frankreich wurde, während Großbritannien gerade in militärischen Fragen traditionell den USA näher steht. Die gewachsene Bedeutung Deutschlands stärkte zugleich die EU, die somit in der ökonomischen und geostrategischen Aufteilung der Welt zu einer ernsthaften Konkurrenz der USA wurde.

Diese Konkurrenz zeigt sich auf verschiedensten Ebenen: Dies reicht von Handelskonflikten über die Streitigkeiten um das Kyoto-Protokoll und den Internationalen Strafgerichtshof bis in den UN-Sicherheitsrat, in dem der Machtkampf nun wiederum anhand des Punkts Irak ausgetragen wurde. Das Ringen um die Irak-Resolution beinhaltet zudem eine weitere Ebene: Für die USA handelte es sich um eine Machtprobe mit den übrigen weltpolitischen Kräften Russland, China und Europa. Sie lief darauf hinaus, diese durch Zugeständnisse auf anderen Gebieten von der den Krieg legitimierenden US-Resolution zu "überzeugen" - und anschließend zu demonstrieren, dass man weiterhin bereit ist, den Irak gegebenenfalls auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrats anzugreifen. Das wäre zwar nicht das erste Mal in der Geschichte des Sicherheitsrats (das waren beziehungsweise sind die regelmäßigen Bombardierungen des Irak durch die USA und Großbritannien sowie nicht zuletzt der Jugoslawienkrieg, die ohne Zustimmung der UNO stattfanden oder -finden) würde aber den Sicherheitsrat, also jene Instanz, die zur Verhinderung eines weiteren Weltkriegs zwischen den Supermächten gegründet wurde, weiter schwächen. Ein Präzedenzfall wäre es zudem in anderer Hinsicht: Ein US-Krieg gegen den Irak auf eigene Faust wäre die Umsetzung der sogenannten "Bush-Doktrin", mit der sich die USA auch ohne UNO-Genehmigung "Präventiv"-kriege gegen Staaten vorbehalten, die sie für eine "Bedrohung" halten. Dass sie in dieser Hinsicht noch eine längere Liste abarbeiten wollen, ist bekannt.

Warum nun gerade der Irak, und nicht etwa Mali oder Burma? Da ist zum einen das Öl: Der Irak schwimmt praktisch auf einer Öllache und war bis zum zweiten Golfkrieg 1991 eine aufstrebende politische und Wirtschaftsmacht der Region. Als es in den Achtziger Jahren darum ging, den Irak für den ersten Golfkrieg gegen den damaligen Schurkenstaat Iran aufzurüsten, war Saddam Hussein für die "westliche Staatengemeinschaft" ein angesehener Staatsmann, mit dem man gerne "Öl für Waffen"-Geschäfte abschloss. Spätestens seit dem irakischen Einmarsch im nicht minder ölreichen Kuwait gilt Hussein jedoch für die USA nicht mehr als ausreichend verlässlicher Geschäftspartner. Wäre es tatsächlich

zu einer reinen US-Weltneuordnung gekommen, hätte das Ergebnis des zweiten Golfkriegs vermutlich ausgereicht: Der Irak war auf den Zustand eines Entwicklungslands gebombt worden, der Staat stand selbst in der Arabischen Liga isoliert da, und in einer weltweit verständlichen Sprache war klargemacht worden, wer der Boss war.

Nun haben aber europäische Staaten, wieder mit Deutschland und Frankreich in vorderster Front, die Lockerung des Irak-Embargos in den Neunziger Jahren dazu genutzt, sich mit weitreichenden Handelsabkommen weitere Pfründe in der Region zu sichern - inzwischen ist auch Russland groß ins Irak-Geschäft eingestiegen. Auch zu anderen den USA eher suspekten Staaten im Nahen Osten wie etwa wiederum dem Iran sind die politischen und ökonomischen Beziehungen Europas besser, als es den USA lieb sein kann. Der Krieg mit dem Ziel, im Irak eine den USA genehme Regierung zu installieren, dient daher nicht



Autonome Antikriegsposition vor 20 Jahren beim Besuch des US-Präsidenten Reagan

zuletzt auch dazu, den europäischen Einfluss in der Region zurückzudrängen.

Darüber, wie diese neue Regierung von Washingtons Gnaden aussehen könnte, lässt sich derzeit nur spekulieren. Aus den vorangegangenen Kriegen der letzten Jahre lässt sich allerdings eine Tendenz erkennen, von der sogar beide Seiten im transatlantischen Konkurrenzverhältnis profitieren könnten: Nicht nur in bezug auf den Irak, sondern als Modell für weitere Staaten in der Umgebung wie auch weltweit, dürfte es nicht allein um die Einsetzung einer neuen Regierung gehen, sondern um eine neue Regierungsform. Die Unterstützung und aktive Einsetzung von Diktaturen ist im vergangenen Jahrzehnt aus der Mode gekommen, denn insbesondere nach dem Ende des Kalten Kriegs tendieren diese dazu, ein schwer kontrollierbares Eigenleben zu entwickeln.

Der Irak ist ein typisches Beispiel für diese Entwicklung: So lange das Regime Saddam Husseins brav seine Rolle als Vasall des Westens erfüllte, konnte es ungestört die Opposition terrorisieren und Tausende Menschen im kurdischen Halabja (Nordirak) mit deutschem Giftgas massakrieren, ohne dass dies seine internationalen Beziehungen belastet hätte. Den Diktator in Bagdad entdeckte man erst, als zu befürchten war, dieser könnte im Rahmen der OPEC ein Ölpreis-Schreckensregime errichten. Der Irak ist nicht die einzige aus der Mode gekommene Diktatur. Die neue, auch mit der humanitären Ideologie des Eurochauvinismus kompatible Parole lautet daher "Demokratisierung". Ohne an dieser Stelle eine umfassende Kritik der Demokratie auszubreiten, sei hier noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Herrschaftsform schon in den wohlhabenden, politisch unabhängigen Metropolenstaaten zu nichts anderem dient als der möglichst flexiblen und reibungslosen Abwicklung der Kapitalverwertung. Für den Rest der Welt kommt die politische und ökonomische Abhängigkeit von diesen Staaten der Metropole hinzu. Anders ausgedrückt: Für einen weltpolitisch gewichtigen Staat oder Staatenbund ist es einfacher und moralisch bequemer, gegen eine unbotmäßige Regierung das höchst demokratische Mittel des Aufbaus und der Förderung von Oppositionsparteien anzuwenden, anstatt einmal im Jahrzehnt einen Putsch oder Krieg anzuzetteln. Wo man sich seiner potentiellen Hilfstruppen nicht ganz sicher ist, wird der Demokratisierungsprozess halt unter Militäraufsicht gestellt, wie es derzeit in den Resten Jugoslawiens erprobt wird.

Den VertreterInnen eines "Aber ginge es der irakischen Bevölkerung ohne Saddam nicht viel besser"-Moralismus sei gesagt: Das mag sein - oder auch nicht. Allein aufgrund dieser Vermutung einen Krieg zu befürworten, der - und das ist keine Vermutung - Tausende von Toten und eine weitere Vertiefung der Not der Bevölkerung zur Folge haben wird, hieße bestenfalls, aus guten Motiven das Schlechte zu wollen. Schlimmstenfalls steht dahinter nichts anderes als das Akzeptieren genau der Logik, mit der die deutsche Regierung ihren ersten Angriffskrieg nach 1945 legitimierte. Bisher hat sich jedenfalls gezeigt, dass dieses vermeintlich Bessere nie etwas anderes bedeutet hat als das völkische Gegeneinander-Aufhetzen von Bevölkerungsgruppen und deren Instrumentalisierung als Spielfiguren auf einem großen Risiko-Brett. Die Resultate des Jugoslawien-Kriegs und die Rückkehr der afghanischen Warlords an die Macht machen deutlich, was von den kommenden Kriegen des Menschenrechts imperialismus zu erwarten ist.

[Exkurs: Reise nach Jerusalem]

Wenn die umliegende Region in eine Betrachtung des Irak-Konflikts einbezogen wird, ist dabei aus der linken Perspektive ein Staat besonders wichtig, nämlich Israel.

Denn eines muss klar sein: Während auf der üblichen linken Agenda die Abschaffung jedweder Staatlichkeit stehen sollte, heißt die Ausnahme Israel. Die Existenz des Staates Israel als dem Ort, der Juden und Jüdinnen jederzeit als Zuflucht vor antisemitischer Bedrohung und Verfolgung offen steht, muss bis zu einem derzeit nur utopisch zu nennenden Zeitpunkt gewährleistet sein, an dem die Ideologie des Antisemitismus für alle Zeiten auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist. Dieser Grundsatz muss stets gelten, unabhängig von der Politik, die die jeweilige israelische Regierung gerade betreibt, und unabhängig davon, wie man

sich im Detail zum konkreten Konflikt in Israel/Palästina positioniert. Der Staat Israel darf gerade in einer realen Kriegssituation nicht zur Projektionsfläche abstrahierter Ideologiedebatten gemacht werden.

Sicherlich stellt der Irak eine permanente potentielle Bedrohung Israels dar - wie übrigens auch andere Staaten der Region, gegen die momentan kein Krieg auf der Tagesordnung steht. Zudem ist fraglich, ob sich dies nach einem Krieg gegen den Irak ändern würde. Klar ist allerdings, dass der Angriff auf den Irak für Israel eine akute Verschärfung der Gefahr bedeutet. Bereits im Krieg von 1991 schlugen irakische Raketen im gar nicht aktiv am Krieg beteiligten Israel ein. Dahinter stand das Kalkül des Irak, den Konflikt auf eine neue Ebene zu heben und Sympathien in der arabischen Welt zu gewinnen, in der der konkrete Hass auf den Staat Israel und die antisemitische Weltverschwörungstheorie, in der Israel und die USA als Einheit wahrgenommen werden, weit verbreitet sind. Obwohl der Irak zumindest der Türkei gegenüber beteuert hat, im erneuten Kriegsfall keine Angriffe auf Staaten der Region zu planen, ist die Gefahr einer Aggression gegen Israel damit nicht aus der Welt; in jedem Fall dürften sich die regionalen Konflikte weiter verschärfen, und das ist auch in Washington bekannt. Hier zeigt sich, dass das Verhältnis der USA zu Israel kein anderes ist als zu anderen von ihnen abhängigen Staaten auch: Je nach Opportunität gewähren sie ihnen mal Unterstützung, mal lassen sie sie fallen, wenn andere Dinge wichtiger sind. Sicherlich werden sie Israel auch weiterhin unterstützen - aber eben nur so lange, wie der Staat für sie von Interesse ist. Das wird zwar auf absehbare Zeit so bleiben, aber wer für die Sicherheit Israels eintritt, muss dieses funktionale Verhältnis sehen und kann nicht an dem gefährlichen Irrtum festhalten, sich für die USA als scheinbar unverbrüchlicher Schutzmacht Israels von links zu begeistern.

...auch der deutsche

Innerhalb der deutschen Linken wird ein weiteres Argument vorgebracht, zu glauben, einen neuen Irak-Krieg zumindest nicht kritisieren zu können: Sowohl die Regierung als auch in manchen Fällen ziemlich unappetitliche gesellschaftliche Kräfte bis ins faschistische Lager haben ihre eigenen Gründe, den Krieg abzulehnen. Hier muss jedoch genau unterschieden werden. Selbst die deutsche Gesellschaft ist kein völlig

homogener, postfaschistisch-völkischer Mob, obwohl einem kritisch denkenden Menschen immer wieder neue Anlässe für diese Ansicht geboten werden. Zudem reichen die globalen Ebenen, auf denen sich der kommende Krieg abspielt, über den trüben Horizont hinaus, der sich aus dem Mief der deutschen Sicht heraus bietet.

Ein deutscher Außenminister und humanitärer Bomberpilot Fischer hat andere Gründe, sich gegen den dritten Golfkrieg zu stellen als christliche PazifistInnen. Die Motive eines NPD-Mitglieds, die USA zu hassen, weil man den Amis die Niederlage von &apos;45 nie verziehen hat, sind andere als die einer deutschen Kurdin, die die US-Unterstützung des türkischen Staats für den Krieg in Kurdistan am eigenen Leib erfahren durfte. Und ein Antisemit, der in Washington das "Ostküsten-Judentum" am Werke sehen will, meint mit dem Satz "Stoppt den Krieg" etwas völlig anderes als ein bürgerlicher Antifaschist, der eine deutsche Beihilfe zum Krieg aus dem Grundsatz heraus ablehnt, von deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen.

Ohne Frage hat die transatlantische Konfrontation gerade in Deutschland einen Antiamerikanismus wiedererweckt, der sich in vielen Fällen als Nationalismus und/oder Antisemitismus übersetzen lässt. Wo dieser in möglichen Antikriegsmanifestationen zutage treten sollte, ist es unbedingt nötig, dagegen Position zu beziehen. Eine solche Haltung allen zu unterstellen, die gegen den Irak-Krieg protestieren, macht die Sache jedoch zu einfach. Schließlich existieren auch Positionen wie etwa ein moralischer, prinzipieller Pazifismus oder eben die geschichtsbedingte Ablehnung insbesondere deutscher Kriege. Das kann nicht unbedingt als linksradikal bezeichnet werden. In einem solchen Umfeld bietet sich aber die Möglichkeit, auch und gerade eine Kritik an den Motivationen und Zielen der deutschen Regierung deutlich zu machen, ihr entgegen-, anstatt mit Forderungen nach Überflugverboten an sie heranzutreten. Diese Regierung hat ihre eigenen anti-amerikanischen Töne nach erfolgreich absolviertem Wahlkampf auf ein Minimum reduziert. Sie argumentiert nun wesentlich geschickter mit "Menschenrechten", "friedlichen Lösungen" und anderen moralisch einwandfreien Dingen, um wieder einmal das europäische Modell als den schöneren Imperialismus anzupreisen. Zwar ist denkbar, dass sie sich letztlich innerhalb der EU auf die Linie "Keine Alleingänge der USA" verständigen könnte, um ihren Einfluss auf das weitere Schicksal des Irak nicht gänzlich zu verlieren. Dennoch ist deutlich, dass es sich im vorliegenden Fall nicht um einen Krieg handelt, der den deutschen Interessen förderlich ist. Um trotzdem das Beste aus den Resultaten des Kriegs herausholen zu können, hat sich Deutschland schon durchaus bereit erklärt, anschließend die Bundeswehr an einer Aufräum- und

"Friedensordnungs"mission teilnehmen zu lassen.

Kurz gesagt: Hier verhalten sich die SachwalterInnen eines kapitalistischen Staates so, wie es dessen Interessen entspricht - nicht anders, als es auch in den USA der Fall ist. Dass diese Interessen gegensätzlich geartet sind, liegt in der auf Konkurrenz basierenden Natur des Kapitalismus. Den deutschen Kapitalismus zu kritisieren, nur weil er deutsch, und nicht, weil er Kapitalismus ist, stellt eine eben solche Verkürzung dar wie die Ansicht mancher deutscher Linksliberaler, die eine besondere Aggressivität des US-Kapitalismus ausgemacht zu haben glauben und daher die vermeintliche Light-Variante made in Europe empfehlen. Die linke Kritik muss am weltweit herrschenden Prinzip des Kapitalismus selbst ansetzen, und das bedeutet eben auch, sich gegen jeden kapitalistischen Krieg - und darum handelt es sich im Fall Irak - zu stellen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese antikapitalistische Betrachtungsweise - und zwar auf beiden Seiten des großen Teichs - marginal ist. Während die GenossInnen in den USA sich mit einer patriotisch-kriegerisch gesinnten Stimmung konfrontiert sehen, äußert sich der hiesige Patriotismus momentan in einer ungewohnt ablehnenden Haltung gegen den Krieg. Das Problem besteht also vielmehr darin, als radikale Linke eine grundsätzliche, antikapitalistische und antinationale Kritik gegen den Krieg in einem gesellschaftlichen Umfeld wahrnehmbar zu machen, das aus gänzlich anderen Motiven plötzlich seine Liebe zum Frieden und Status Quo im Nahen Osten entdeckt hat. Die bequemste, aber eben auch falscheste Lösung dieses Dilemmas läge darin, sich jeglicher Äußerung zu enthalten, Antikriegs-demos fernzubleiben und seine Meinung bestenfalls noch an der Apo-Theke zum Besten zu geben, um ja nicht mit der deutschen Regierung, AntiamerikanerInnen und AntisemitInnen oder auch Saddam Hussein himself in einen Topf geworfen zu werden. Falsch deshalb, weil es gerade darum gehen muss, sich gegen die vom kapitalistischen System vorgegebenen Konfrontationslinien zu positionieren. Auch eine vereinfachende Anti-Haltung, die darauf hinauslief, den US-Kapitalismus seinem deutsch-europäischen Pendant vorzuziehen und die Friedensbewegung zum Feindbild hochzustilisieren, erfüllt diesen Anspruch nicht, sondern fügt sich nahtlos in die Logik der kapitalistischen und nationalen Konkurrenz ein, in der die nächsten Kriege schon vorprogrammiert sind - demnächst möglicherweise auch wieder einmal in deutscher Initiative. Die Möglichkeit, einen radikal systemkritischen Widerstand zu äußern, liegt darin, selbst in die Offensive zu gehen und eigene Argumentationen, Parolen und Aktionsformen vorzugeben, die sich nicht vom patriotischen Pazifismus der Zivilgesellschaft vereinnahmen lassen. Das beinhaltet auch, nicht unkritisch jede Manifestation gegen den Krieg zu unterstützen, sondern zu differenzieren zwischen jenen staatstragenden KriegsgegnerInnen wie etwa den Regierungsparteien, gegen die konkrete Gegenwehr angesagt ist, und potentiellen BündnispartnerInnen. Der Schwerpunkt linksradikaler Antikriegspolitik muss jedoch auf der Entwicklung eines eigenen, antikapitalistischen Widerstands liegen, der sich nicht alleine gegen den bevorstehenden Angriff auf den Irak richtet, sondern gegen die generelle Logik aller kommenden Kriege der kapitalistischen Weltneuordnung - und folgerichtig auch gegen Deutschland.

Revolution statt Neue Weltordnung!

Kein Friede mit Deutschland!

Januar 2003, Autonome Antifa [M] | Homepage: <http://www.puk.de/aam>

Adresse: Autonome Antifa [M]

c/o Buchladen  
Nikolaikirchhof 7  
37073 Göttingen



>> Gudrun Eussner

## Ein rotbraunes Querfrontprojekt des Jean-Pierre Chevènement

Wenn man sich mit dem französischen Front National (FN) beschäftigt, weiß man, woran man ist. Alle Personen, ob sie nun Jean-Marie Le Pen, Roger Holeindre, Bruno Gollnisch, Bernard Antony, Carl Lang, Marine Le Pen oder wie auch immer heißen mögen, sind auf der extremen Rechten zu verorten. Der eine mag noch aus Vichy-Zeiten belastet sein, der andere aus dem Kreis von OAS-Schergen stammen, mancher ist zu jung, dort mitgetan zu haben, er bekennt sich aber zu diesen Traditionen und versucht allenfalls, ein moderateres Erscheinungsbild des FN zu prägen, um so Wähler aus mittleren Gesellschaftsschichten Frankreichs an sich zu binden.

Was die FN-Wähler angeht, so haben alle (alle!) den FN bei den diesjährigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aus mindestens einem von dessen populistischen, rassistischen, undemokratischen Blut- und Boden-Programmpunkten gewählt, die der FN offen anbietet:

- Wiedereinführung von Sicherheit und Gesetz
- Setzen eines Schlußstrichs unter die Immigration
- Beschäftigung für alle Franzosen
- Unterstützung französischer Familien

Diese Programmpunkte werden vom FN jeweils in sechs bis acht Unterpunkten kurz, auf einer Dreiviertelseite, erläutert, so daß niemand fehlgehen kann darin, für was er sich entscheidet. (1)

Le Pôle Républicain des Jean-Pierre Chevènement

Wie aber sieht es mit einer Bewegung aus, die sich auf einem Gründungskongreß, in Saint Pol sur Mer, vom 25.-26. Januar 2003, zur Partei erklären will, dem Pôle Républicain des heute 63-jährigen Jean-Pierre Chevènement?

In Anspielung auf die Endung seines Namens "-ement", der gängigen adverbialen Endung im Französischen, witzelt die satirische Wochenzeitung "Le Canard Enchaîné": Chevènement, "l'adverbe le plus confus de la langue française", Chevènement, das verwirrendste Adverb der französischen Sprache. (2)

Was an diesem Jean-Pierre Chevènement ist verwirrend?

Zunächst die Bezeichnung der neuen Partei, "Le Pôle Républicain". Pôle heißt, sieht man von den diversen Spezialbedeutungen aus Astronomie, Mathematik, Geometrie, Geographie und Anatomie ab, Gegenpol, im Sinn von Opposition. (3) Für unsere Betrachtung kommt am ehesten diese Bedeutung, "Gegenpol im Sinn von Opposition", in Frage: republikanischer Pol = republikanische Opposition. Verwirrend sind die Ziele und das Programm sowie die politischen Mitstreiter und Anhänger dieses Bündnisses und seines Anführers Jean-Pierre Chevènement.

Le Pôle Républicain bildet sich zur Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur des Jean-Pierre Chevènement, vom Mouvement des Citoyens (MDC), der Partei "Bewegung der Staatsbürger", am 19. Januar 2002. Der Schriftsteller und ehemalige Regierungssprecher unter François Mitterrand Max Gallo wird Präsident der Bewegung.

Es finden sich darin folgende linke, rechte und rechtsextreme Gruppen und Personen zusammen:

- le Mouvement des Citoyens (MDC), "Bewegung der Staatsbürger"
- Gaullisten: "historische Gaullisten" aus dem Rassemblement pour la République - RPR des Jacques Chirac und Links-Gaullisten
- Radikale
- Souveränisten (aus dem Rassemblement pour la France - RPF des Charles Pasqua)
- Linksrepublikaner aus dem Parti socialiste - PS des Lionel Jospin und dem Parti communiste français - PCF des Robert Hue (4)

Die Generaldelegierten des Pôle Républicain kommen aus diesen Kreisen, u.a. Jérôme Baloge, Mitbegründer und Generalsekretär des séguenistischen Appel d'R, der Jungen republikanisch-sozialen Gaullisten, (5) Jean-Christophe Comor, vom RPF sowie seine Parteifreunde, die drei auf der Liste des RPF gewählten Mitglieder des Europaparlaments William Abitbol, Paul-Marie Coûteaux und Florence Kuntz, die am 29. Januar 2002, als Charles Pasqua seine Präsidentschaftskandidatur ankündigt, den Verein "Vivement la France!" (VLF) gründen und zu Jean-Pierre Chevènement überlaufen, zum "Che", wie ihn seine Freunde nennen.

Die 43-jährige katholische Florence Kuntz hat bis dahin einige Parteimitgliedschaften hinter sich gebracht. Durch Philippe Séguin und Charles Millon wird sie im RPR gefördert, von dort geht sie auf Grund von Querelen, die aus Charles Millons Bündnis mit dem Front National resultieren, zum RPF des Charles Pasqua, und nun findet sie sich beim "Che" wieder. Aus Kreisen des Charles Millon wird sie deswegen angegriffen. Dort vermutet man sie irrtümlicherweise nun auf der politischen Linken und bezichtigt sie des Verrats. (6)

William Abitbol ist 1964 gemeinsam mit dem aus dem Institut d'histoire sociale (IHS), einer Gründung der CIA zur Bekämpfung des Kommunismus in Frankreich, hervorgegangenen Alain Madelin (heute Präsident der ultraliberalen Partei Démocratie libérale - DL und für diese Präsidentschaftskandidat 2002), Gérard Longuet (später Industrieminister unter Édouard Balladur und heute politischer Freund, UMP-UDF, des

Premierministers Jean-Pierre Raffarin), Jacques Bompard (heute für den Front National Bürgermeister der Stadt Orange) sowie dem Negationisten François Duprat von den Revolutionären Nationalisten der Mitbegründer des nationalistischen, antisemitischen und negationistischen "Mouvement Occident". (7)

Charles Pasqua, der Ende der 90er Jahre politisch nicht mehr recht zählt und damit liebäugelt, man könnte auch sagen, droht, eine neue extrem rechte Partei zu gründen, um dem Front National nicht allein das Terrain zum Kampf für die nationale Unabhängigkeit zu überlassen, sympathisiert schon länger mit den linken Maastricht-Gegnern um Jean-Pierre Chevènement. Dieser zeugt der Persönlichkeit und dem Engagement des Charles Pasqua Respekt, so daß die Lyoner Studentenbewegung Fédération anarchiste - Groupe Durruti ("anarchistisch, antikapitalistisch, gegen den Staat, basierend auf dem Klassenkampf, für eine neue Gesellschaft ohne Staat, Unternehmer und Kirche") 1999 schreibt, daß zukünftig die Geschichtsschreiber sie verwechseln könnten, so sehr ähnelten sich beider Handlungen und Aussagen, so sehr seien diese beiden Innenminister austauschbar. (8)

Jérôme Baloge, vom Appel d'R, meint, mit den Kommunisten im Pôle verstehe man sich bestens, es habe seit der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Vertrag von Maastricht, vom 7. Februar 1992, und über die im März 1998 gegründete Stiftung "Fondation Marc Bloch" schon freundschaftliche Beziehungen gegeben. (9) Die Gruppe Durruti sieht allerdings trotz der ideologischen Nähe des dem rechtsextremen Alain de Benoist und seiner Zeitschrift "Krisis" als Autor verbundenen Jean-François Kahn und seiner Zeitschrift "Marianne" zur Stiftung "Fondation Marc Bloch" keine Möglichkeit langfristiger politischer Allianzen zwischen den rechtsextremen und den linken Nationalisten. (8)

Die Fondation Marc Bloch (Fondation du 2 mars)

Schon die Überschrift zum Gründungsartikel in der Humanité läßt nichts Gutes ahnen, und in sofern kann man der Einschätzung der Gruppe Durruti nicht folgen, die die am 2. März 1998 gegründete Stiftung für kommunistisch hält. " 'Marc Bloch' Eine pluralistische Stiftung gegen das 'Einheitsdenken' ", lautet die Überschrift. (10)

Wenn man die Gründungsmitglieder durchgeht, wird einem ziemlich rasch klar, wo die Stiftung angesiedelt ist, nämlich im Querfrontspektrum. Gründungsmitglieder sind

- Philippe Cohen, Leiter des Wirtschaftsdienstes der Zeitschrift "Marianne" (10),
- Élisabeth Lévy, Journalistin dieser Zeitschrift sowie beim "Figaro" und dem Fernsehsender "F 3" und Autorin des Buches "Les Maîtres Censeurs", die Zensurmeister. Dort beklagt sie, daß man

in Frankreich nicht mehr debattieren dürfe. Verantwortlich dafür macht sie Philippe Sollers und Bernard-Henri Lévy. Sie wird eines Artikels, vom 10. Mai 2000, in der Fernsehzeitschrift "Télérama" wegen vehement von der Mediengruppe, Mitglied des ATTAC, "acrimed" (ACtion-CRitique-MEDias), des rechtsextremen Verlages Samizdat verteidigt. (11)

- Jean-Christophe Comor, ein Mann in den Dreißigern, Philippe Séguin nahestehend, gemeinsam mit Olivier Beyeler Autor des Buches "Zéro politique". Er kommt über den RPR des Jacques Chirac und den RPF des Charles Pasqua 1998 zur Stiftung Marc Bloch und am 19. Januar 2002 zum Pôle Républicain. (12)
- Jérôme Guedj, seinerzeit 26 Jahre alt, heute Vizepräsident des Generalrats von Essonne für den PS, dem ehemaligen Minister für Berufsausbildung Jean-Luc Mélenchon nahestehend, der heute gemeinsam mit Henri Emmanuelli die Linksgruppe in der PS, "Nouveau Monde", leitet. Sie werden auch "les Molletistes" genannt. (13)
- David Martin-Castelnau, linker Nationalist und Antifaschist, Gründer und Präsident der "Génération République", 2002 Autor des Buches "Les Francophobes", Die Franzosenfeinde, in dem er sich dagegen wehrt, daß diese, mit denen auch er Intellektuelle wie Philippe Sollers und Bernard-Henri Lévy meint, die Zeit der deutschen Besatzung 1940-44 angeblich nicht als solche, sondern als Zeit der Kollaboration bezeichnen, was eine freiwillige Beteiligung Frankreichs an der Errichtung einer neuen europäischen Ordnung heiße. Er nennt sie auch "Nazificateurs", von Robert O. Paxton, und nicht "Das deutsche Frankreich", von Philippe Burrin, sei. (14)

Pierre-André Taguieff, Max Gallo, Didier Motchane (15), seinerzeit Vizepräsident der sozialistischen Linken (Gauche socialiste), sind ebenfalls mit von der Partie, genauso wie Mitglieder des Parti communiste français (PCF), der Kommunistischen Partei Frankreichs, und der kommunistischen Gewerkschaften CGC und CGT. Weitere Teilnehmer an dem Gründungstreffen sind kommunistische Wirtschaftswissenschaftler, wie Paul Boccara, Yves Dimicoli und Alain Cotta. Letzterem erscheint das Europa nach Maastricht unerträglich (15). Außerdem dabei sind einige Journalisten, von denen Jean-François Kahn, von der Zeitschrift "Marianne", sagt, sie wünschten eine Debatte, die man ihnen verbieten wolle (imposer le débat qu'on veut leur interdire). (10) Wer dieser "man" ist, sagt Jean-François Kahn nicht. Wir dürfen es erraten.

Soweit die Begründer der Stiftung Marc Bloch, nicht zu verwechseln mit dem Cercle Marc Bloch. Der Namensgeber der Stiftung, Marc Bloch, Professor der mittelalterlichen Geschichte und jüdischer Widerstandskämpfer, fusiliert von der Gestapo, in Saint-Didier-de-Formans, am 16. Juni 1944, würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, welches Querfrontprojekt nach ihm benannt wurde. Hier wird er posthum zum zweitenmal fusiliert. (16)

Das müssen die Stiftungsgründer wohl ebenso gesehen haben; man mag es ihnen auch nahegebracht haben, denn sie benennen sie bald um in "Fondation du 2 mars", Stiftung 2. März, nach dem Gründungsdatum. Ihr Präsident ist Pierre-André Taguieff, Generalsekretärin Élisabeth Lévy. Die Stiftung steht dem Pôle Républicain, der kommunistischen Partei PCF und dem rechten Rassemblement pour la France (RPF) nahe. Entsprechend sind Präsidentschaft und Verwaltungsrat besetzt. (17)

Die Gründer der Stiftung sind Gegner der "Fondation Saint Simon", deren ideologischer Hegemonie und deren Einfluß sie entgegenwirken wollen. In ihrem Gründungsauftrag verurteilen sie die Untätigkeit aller Regierungen, die in den letzten 25 Jahren nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternommen hätten, die aber die Globalisierung als Notwendigkeit der

Wettbewerbsfähigkeit hinstellten und deshalb die öffentlichen Ausgaben senkten. Sie seien keine Garanten des "contrat social", des Paktes zwischen Regierenden und den Bürgern mehr, sondern sie seien von ihrer Aufgabe überfordert. Die Gründer erklären, daß die Regierenden auf Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung verzichteten. Sie verzichteten weiterhin gesellschaftlich auf die Einhaltung des "pacte républicain", des die Republik seit zweihundert Jahren am Leben erhaltenden Vertrages der französischen Gesellschaft, und sie hätten zugunsten des Marktes jede Regulierung aufgegeben. Sie beklagen den im Namen der Anpassung Frankreichs an die europäischen Partner geübten nationalen Verzicht auf eine eigene industrielle, diplomatische und kulturelle Strategie. Die Gesellschaftsmodelle anderer europäischer Länder würden immer wieder verherrlicht, auch wenn sie auf Frankreich nicht paßten.

Da es auf kontinentaler Ebene keine demokratische Struktur geben könne, werde der politische Zerfall den Vormarsch des Front National weiter beschleunigen. Die Gründer wollen das vorherrschende Denken bekämpfen. Die Fondation Marc Bloch (du 2 mars), benannt nach diesem zu Ehren seines Mutes und seiner Hellsichtigkeit, solle ein Instrument des Widerstandes und der intellektuellen Umgruppierung werden. Dem Einheits- oder Konformitätsdenken zu widerstehen, sei ihr Ziel, aber auch, im Rahmen der Werte der Republik und des Humanismus neue politische, wirtschaftliche, soziale, diplomatische und kulturelle Perspektiven zu erarbeiten. (18)

Elisabeth Lévy, Generalsekretärin der "Fondation du 2 mars (Ex Marc Bloch)" wird, am 5. April 2002, von Marc Riglet-Chevanche, Mitglied des Verwaltungsrates dieser Stiftung, im Rahmen der Sendereihe "Aux Livres Citoyens!" in die Assemblée Nationale, das französische Parlament eingeladen. Marc Riglet-Chevanche wiederum ist als Autor des Buches "Französische Republik", am 8. April 2002, zu Gast der Sendereihe "Dispute", bei Radio France Culture, wo er sein neuestes Buch vorstellt. Es handelt von der Spaltung der französischen Republik in links und rechts, über verfassungsmäßige Grundsätze von Staat und Recht, die Rolle der Nation und den Begriff des Guten. Disputiert wird in der Sendung über den Conseil Constitutionnel, den Verfassungsrat, den der Autor für einen unumschränkten Herrscher über die Politik ansieht. Die Politiker organisierten mit seiner Hilfe ihre eigene Entmachtung. Der Conseil Constitutionnel ist der Hüter der Verfassung der Fünften Republik, vom 3. Juni 1958. Wir werden später noch sehen, daß Mitglieder des Pôle Républicain eine Sechste Republik gründen wollen. (19)

Pierre-André Taguieff und weitere Anhänger des Jean-Pierre Chevènement

Professor Pierre-André Taguieff ist Philosoph und Politologe. Er ist Forschungsdirektor am CNRS und lehrt am renommierten Institut d'études politiques (IEP) von Paris. Er schreibt 1998 ein Buch "Face au Front national", Im Angesicht des Front National. Er ist Autor zahlreicher Bücher über Rassismus und Anti-Rassismus. 1994 schreibt er ein Buch über die Neue Rechte. (20)

Spätestens im Oktober 1996 wird allerdings klar, wo Pierre-André Taguieff politisch steht, nämlich im Lager der linken Nationalisten bzw. der nationalistischen Linken. Er schlägt vor, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, in dem er erklärt, man müsse dem Front National des Jean-Marie Le Pen durch die Wiederbelebung des Nationalstaates entgegen treten. (21)

So verwundert es auch nicht, daß er schon zu dessen Zeit als Innenminister, 1997-2000, einer der Hauptberater von Jean-Pierre Chevènement ist. Ihn stört es nicht, in dieser Eigenschaft mit dem Begründer des "Occident" William Abitbol und mit Paul-Marie Coûteaux, beide über den RPF

des Charles Pasqua Abgeordnete im Europaparlament, zusammenzuarbeiten. Im Gegenteil, er wird sich in der Zeitschrift "Le Point", nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen 2002 ganz im Sinne des Front National zur inneren Sicherheit und zur Immigration äußern, die Werte der Toleranz und der Freiheit der Sitten bis zur Permissivität überdehnt halten und die Mobilisierung der Bürger zur Verhinderung eines Sieges von Jean-Marie Le Pen, im zweiten Durchgang, zu einem Pseudo-Antifaschismus im Kampf gegen einen Pseudofaschismus erklären. Dem Kandidaten des Front National zur Präsidentschaft wird er an keiner Stelle eine Absage erteilen. (22)

Pierre-André Taguieff befindet sich in zweifelhafter Gesellschaft. So arbeitet er mit in der esoterischen Revue "Politica Hermetica", wo auch Professor Régis Ladous, von der als Hort der Antisemiten und Negationisten berüchtigten Universität Lyon III, publiziert, der dem rechtskräftig verurteilten Holocaust-Leugner Jean Plantin für dessen Arbeit über den Negationisten Paul Rassinier ein Universitätsdiplom, Diplôme d'Etudes Approfondies (DEA), mit der Note "sehr gut" ausstellt. Es wird Jean Plantin nach zahlreichen Protesten aus verschiedenen Vereinigungen von der Universität Lyon III nach elf Jahren, im Juni 2001, wieder aberkannt. Ebenfalls dort publiziert Jean-François Mayer, ein ehemaliges Mitglied der extremen Rechten Lyons, früher verantwortlich für die Verteilung des Negationistenblattes "Défense de l'Occident", Verteidigung des Westens, und Mitglied der 1988 gegründeten Sekte des Vatikans CESNUR, "Centre d'Etudes Sur les Nouvelles Religions", Studienzentrum über die Neuen Religionen, des Massimo Introvigne. (23)

Pierre-André Taguieff ist ein Bewunderer von Julius Evola und dessen außerordentlichem Werk, das vom Taoismus zum Tantrismus, von der Alchimie und der Hermeneutik bis zum Symbolismus des Graal und zum Buddhismus die rigorose Reflektion eines Versuches zum Verständnis des Ursprungs von Mythen, Legenden und allgemeingültigen Archetypen sei, wie anlässlich einer Konferenz zum 100. Geburtstag Julius Evolas ein bewunderndes "Kollektiv EA" schreibt. (24)

Julius Evola alias Graf Giulio Cesare Andrea Evola, Kulturphilosoph (1898-1974) ist intellektueller Sympathisant und Wegbereiter des italienischen Faschismus. Er ist in rechtskonservativen und rechtsextremen Kreisen wieder modern. (25)

Von der politischen Linken haben wir noch weitere Anhänger des Pôle Républicain, so den Sprecher des MDC Jean-Yves Autexier, Senator von Paris und Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses. Er gehört ebenso wie die Senatoren des Pôle Républicain François Autain, Pierre Biarnès und Paul Loridant zur Partei Communiste Républicain et Citoyen (CRC), Republikanischer Kommunist und Bürger. Es gibt vier Europaparlamentsabgeordnete des Pôle Républicain, Gérard Caudron, Michel Dary, Sami Naïr und Michel Scarbonchi. Sie gehören im Europaparlament zur Konföderativen Gruppe der Vereinigten Linken/Nordische grüne Linke. Interessant



ist auch, daß der Zwillingsbruder des berühmt-berüchtigten rechtsextremen Anwalts Jacques Vergès, Paul, für Réunion Senator des CRC ist. (26)

Es ist kaum verwunderlich, daß auch die angeblich linke Antiglobalisierungs bewegung ATTAC auf der Web Site des "Che" als "den politischen Positionen des Jean-Pierre Chevènement nahestehende Vereinigung" bezeichnet wird. Zwar weiß man nicht, wie ATTAC und die übrigen dort verlinkten links-bis rechtsextremen Vereinigungen und Gruppen das aufnehmen, die linke PS-Gruppierung "Nouveau Monde" des Henri Emmanuelli und das Institut Pierre Mendès-France, beispielsweise, und "Le Monde Diplomatique" des Globalisierungsgegners und Gründers von ATTAC Bernard Cassens, aber allein schon, daß Jean-Pierre Chevènement sich diesen Kreisen verwandt fühlt, charakterisiert das Querfrontprojekt ATTAC trefflich. Es fehlt nur noch der Revoluzzer José Bové, und seine "Confédération Paysanne", das Bauernbündnis. Darauf müssen wir noch eine Weile warten. Gemeinsam mit Danielle Mitterrand, der Witwe des François Mitterrand, und Bernard Cassens ist er, im April 2001, schon Mitglied einer französischen Delegation beim Zapatistenführer Marcos, in Mexiko. Das ATTAC-Mitglied Louis Zollet berichtet darüber in "Radio Grenouille", dem Froschradio. Der "Che" könnte aus solchen Kreisen demnächst noch Zulauf bekommen. Den auf der Web Site verlinkten rechtsextremen Paul-Marie Coûteaux allerdings wird es sicherlich freuen, daß ihn sein alter Mitstreiter, der "Che", nicht vergißt. (27)

Jean-Pierre Chevènement erhält im ersten Wahldurchgang, am 21. April 2002, ihn und seine Anhänger enttäuschende 5,33 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, der Assemblée Nationale, am 9. und 16. Juni 2002, wird kein einziger Kandidat des Pôle Républicain gewählt. Dabei hat man ihn, den "Che", und hat er sich auch selbst, schon als Alternative zum PS-Präsidentenwahlkandidaten Lionel

Jospin gesehen. Angeblich sind Lionel Jospin und der "Che" Freunde, und zwar aus ihrer Studienzeit bei der École Nationale d'Administration (ENA), der Verwaltungshochschule, wo sie demselben Jahrgang "Stendhal" angehören. Derartige französische Freundschaftsformen sind gewöhnungsbedürftig.

Der Schriftsteller und ehemalige Regierungssprecher unter François Mitterrand Max Gallo, Gründungspräsident der Bewegung, verläßt diese keinen Monat später, am 12. Mai 2002, also noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung und am selben Tag, da sich der MDC erweitert und offiziell zum Pôle Républicain wird. Er erklärt, sein Querfrontprojekt der "Überwindung der Rechten und der Linken" sei brutal zunichte gemacht worden. Seinem langjährigen Freund Jean-Pierre Chevènement will er aber treu bleiben. "Jede politische Linie zu ihrer Zeit", meint er seufzend. (28)

Max Gallo ist schon seit langem in dem Querfrontprojekt zur Überwindung der Rechten und Linken tätig, hat er doch noch kürzlich das Vorwort zu einem Buch des rechtsextremen Philippe de Villiers, Präsident der Partei Mouvement pour la France (MPF), verfaßt und zur Wahl von Charles Pasqua aufgerufen. (2) Das ist aber insofern nicht verwunderlich, da der MPF in etwa die gleichen hehren Ziele verfolgt wie der Pôle Républicain, nämlich die Verteidigung der Souveränität Frankreichs, die Wiedereinführung der Ehrlichkeit in der Politik, die Unterstützung des Unternehmertums,

die Gewährleistung der Sicherheit der Franzosen und die Verbreitung eines Sinnes für Werte. (29) Die Nähe zum Front National ist auch hier deutlich.

Wahlkampfprogramm 2002 des Pôle Républicain

Auf der Wahlkampfseite zu den Präsidentschaftswahlen 2002 formuliert der MDC des 20. Pariser Arrondissements die durch Jean-Pierre Chevènement verkörperte republikanische Idee. Sie definiert sich hauptsächlich aus der Opposition und der Negation, eben aus dem Pôle Républicain, dem Republikanischen Gegenpol: Alle sollen sich zusammenfinden, die

- die liberale Globalisierung und die Idee eines föderalistischen Europa ablehnen, weil beide die Souveränität der Nationen beenden, den einzigen Ort für eine wirkliche Demokratie,
- wollen, daß Politik und Bürger wieder in ihre Rechte gegenüber dem Markt und den Aktionären eingesetzt werden,
- nicht mehr wollen, daß die Angestellten für den unersättlichen Appetit der Finanzwelt aufkommen müssen, und die Frankreich nicht in kleine Regionen verwandelt sehen wollen, Vasallen eines neuen Imperiums, dessen neues Rom die "Wall Street" und das "Pentagon" wären, und die Frankreichs Geschichte nicht ertränkt sehen wollen in einer uniformierten Welt ohne Wurzeln und Zukunft,
- unser Land sehen wollen, wie es sich wieder aufrichtet in Sachen Beschäftigung, Erziehung, Sicherheit, Gleichheit der Bürger, welches auch immer ihre Herkunft und ihr Glauben sein mögen,
- eine wahre europäische Zukunft wollen, eine wirkliche Zusammenarbeit von Nationen, die sich freiwillig zusammengeschlossen haben, und nicht eine durch die Bürger unkontrollierbare bürokratische und finanzielle Maschinerie. (30)

Primitiver unreflektierter Anti-Kapitalismus und Anti-Amerikanismus, versinnbildlicht durch das "Pentagon" und ergänzt durch die übliche Schuldzuweisung an die Finanzwelt und an die "Wall Street", latenter bis offener Antisemitismus, verbunden mit der Glorifizierung der französischen Nation, das ist das demagogische Programm des MDC und seines Pôle Républicain. Es unterscheidet sich grundsätzlich nicht von dem des Front National.

Nach dem schmachvollen Abschneiden des Jean-Pierre Chevènement bei den Präsidentschaftswahlen 2002 zerstreuen sich William Abitbol und Paul-Marie Coûteaux, den Jean-Pierre Chevènement wegen "extremistischer

Sympathien" aus seinem Pôle Républicain ausschließt. Sie sympathisieren von nun an mit dem Front National. (31)

Exkurs: die Entente Souverainiste

Florence Kuntz (5) (6) finden wir in Valence, vom 14.-15. September 2002, gemeinsam mit Paul-Marie Coûteaux auf der Dritten Sommeruniversität der Vereinigung Entente Souverainiste, souveränistisches Einvernehmen. Dort werden in Rundtischgesprächen folgende Fragen erörtert:

- Was ist der Souveränismus?
- Wie kann man ihn im heutigen Europa als Doktrin errichten? (32)

An der Sommeruniversität nehmen auch der Präsident Professor Jean-Paul Bled und der Generalsekretär Alain Bournazel der Ende des Jahres 2001 von Paul-Marie Coûteaux gegründeten Entente Souverainiste teil. Paul-Marie Coûteaux ist Ehrenpräsident der Entente, genau wie General Pierre-Marie Gallois. Auslöser für die Gründung sei der große Erfolg einer von Paul-Marie Coûteaux organisierten Demonstration, am 13. Dezember 2001, zur Verteidigung des Franc gewesen. Die Entente beklagt in ihrer Charta, daß rechte wie linke französische Regierungen die nationale Unabhängigkeit Frankreichs zugunsten supranationaler Systeme geopfert hätten, in erster Linie der Europäischen Union, aber auch der Welthandelsorganisation, dem Weltwährungsfonds und der Weltbank. Das Europa von Maastricht, Amsterdam und Nizza verdamme Frankreich als Staat zur Auflösung. Die Entente kämpft gegen Giscard d'Estaing und die von ihm geleitete Konvention zur institutionellen Reform der europäischen Institutionen, gegen den Niedergang der französischen Sprache und gegen die globalistische Hegemonie, die ihre Macht dank der schuldhafte Komplizität von Jacques Chirac und Lionel Jospin ausgebreitet habe. Die Entente Souverainiste solle zur tatsächlichen politischen Kraft werden. (33)

Man kann zweifellos sagen, daß die Entente Souverainiste das gleiche Programm vertritt wie der Pôle Républicain.

Es schließen sich deshalb bedeutende Mitglieder dieser Ende 2001 gegründeten rechtsextremen nationalistischen Entente Souverainiste am 19. Januar 2002 dem Pôle Républicain des Jean-Pierre Chevènement an. Dieser nimmt die Gruppe anstandslos auf, obgleich es als sicher angenommen werden kann, daß er über deren Ausrichtung Bescheid weiß. Anzunehmen ist, daß es ihm recht ist. Paul-Marie Coûteaux schließt er erst nach dem verlorenen ersten Wahlgang, vom 21. April 2002 aus.

Was General Pierre-Marie Gallois angeht, so ist er ein langjähriger Mitstreiter des "Che". Schon am 12. Juni 1994 kandidiert er, zu der Zeit als Gaullist, auf dessen aus linken und rechten Kandidaten zusammengestellten Liste "L'Autre politique", eine andere Politik, zum Europaparlament. (4) General Pierre-Marie Gallois war noch vor kurzem Stellvertretender Chefredakteur der faschistischen, von Alain de Benoist gegründeten Revue der Neuen extremen Rechten "Éléments". (2) 1999 verfaßt er als Mitglied des Redaktionskomitees dieser Zeitschrift ein Vorwort zum Buch des Präsidenten der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation Gennadi Sjuganow "Rußland nach dem Jahr 2000". Gennadi Sjuganow, diese ultranationalistische kommunistische Führungsfigur, ist politisch als nationalbolschewistisch einzuschätzen. (34)

Politische Vorstellungen und Programm des Pôle Républicain

Die politischen Vorstellungen des Pôle Républicain sind aus drei Anträgen und zahlreichen Beiträgen zum Gründungskongreß, 25. - 26. Januar 2003, zu entnehmen. In einem dreißig Seiten langen Papier des Didier Motchane (35) "Damit die Republik wieder eine neue Idee wird" werden

- gegen die Globalisierung ("Globalisierung, Mythos und Wirklichkeit") Stellung bezogen,
- Frankreich als entkräftete Republik beklagt,
- Le Pen als Bumerang gegen die Linke definiert,

- die Vereinigte Linke (“la gauche plurielle”) für den Weg von der Republik in die Regulation verantwortlich gemacht,
- der Bürgersinn beschworen,
- der Pôle Républicain als unabhängig von einer Linken und von einer durch den globalisierten Liberalismus beherrschten Rechten dargestellt sowie
- Volk und Nation als republikanische Herausforderung begriffen.

Didier Motchane ist einer der Urheber des Kongresses des Parti Socialiste (PS) und der Vereinigten Linken, von Épinay, 11.-13- Juni 1971, wo der rechte François Mitterrand zuungunsten von Guy Mollet, von der Section Française de l’Internationale Ouvrière (S.F.I.O.), der französischen Sektion der Arbeiterinternationale, zum Ersten Sekretär ernannt wird. Sieg des Kollaborateurs über den Widerstandskämpfer, kann man sagen. (36)

Didier Motchane diffamiert, im Juli 1998, in der Le Monde, in bester Le Pen-Manier die illegalen Chinesen als Gauner, die in clandestinen Werkstätten arbeiten, um ihre Schleuser zu bezahlen. (37)

Jean-Michel Dejenne formuliert drei die Mitbürger mobilisierende Projekte, um deren Achse sich die Aufgaben des Pôle Républicain und ihr Kampf in der gegebenen nationalen Situation drehen sollten:

- institutionell - die Errichtung der Sechsten Republik und die Einrichtung des Verhältniswahlrechts (“la proportionnelle”),
- politisch - die Vereinigung mit den Schwesterrepubliken zu einem konföderalen Europa (“une architecture européenne confédérale”),
- sozial - die Viertagewoche (35)

Jean-Michel Dejenne, vom MDC, ist einer der mehr als 800 Unterzeichner eines Aufrufs der “Coalition internationale contre la guerre (CICG)”, der internationalen Koalition gegen den Krieg, an die Präsidentschaftskandidaten 2002. Dort heißt es zum Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern: “Das palästinensische Volk erleidet weiterhin ein langes Martyrium durch die entfesselten Gewalttätigkeiten Israels. Die Unterdrückung, deren Objekt es seit 1948 ist, hat gegenwärtig in der Vernichtungswut der israelischen Regierung, ermutigt in aller Schamlosigkeit durch die USA, ihren Höhepunkt erreicht. ....” Der UN-Sicherheitsrat wird aufgefordert Sanktionen gegen Israel auszusprechen, das sich straflos zahlreichen Aggressionen der Kriegsverbrechen und einem wirklichen Verbrechen gegen die Menschheit hingebe, in dem es versuche, das palästinensische Volk zu vernichten (exterminer). Die Präsidentschaftskandidaten werden aufgefordert, im Falle ihrer Wahl entsprechend zu wirken. (38)

Es geht hier nicht darum zu kritisieren, daß sich Politiker für den Frieden im Mittleren Osten, für die Beilegung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern einsetzen und dazu Aufrufe und Resolutionen verfassen, sondern es geht um die Dokumentation der völlig unakzeptablen einseitigen Schuldzuweisung an Israel durch Mitglieder des Pôle Républicain.

Alexandre Dorna, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Caen, von der Gruppierung “Antenne radicale”, sieht im Pôle Républicain einen Ort, da sich alle Republikaner versammeln können, die mit der Spaltung in rechts und links und mit dem Neo-Liberalismus Schluß machen wollen. Entstehen soll eine große politische und soziale Bewegung, die fähig ist, die Republik auf der Grundlage eines von den republikanischen Werten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit inspirierten Projektes und Programms und der politischen Grundsätze von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität neu zu errichten.

Dem Provisorischen Büro des Pôle Républicain liegen am 13. November 2002 drei Anträge für den Gründungskongreß vor:

- Continuer Vincennes pour la République laïque, sociale et universelle, Vincennes fortführen für eine laizistische, soziale und allgemeine Republik. Eingbracht von Jean-Yves Autexier und Georges Sarre, Paul Violet (75), Gilberte Marin-Moskovitz, Jacky Drouet, Maurice Schwartz (90)
- L’autre chemin pour la France et pour l’Europe, Der andere Weg für Frankreich und Europa. Eingbracht von François Morvan
- « Transcender Vincennes » : Pour une Gauche Républicaine, Laïque et Sociale, Über Vincennes hinausgehen: für eine republikanische, laizistische und soziale Linke. Eingbracht von Jean-Christophe Bonté, Eric Coquerel, Eric Halphen, Paul Loridant, Françoise Marhuenda, Emmanuel Motchane, Michel Naudy, Michel Scarbonchi, Karim Zéribi (35)

Die drei Anträge und die meisten der übrigen Beiträge beziehen sich auf Vincennes. An dem historischen Ort ruft Jean-Pierre Chevènement am 9. September 2001, fünf Tage, nachdem er seine Präsidentschaftskandidatur erklärt hat, seine Unterstützer zusammen, um den Kurs für den Wahlkampf 2002 festzulegen. Dort verkündet er, daß Frankreich nicht mehr wisse, wohin es gehe. Er beschwört einen Betrug sowohl der linken als auch der rechten Politik an den Bürgern, Kabalen, Tücken, Lügen, er beklagt die ständigen Rückzieher: Maastricht, den Euro und den Stabilitätspakt, das Versinken Frankreichs im Balkan, die Auflösung des Staates und die Fragmentierung des Landes, er beklagt die Unmenschlichkeit der Finanzmärkte. Er behauptet, große Firmen, wie Alcatel, seien durch US-amerikanische Börsenspekulation vernichtet worden. Er will dem Volke in einfachen Worten die Wahrheit nahebringen. Dazu beschwört er Pierre Mendès-France und Charles de Gaulle, und er gibt zehn Orientationen, die Republik wieder aufzurichten. Kurz, er läßt nichts aus:

- Die Republik muß ihre Grundlagen wiederfinden,
- Der Schule ihre Aufgaben zuweisen,
- Eine kohärente strenge und gerechte Politik der inneren Sicherheit,
- Wiederaufwertung der Arbeit und Mobilisierung aller unserer Fähigkeiten,
- Der republikanische Staat und die öffentlichen Dienste müssen wieder aufgebaut werden: sie modernisieren und nicht sie abbauen,
- Gleichberechtigung der Frauen, die ihr Berufs- und ihr Familienleben besser miteinander vereinbaren können müssen,
- Wir müssen und können ein gutes Niveau der Altersversorgung und der sozialen Sicherheit garantieren,
- Gestalten wir unseren Lebensraum und

stellen den Menschen ins Zentrum der Umweltpolitik,

- Wissenschaft und Kultur - die Republik hat Gründer nötig,
- Frankreich ist und muß bleiben eine große politische Macht. (39)

Jean-Pierre Chevènement muß, am 18. November 2002, in einem Brief an die Koordinatoren und Schatzmeister der Departements des Pôle Républicain mitteilen, daß die Beitragslage nicht den Bedingungen entspricht. Von den für die drei Anträge eingereichten Unterschriften sieht der Beitragsstand der Unterzeichner, am 13. November 2002, so aus:

Antrag Autexier et al. - 590 Unterschriften, davon 294 beitragskonform, Antrag Loridant et al. - 350 Unterschriften, davon 101 beitragskonform, Antrag Morvan - 210 Unterschriften, davon 48 beitragskonform.

Die Anträge werden angenommen, wenn mindestens 200 Unterschriften, die aus mindestens zwanzig Departements kommen müssen, von den Unterstützern gesammelt sind, die nicht mit dem Beitrag im Rückstand sein dürfen. Der Jahresbeitrag beträgt 31 Euro, zuzüglich 10 Euro Kongreßgebühren. (35) Nicht, daß das nicht geregelt würde bis zum Gründungskongreß, es zeigt aber doch, welcher loser Haufen Sympathisanten den Pôle Républicain bildet. Dieser ist bislang ein reichlich ephemeres Gebilde.

La Bibliothèque républicaine - was der gebildete Republikaner liest

Aufschlußreich ist die “Bibliothèque républicaine”, die republikanische Bibliothek, in der als lesenswert bezeichnete Bücher, “um sich dem Republikanismus anzunähern”, aufgelistet sind. Darunter sind

- zahlreiche Bücher über den General de Gaulle,
- Bücher von Mitgliedern der Fondation du 2 mars (ex-Marc Bloch),
- von Jean-Pierre Chevènement, u.a. mit Karikaturen von Plantu, dem Karikaturisten der Le Monde,
- vom rechtsextremen Paul-Marie Coûteaux, von Charles Pasqua und Philippe Séguin, aus den 90er Jahren,
- von Pierre-André Taguieff, 2001, der sich gegen die Globalisierung wendet und in ihr den Willen zur Beseitigung von Völkern, Nationen und souveränen Staaten sowie die Gefahr der Vernichtung aller Lebewesen sieht,
- von Régis Debray, 1999, ebenfalls Mitglied der Fondation du 2 mars, “Le code et le glaive - après l’Europe, la nation?”, Das Gesetzbuch und das Schwert - nach Europa, die Nation?,
- die Bücher von Max Gallo über Maximilien de Robespierre, Jean Jaurès, die Bände über Charles de Gaulle und über “Bleu-Blanc-Rouge” sowie “Les Patriotes”, die Patrioten,
- Bücher von Charles de Gaulle, herausgegeben 1975, und über ihn, 2002, “Charles de Gaulle et la Nation”, von einem Autorenkreis, herausgegeben von der Fondation Charles de Gaulle und erschienen beim rechtsextremen Verlag François - Xavier de Guibert.

In diesem Verlag erscheint auch das Buch des royalistischen Historikers Pierre Hillard, von der 1947 wiedererweckten “Action française”, die sich offen gegen die Demokratie wendet, mit einem Vorwort von Paul-Marie Coûteaux, “Minorités et regionalismes dans l’Europe fédérale des régions - Enquête sur le plan Allemand qui va bouleverser l’Europe”, Minderheiten und Regionalismus im föderativen Europa der Regionen - Untersuchung über den deutschen Plan, der Europa umwälzen wird.

Aufgelistet in der “Bibliothèque Républicaine” wird andererseits das Buch “La République moderne”, von Pierre Mendès-France, von 1962, diesem aufrechten sozialistischen Kämpfer gegen die bis 1936 aktiven “Camelots du roi”, die Königstreuen der “Action française”, und Regierungsmitglied des Front populaire des Léon Blum. Während des Krieges wird er, der Jude, von der Vichy-Regierung fälschlich als Deserteur bezeichnet und verurteilt. Dem Gefängnis entflieht er, um sich dem Widerstandskampf anzuschließen. 1942 schlägt er sich zur französischen Exilregierung, nach London, durch. Seitdem ist er Mitstreiter des Generals Charles de Gaulle, “Compagnon de la libération”. Jetzt kann er sich, ebenso wie General Charles de Gaulle, nicht mehr dagegen wehren, in diese rotbraune Querfrontliste aufgenommen zu werden, denn er ist seit zwanzig Jahren tot und Charles de Gaulle bereits seit 32 Jahren.

Als Beispiel für die Ausmaße des Querfrontprojektes mag das in diesem Jahr ebenfalls im Verlag François - Xavier de Guibert unter dem Motto “Combats pour la liberté de l’esprit”, Kämpfe für die Freiheit des Geistes, erschienene Buch des 26-jährigen Nationalrats des MDC und Doktoranden Marc Joly “Le souverainisme - pour comprendre l’impasse européenne”, der Souveränismus - zum Verständnis der europäischen Sackgasse, sein. Das Vorwort schreibt der Preisträger der Académie française Philippe de Saint Robert. Er selbst publiziert u.a. über Charles de Gaulle und über den Rückzug der französischen Sprache.

In einem Interview mit dem Präsidenten der in Straßburg ansässigen souveränistischen Vereinigung “Jeune France” Raphael Dargent wirft er den französischen Eliten pauschal Feindschaft, sogar Haß gegen ihre Sprache vor, einen kollektiven Verrat. Nebenbei zieht er gegen die Linksregierung zu Felde und gegen die Wahl des Präsidenten statt alle sieben, nunmehr alle fünf Jahre, was er für “euromaniaque”, für europaverrückt, hält. Im Interview werden der Rückzug der französischen Sprache mit dem des Einflusses Frankreichs in der Welt in direkte Verbindung gebracht und die Globalisierung und weltweite Amerikanisierung dafür verantwortlich gemacht. Das Nachwort zu diesem Buch schreibt Jean-Pierre Chevènement. (40)

Wer aber ist Jean-Pierre Chevènement, der “Che”?

Auf den Punkt gebracht: Dieser Mann ist sich immer treu geblieben. Schließlich kann er nicht dafür, daß ihn andere für einen Linkssozialisten gehalten haben, oder ihn gar noch dafür halten.

Geboren wird er 1939 in Belfort. Sein Studium absolviert er am Institut d’études politiques (IEP), dem Institut für politische Studien, Paris. Die Memoiren seiner Studienzeit, mit dem Titel “La Droite nationaliste face à l’Allemagne”, Die nationalistische Rechte im Hinblick auf Deutschland, widmet er Raoul Girardet, seinerzeit verantwortlich für die Propaganda der terroristischen OAS des Pierre Sergent in Frankreich. (41)

Raoul Girardet, heute emeritierter Professor, war Direktor des Diplôme Études Supérieures Spécialisées (DESS) für

Verteidigung an der Universität Paris II-Assas und Generaldelegierter des Zentrums für Analyse der europäischen Sicherheit (C.A.S.E.). Er lehrte an der Sorbonne, am IEP, an der Militärakademie von Saint-Cyr, und er war Studiendirektor am Kolleg der vereinigten Waffengattungen. Er ist Autor zahlreicher Werke, darunter "La société militaire dans la France", Die militärische Gesellschaft Frankreichs, "Le nationalisme français", der französische Nationalismus, "Nationalismes et nation", Nationalismen und Nation, um einige Werke der letzten Jahre zu nennen. (42)

Dank spricht Jean-Pierre Chevènement dem militant royalistischen Orléanisten Pierre Debray aus, der 1996 gemeinsam mit Roland Gaucher, dem Direktor des "National Hebdo", Zeitschrift des Front National, Herausgeber des katholisch-faschistischen "L'Insurgé" ist. (43)

1961-62 ist Jean-Pierre Chevènement als Unterleutnant überzeugter Kämpfer für das französische Algerien. Anschließend studiert er, im selben Jahrgang "Stendhal" wie Lionel Jospin, an der École Nationale d'Administration (ENA). Dort frequentiert er die national-soziale 1958 gegründete Organisation "patrie et progrès", Vaterland und Fortschritt, die aus der "Synarchie" (39) hervorgegangen ist, einer Weltanschauung, die sich aus der Versailler Mystik des Joseph-Alexandre Saint-Yves d'Alveydre (1842-1909) herleitet. Zwischen den zwei Weltkriegen entwickelt sie sich vor allem in den "Grandes Écoles", den elitären Hochschulen. Ihre Anhänger wollen unter der politischen Autorität eines "collège de gands initiés", Kolleg der großen Eingeweihten, Herrschaft ausüben auf Grund ihrer technischen Fähigkeiten. Sie leugnen Klassengegensätze und wollen die Spaltung von rechts und links überwinden. Nur so, meinen sie, profitiere auch der Schwache, und es gebe eine für alle Klassen gerechte Politik. Zur Zeit der Vichy-Regierung rechtfertigen sie die Notwendigkeit der Kontinuität des Staates, um ihre Karriere fortsetzen und die Interessen der großen Konzerne wahren zu können.

Nach der Befreiung sagen sich die Anhänger dieser Weltanschauung von allen ihren Verstrickungen in die Kollaboration los und machen sich daran, die ENA und das Planungskommissariat zu gründen. Damit steuern sie von da an die Wirtschaft und die Elitenbildung, und zwar über alle politisch unterschiedlichen Ansichten der einzelnen Führungskräfte hinweg. Die politische Anbindung ist zweitrangig. (44)

In der Organisation "patrie et progrès" verbündet sich Jean-Pierre Chevènement hauptsächlich mit anderen "énarques", Enarchen, Studenten

der ENA, wie Didier Motchane, dem wir jetzt im Pôle Républicain wieder begegnen.

1964 tritt er in die SFIO, diese alte sozialistische Partei des Jean Jaurès und Léon Blum ein, wo er Mitarbeiter von François Mitterand wird, einem ehemaligen Funktionär der Vichy-Regierung und Verteidiger der Interessen der Synarchen nach der Befreiung. 1966 gründet er den linkssozialistischen Club "Centre d'Études, de Recherche et d'Éducation Socialistes (CERES)". Auf dem Kongreß von Épinay spielen er und sein Club, im Juni 1971, eine entscheidende Rolle bei der Verdrängung Guy Mollets und seines Kreises von der Macht, zugunsten von François Mitterand. Mit seinem CERES tritt er dem Parti socialiste (PS) bei. (39) Der Club CERES tritt dort immer autonom auf. Auf den Kongressen des PS erhält er bis zu einem Viertel aller Stimmen. Er formuliert die Richtung der Partei.

Sie basiere auf zwei Grundsätzen:

- für Ungerechtigkeit und Ungleichheit der Lebensbedingungen der Bürger verantwortliche kapitalistische Logik muß in Frage gestellt werden,
- die hauptsächlich in Sozialisten und Kommunisten geteilte Linke muß sich vereinigen.

Nach allem, was bislang über Jean-Pierre Chevènement und seine Politik sowie die Personen, die sie verkörpern, in diesem Artikel herausgefunden wurde, kann man sagen, daß diese Erklärungen die reine Lüge und Demagogie sind.

Nach wechselvollen Zeiten des Clubs in und außerhalb des PS ist Jean-Pierre Chevènement dort ab 1979 wieder voll dabei und verfaßt zu großen Teilen das "sozialistische Programm", das François Mitterand 1981 an die Macht bringt. Er wird zunächst Staatsminister und Minister für Forschung, dann Industrieminister, und versucht, einen Staatskapitalismus durchzusetzen. Er demissioniert schon im März 1983, wegen der Austeritätspolitik des Jacques Delors und weil ihm der Regierungskurs insgesamt zu liberal wird. Der CERES habe das "Alibi" der Sozialisten abgelehnt, mit dem sie ihre Konversion zum Sozialliberalen verkleidet hätten, nämlich den Aufbau Europas, so wie er dann geschehen sei. Deshalb sei der CERES gegen Maastricht. Der CERES lehne aber, und das sei der entscheidende Grund zum Bruch mit dem PS, die Folgen der Europa- und Wirtschaftspolitik der Regierung, die Weltpolitik betreffend, ab und hier insbesondere die zwischen Frankreich, Europa und den USA entstandenen Beziehungen. Die Anlehnung Europas an die Politik der USA habe in die Krise und zum Golfkrieg 1990-91 geführt. (45)

Inzwischen ist er aber 1984-86 unter Laurent Fabius Erziehungsminister und von 1988-91 trotz seiner Gegnerschaft zu Michel Rocard in dessen Regierung Verteidigungsminister. Im Februar 1991 demissioniert er als Verteidigungsminister, offiziell da er die Anlehnung der französischen Außenpolitik an die der USA im Golfkrieg nicht mitträgt, tatsächlich aber seiner persönlichen Beziehungen zu Saddam Hussein wegen. Er steht weiter der "Association franco-irakienne de coopération économique", der französisch-irakischen Vereinigung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor, einer Gründung des pro-arabischen und anti-israelischen Gilles Munier, der aus der nationalrevolutionären rechtsextremen Gruppe "Jeune Europe" hervorgegangen ist.

1985 benennt sich der CERES um in "Socialisme et République", Sozialismus und Republik, und tritt als Richtungsgruppe dem PS wieder bei. 1993 benennt sich die Gruppe in "Mouvement des Citoyens (MDC)" um und wird eine selbständige nationalistische sich gegen den Vertrag von Maastricht richtende Partei. Seit der Zeit verbündet sich Jean-Pierre Chevènement hauptsächlich mit Rechten und Rechtsextremen unterschiedlicher Konvenienz sowie mit einigen teils extremen Linksgruppen. (39) Einen Eindruck kann man sich verschaffen, wenn man die Linkliste vom "Appel d'R" über ATTAC bis zur Zeitschrift "Utopie critique" (Communisme - Nation - République) des François Morvan durchgeht. (27)



Auf die rethorisch gestellte Frage, ob man den MDC zwischen dem PCF und dem PS ansiedeln könne, antwortet er: Mit der kommunistischen Partei hat es die gemeinsame Kritik der Art, wie Europa aufgebaut wird, erlaubt, bei den letzten Wahlen, 1997, zur Nationalversammlung in ca. 60 Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. (43) Ein gelungener Streich also, linke nach rechts hinüberzuziehen. Ein echtes Querfrontprojekt. Andererseits ist das Motto dieser Zusammenarbeit der Kampf gegen das System des politisch Korrekten und gegen das Einheitsdenken, ein Motto, das die Absichten des Jean-Pierre Chevènement denen des Front National annähert.

Dennoch holt ihn sein alter Freund und ENA-Kamerad Lionel Jospin 1997 als Innenminister in die Regierung ("nur die allerdümmsten Kälber ..."). Von dort demissioniert er im Jahre 2000, nun zum drittenmal, diesmal aus Protest gegen die Korsikapolitik der Regierung.

Im März 2001 verläßt der MDC nach den Gemeindewahlen die pluralistische Linke. Am 4. September 2001 verkündet der "Che" seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 2002. Am 19. Januar 2002 konstituiert sich der Unterstützerkreis Pôle Républicain. Das Image Jean-Pierre Chevènements, ein Linker zu sein, hat bewirkt, daß er bei den diesjährigen

Präsidentschaftswahlen 5,33 Prozent der Stimmen abgreifen konnte. Gerade so viele, wie nötig waren, um Lionel Jospin aus dem Rennen zu werfen.

Nun kann man diesen langen Artikel wieder von vorn lesen und wird keinem der erwähnten im Pôle Républicain zusammengeschlossenen angeblichen Linken auch nur ein einziges Wort mehr von dem glauben, was er sagt. Den Rechten und Rechtsextremen hingegen darf man dazu gratulieren, die Trennlinie nach links aufgeweicht zu haben. Das verdanken wir Jean-Pierre Chevènement, dem "Che", der immer das war, was er heute ist: ein rechter bis rechtsextremer Nationalist. Sein zukünftiger politischer Weg wird das weiter verdeutlichen.

Querfront heißt immer, daß Linke nach rechts gezogen werden. Es ist niemals umgekehrt. Querfront heißt, daß sich Linke auf primitiven Antikapitalismus, undifferenzierten Antiamerikanismus und latenten bis offenen Antisemitismus einlassen. Die Übergänge von der kommunistischen Partei, über die Sozialisten und die rechten Bürgerparteien bis hin zum Front National sind fließend.

Anmerkungen:

(1) Front National 93 Seine St Denis - Avec Le Pen, les Français d'abord! Pour vivre en paix chez nous il faut que ça change! - <<http://www.fn93.com/>>

(2) zitiert nach: Les Rouges-Bruns votent Chevènement..., Par Didier Daeninckx, Paris, lundi 25 février 2002, <<http://www.amnistia.net/news/articles/chevenem/chevenem.htm>>

(3) Petit Robert 1, par Paul Robert, Paris 1987, S. 1474

(4) Von der Gründung des Vorgängers des Parti socialiste (PS), Januar 1966, bis zum geplanten Gründungskongreß des Pôle Républicain, 25.-26. Januar 2003, - <<http://francepolitique.free.fr/PMDC2.htm>>

(5) Appel des jeunes gaullistes républicains et sociaux - Appel d'R (Appel d'R ist eine Gruppe jüngerer Gaullisten zur Unterstützung von Philippe Séguin) - <<http://appelr.free.fr/indexframes.html>>

Rassemblement pour la France - RPF - <<http://francepolitique.free.fr/PRPF2.htm>>

(6) Kuntz (Florence). In: Réseau Voltaire, 24.6.1999  
<<http://www.reseauvoltaire.net/article677.html>> und Lettre à Florence Kuntz, par Amaury Nardone, Droite libérale-chrétienne, 2.12.2001, <<http://www.d-l-c.org/chronique.asp?art=91>>

(7) Le Mouvement Occident. Réseau Voltaire (97/0330)  
<<http://decrypt.politique.free.fr/divers/assospol/occident.shtml>>  
L'Institut d'histoire sociale (IHS), Réseau Voltaire - <<http://decrypt.politique.free.fr/divers/assospol/histoire.shtml>>

(8) À droite, les grandes manœuvre ..., par Patrick - groupe Durruti (Lyon), 1999, <[http://www.federation-anarchiste.org/ml/numeros/1128/article\\_4.html](http://www.federation-anarchiste.org/ml/numeros/1128/article_4.html)>  
Zu der Gruppe Durruti siehe <<http://www.chez.com/lyonanarchiste/Groupes/Durruti/Durruti.htm>>

(9) Chevènement au Paradis, par Fabrice Moulin, L'Hémicycle, 13 mars 2002 - <<http://appeldr.free.fr/presse.htm>>

(10) 'Marc Bloch', fondation plurielle contre la 'pensée unique', L'Humanité, 19 mars 1998 - <<http://www.humanite.presse.fr/journal/98/98-03/98-03-19/98-03-19-075.html>>

(11) Deux exercices récents du droit de réponse - Noam Chomsky dans Libération, Elisabeth Lévy dans Télérama - soulèvent quelques problèmes dont on confie parfois la solution à la déontologie, <<http://acrimed.samizdat.net/journalismes/pratiques/reponselevy.html>>. Siehe auch: <<http://www.samizdat.net>>  
Noam Chomsky schrieb übrigens das Vorwort zum im rechtsextremen Verlag La Vieille Taupe herausgegebenen Buch des Negationisten Robert Faurisson "Mémoire en défense. Contre ceux qui m'accusent de falsifier l'histoire. La question des chambres à gaz." Die Erinnerung in der Verteidigung. Gegen diejenigen, die mich anklagen, die Geschichte zu verfälschen. Die Frage der Gaskammern - <<http://www.amnistia.net/librairie/amnistia/n21/chomsky.htm>>  
Zum Verlag Samizdat siehe: Sciences inhumaines à l'Harmattan, Die unmenschlichen Wissenschaften beim Verlag l'Harmattan, par Didier Daeninckx, Amnistia.net, 18.9.2000 <<http://www.amnistia.net/news/enquetes/harmatt/doc1.htm>>

(12) Les dix plaies de la démocratie, Die zehn Wunden der Demokratie, par Michel Soudais, in: Politis, vom 21.3.2002 - <[http://www.politis.fr/article.php3?id\\_article=118](http://www.politis.fr/article.php3?id_article=118)>

(13) Groupe socialiste Conseil Général 91 - <<http://www.groupeps91.org/guedj.htm>>  
La Fondation Marc Bloch conteste l'hégémonie idéologique de la Fondation Saint-Simon. Réseau Voltaire, 29. Februar 1998 - <<http://www.reseauvoltaire.net/imprimer982.html>>  
Siehe dazu auch: La Site du Nouveau Monde d'Henri Emmanuelli - <<http://www.democratie-egalite.fr/st/>>  
sowie den Appell von Argelès der Gruppe Noeveau Monde: L'APPEL D'ARGELES, vendredi 4 octobre 2002, <[http://www.michel-vergnier.com/rubrique.php3?id\\_rubrique=2](http://www.michel-vergnier.com/rubrique.php3?id_rubrique=2)>  
"les Mollétistes", nach dem Widerstandskämpfer Guy Mollet, von der Section Française de l'Internationale Ouvrière (S.F.I.O.), der seinerzeit, 1972, zugunsten von François Mitterrand als Generalsekretär des PS abgelehnt wird. Siehe dazu: La vie des partis politiques : l'exemple de la S.F.I.O. (1905-1969) - <<http://gallica.bnf.fr/themes/PolXVIIIIs.htm>>

(14) Les Francophobes - <<http://www.republicain.net/site1/lectures/francophobes.html>>  
Lesenswert dort ist die Rezension "betreffend einer neuen Ideologie der Herrschaft", von Julien Landfried, seinem Kameraden aus der "Génération République"

(15) Le MDC en campagne pour un référendum sur la monnaie unique - M. Chevènement rencontrera le PCF <<http://decrypt.politique.free.fr/partis/mdc/monnaie.shtml>>

(16) MARC BLOCH. Note bibliographique de L'étrange défaite - <<http://www.phdn.org/histoire/bloch.html>>

(17) FONDATION DU 2 MARS (ex-FONDATION MARC-BLOCH)  
Président : Pierre-André Taguieff, Secrétaire-générale : Elisabeth Lévy  
Conseil d'administration : Suzel Anstet, Jean-Claude Barreau, Michel Ciardi, Philippe Cohen, Jean-Christophe Comor, Henri Guaino, Elisabeth Lévy, Pierre Lévy, Georges Liébert, Jean Magniadas, David Martin-Castelnau, Michel Moïse-Mijon, François Morvan, Didier Motchane, Luc Richard, Marc Riglet-Chevance, Arnaud Spire, Pierre-André Taguieff, Emmanuel Todd, Bernard Vasseur - <<http://notre.republique.free.fr/Republicains.htm>>

(18) Appel fondateur de la Fondation du 2 Mars - <<http://notre.republique.free.fr/DocAFMB.htm>>  
La Fondation Marc-Bloch conteste l'hégémonie idéologique de la Fondation Saint-Simon,

<<http://www.reseauvoltaire.net/imprimer982.html>>  
Die 1982 gegründete Fondation Saint-Simon wird zum 31. Dezember 1999 aufgelöst. Sie war Mitglied des Club de la Hague und wurde von der Großindustrie und von Großbanken sowie aus Mitteln der US-amerikanischen Regierung über den American Council of Foundation finanziert. Präsident war seinerzeit Roger Fauroux, ehemaliger Industrieminister, ex-Präsident von Saint-Gobain und jetziger Manager bei France Télécom. Die Arbeitsministerin Martine Aubry, Tochter von Jacques Delors, war Mitglied der Stiftung. La Fondation Saint-Simon - <<http://decrypt.politique.free.fr/divers/assospol/simon.shtml>>  
La Fondation Saint-Simon, une histoire accomplie, par Pierre Rosenvallon, Le Monde, 23 juin 1999, <<http://pythie.cepremap.ens.fr/~piketty/Papers/Presse/LeMonde230699.htm>>

(19) LCP-AN "Aux Livres Citoyens!" - <<http://www.assemblee-nat.fr/lcp/citoyens.asp>>  
France Culture, <[http://www.radiofrance.fr/chaines/france-culture2/dispute/fiche.php?diffusion\\_id=6054](http://www.radiofrance.fr/chaines/france-culture2/dispute/fiche.php?diffusion_id=6054)>  
CONSEIL CONSTITUTIONNEL - <<http://www.conseil-constitutionnel.fr/divers/disclaimer.htm>>

(20) Pierre-André Taguieff - Face au Front national. <<http://www.ombres-blanches.fr/pages/bulletin/octnov1998/taguieff.html>>  
Sur la Nouvelle Droite. <<http://www.editions-descartes.fr/pages/websurleslivres/essais/surlanouvelledroite.html>>

(21) Pierre-André Taguieff: contre Le Pen, revivifier l'Etat-nation. In: Humanité, vom 29. Oktober 1996, <<http://www.humanite.presse.fr/journal/1996/1996-10/1996-10-29/1996-10-29-053.html>>

(22) Les apprentis sorciers. Die Zauberschülerlinge. In: amnistia.net/les enquêtes interdites, no 16, 25.4.2002 <<http://www.amnistia.net/librairie/amnistia/n16/sorciers.htm>>

(23) Les lobbies des sectes - <<http://membres.lycos.fr/tussier/lobbies.htm>>  
CESNUR. Center for Studies on New Religions - <<http://www.cesnur.org/>>  
Du Temple Solaire au réseau Gladio, en passant par Politica Hermetica..., par Didier Daeninckx 27. Februar 2002 - <<http://www.amnistia.net/librairie/amnistia/n13/tempsol.htm>>  
Affaire Plantin: le jury universitaire a fabriqué un faux!, par Didier Daeninckx, (avec la participation du Cercle Marc Bloch), 23. April 2001 - <<http://www.amnistia.net/news/articles/negdoss/plantuni/plantuni.htm>>  
Jean Plantin, condamné deux fois pour négationnisme, diffuse ses thèses sur Internet, par Sophie Landrin, Le Monde, 28. Januar 2002 - <[http://www.lemonde.fr/imprimer\\_article/0,6063,260327,00.html](http://www.lemonde.fr/imprimer_article/0,6063,260327,00.html)>

(24) "Julius EVOLA 1898-1998 : Éveil, destin et expériences de terres spirituelles", Erwachen, Schicksal und Erfahrungen geistiger Welten. Konferenz zum 100. Geburtstag Julius Evolas. Kollektiv EA <<http://perso.wanadoo.fr/collectif.ea/langues/anglais/acteesf.htm>>

(25) Informationsdienst gegen Rechtsextremismus. Lexikon. <<http://www.idgr.de/lexikon/bio/e/evola-julius/evola.html>>



(26) Pôle Républicain (PR) - <<http://francepolitique.free.fr/PMDC.htm>> und L'Institut d'histoire sociale, Réseau Voltaire 97/0330 - <<http://decrypt.politique.free.fr/divers/assospol/histoire.shtml>>

(27) Die Links finden sich unter: Les gentils - Liens républicains et citoyens <<http://notre.republique.free.fr/NRLiens.htm>>  
Commentaire du site de campagne de Jean-Pierre Chevènement, Place publique, mars 2002, zitiert in: Revue de presse <<http://appeldr.free.fr/presse.htm>>  
"Marcos n'existe pas, nous sommes tous Marcos". Marcos gibt es nicht, wir sind alle Marcos <[http://www.lafriche.org/grenouille/emissions/culture\\_vivante/marcos/](http://www.lafriche.org/grenouille/emissions/culture_vivante/marcos/)>

(28) Chevènement, général d'une armée décimée, par Elsa Freyssinet, "Le Figaro", 9 mai 2002, zitiert in: Revue de presse <<http://appeldr.free.fr/presse.htm>>

(29) Mouvement Pour la France - <<http://www.mpf-villiers.org/>>

(30) Le Pôle Républicain: une nouvelle convergence politique autour de Jean-Pierre Chevènement, <<http://www.mdc-20eme.net/Pole%20republicain.htm>>

(31) Les apprentis sorciers. In: amnistia.net/les enquêtes interdites, no 16, 25.4.2002 - <<http://www.amnistia.net/librairie/amnistia/n16/sorciers.htm>>

(32) Qu'est-ce que le Souverainisme? Comment le constituer en doctrine dans l'Europe d'aujourd'hui?  
3ème UNIVERSITE D'ETE DE LA SOUVERAINETE, Valence, 14 et 15 septembre 2002, <<http://www.souverainete.org/ht/universite.html>>

(33) LA CHARTE DE LA SOUVERAINETÉ - <http://egsn.free.fr/index.html> sowie L'ENTENTE SOUVERAINISTE AU SERVICE DE LA SOUVERAINETE  
Présentation de l'Entente Soverainiste, par Alain Bournazel secrétaire général <<http://www.souverainete.org/ht/entente.htm>>

(34) L'extrême droite et la guerre des Balkans: Engagés pour le pire, par Didier Daeninckx, August 1999, <<http://www.amnistia.net/piazza/daeninx/daeninx.htm>>  
Zur Einschätzung Gennadi Sjuganows siehe auch den Beitrag des Journalisten und Rußlandspezialisten Serge Leyrac, in den 80er Jahren Korrespondent der

kommunistischen Zeitung L'Humanité in Moskau:  
L' "idée russe" selon Guennadi Ziouganov, par Serge Leyrac (novembre 1998), <<http://www.samovarnet.org/samovar4/samovar4ziouganov.html>>

(35) Pour que la République redevienne une idée neuve, par Didier Motchane  
Dieser und die weiteren Beiträge auf der Startseite des Pôle Républicain <<http://pole-repubblicain.org/contributions.php3>>  
TROIS PROJETS POUR UNE GAUCHE REPUBLICAINE DU XXIème SIECLE, par Jean-Michel Dejenne, 11.11.2002  
Contribution républicaine radicale à la convention du pôle républicain du 26/10/02 Libres Propos pour la constitution d'un mouvement populaire républicain, par Alexandre Dorna (Antenne radicale), 19.10.2002  
(Dort befinden sich auch die genannten drei Anträge sowie weitere "Beiträge zur Debatte" verschiedener, mehrheitlich links orientierter Komitees des Pôle Républicain)  
Lettre aux coordinateurs et trésoriers départementaux, par Jean-Pierre Chevènement, 18.11.2002

(36) D'Épinay au Panthéon - <[http://www.cliosoft.fr/05\\_01/epinay\\_pantheon.htm](http://www.cliosoft.fr/05_01/epinay_pantheon.htm)>

(37) Sans-papiers: des critiques de mauvaise foi, par Didier Motchane Le Monde, 16.7.1998, <<http://bok.net/pajol/debat/presse/lemonde/motchane.html>>

(38) Pour un contrôle démocratique urgent de la politique internationale - <<http://cicg.free.fr/dirliens/controle.htm>>

(39) Intervention de Jean-Pierre Chevènement 09-09-2001 à Vincennes, auf der Startseite des MDC Hauts-de-Seine - <<http://mdc92sud.free.fr/Accueil.htm>>

(40) Bibliothèque républicaine, <<http://notre.republique.free.fr/Biblio.htm>>  
Entretien avec Philippe de Saint-Robert, Interviewer Raphael Dargent. In: Une Certaine Idée, « Le défi de la langue française », n°8, 3ème trimestre 2000 - <<http://www.jeune-france.org/Saint-RobertE.htm>>  
Pierre Mendès-France (1907-1982) - <<http://pluriel.free.fr/PMF.html>> und Biographie de Pierre Mendès-France <<http://www.pierremendesfrance.asso.fr/html/bio.htm>>

(41) Jean-Pierre Chevènement, ministre de l'Intérieur. Réseau Voltaire, 23. Juni 1997 <<http://www.reseauvoltaire.net/imprimer1675.html>>

(42) Raoul Girardet - <[http://www.versdemain.com/ca/article.php3?id\\_article=71](http://www.versdemain.com/ca/article.php3?id_article=71)>

(43) Roland Gaucher ist von 1942-44 Mitglied der Kollaboristenvereinigung Jeunesses Nationales-Populaires des Marcel Déat, eines Anhängers von Philippe Pétain, der auf der Seite der Okkupanten steht und dazu auffordert, sich der Nazi-Armee anzuschließen. Les Rouges-Brunos votent Chevènement..., par Didier Daeninckx, Paris, lundi 25 février 2002 <<http://www.amnistia.net/news/articles/chevenem/chevenem.htm>>

(44) La Synarchie. Réseau Voltaire, 23. Juni 1997 <[http://www.reseauvoltaire.net/article1676.html?var\\_recherche=synarchie](http://www.reseauvoltaire.net/article1676.html?var_recherche=synarchie)>  
Informationsdienst gegen Rechtsextremismus - Lexikon - Stichwort "Synarchie", <<http://www.idgr.de/lexikon/stich/s/synarchie/synarchie.html>>

(45) Comment est né le MDC ? - <<http://mdc-france.pole-republicain.org/mdc/mdc.html>>

# Die linke Wochenzeitung

# Jungle World

**Für 10 Euro 5 Wochen im Probe-Abo testen!**

Ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* fünf Wochen für zehn Euro testen. Ich lege zehn Euro in bar oder als Verrechnungsscheck bei. Das Probe-Abo gilt für fünf Wochen, es verlängert sich nicht automatisch.

**Bestenfalls unterschreiben**

**Das Probe-Abo geht an:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Tel. (für evtl. Rückfragen) \_\_\_\_\_

**Ausfüllen und senden an:**  
**Jungle World**  
 Bergmannstr. 68  
 D-10961 Berlin

WWW.JUNGLE-WORLD.COM

Jeden Mittwoch 32 Seiten Politik und Kultur – aktuell und kritisch

Wo die Linke nicht nur an Deutschland denkt: Die Euro- und International Seiten

Subtropen: Das Supplement für Kritik und Versprechen

Die einzige Wochenzeitung mit Antifa- und Sport Seite

Dossier: Hintergründe, Analysen, Diskussionsbeiträge und Experimente

Diskus: Debatten um die richtigen Standpunkte der Linken

# aaa

# bbb

# ooo

# Schönheit ist nicht alles



die ganze Wahrheit über innere Werte in **konkret**

**J**a ich will konkret drei Monate für 9,50 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung legen  
 Scheck  Bargeld  Briefmarken in dieser Höhe bei.  
 Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 47 Euro, Studenten zahlen 37 Euro.

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnummer, PLZ \_\_\_\_\_  
 PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_  
 Telefon, Handynummer \_\_\_\_\_

Coupon senden an:  
**EVV KONKRET**  
 Eulstr. 111, 22761 Hamburg  
 oder <http://www.konkretverlage.de>

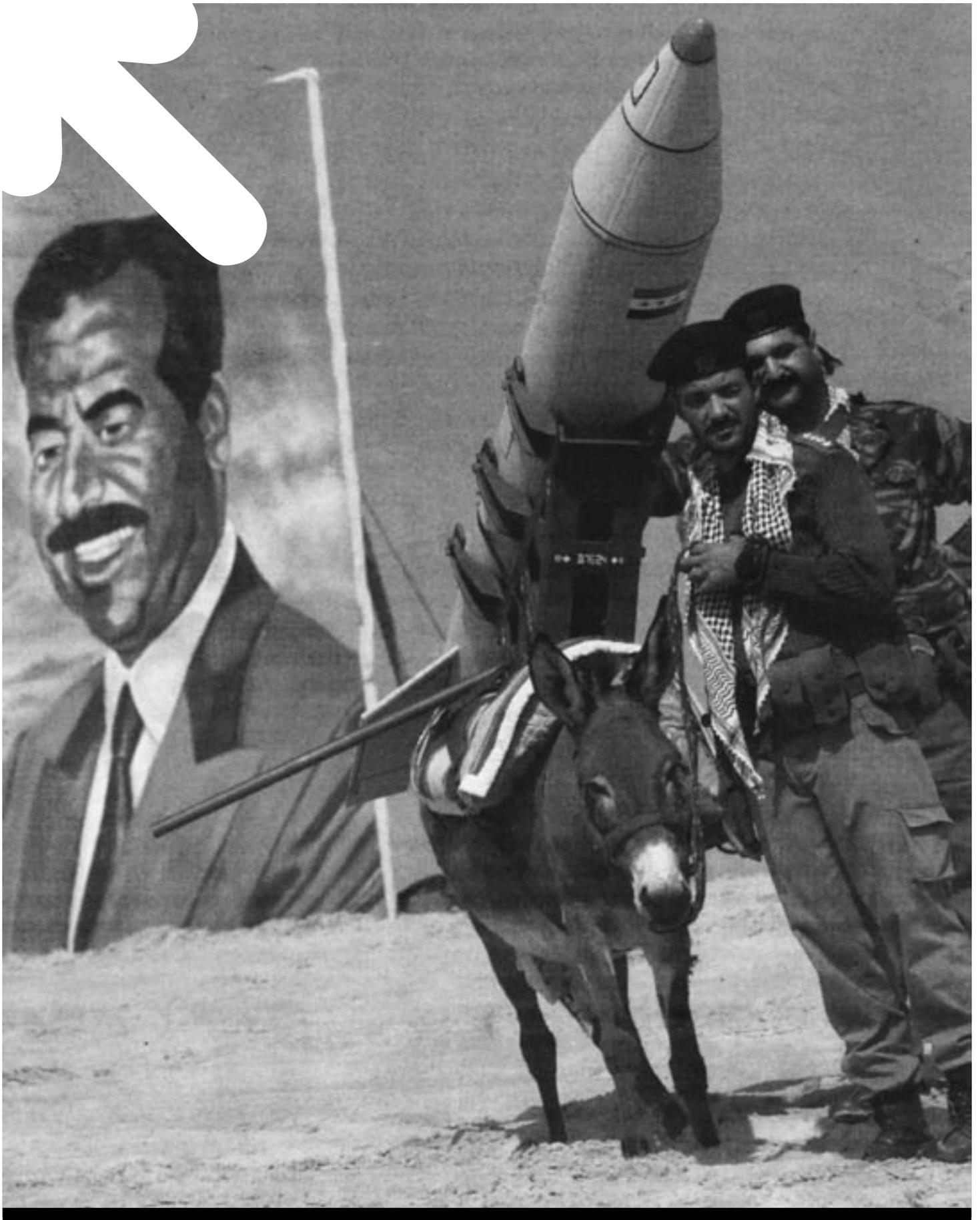
**JEDEN MONAT NEU**

## contact your local antigerman

- BgAA Berlin  
 www: [www.bgaa.net/](http://www.bgaa.net/)  
 mail: [bgaa\\_berlin@yahoo.de](mailto:bgaa_berlin@yahoo.de)
- BgAA Dresden  
 www: [www.bgaa-dresden.de/](http://www.bgaa-dresden.de/)  
 mail: [bgaa@bgaa-dresden.de](mailto:bgaa@bgaa-dresden.de)
- Cafe Morgenland  
 www: [www.fluchschrift.com/](http://www.fluchschrift.com/)  
 mail: [mail@fluchschrift.com](mailto:mail@fluchschrift.com)
- Sinistra! Frankfurt/Main  
 www: [www.copypriot.com/sinistra/](http://www.copypriot.com/sinistra/)  
 mail: [sinistra@gmx.li](mailto:sinistra@gmx.li)
- Antifa Duisburg  
 www: [www.antifa-duisburg.de](http://www.antifa-duisburg.de)  
 mail: [antifa.duisburg@gmx.de](mailto:antifa.duisburg@gmx.de)
- Antifa Recklinghausen  
 www: [www.re.antifa.net](http://www.re.antifa.net)  
 mail: [mailto:re@antifa.net](mailto:mailto:re@antifa.net)
- autonomes kollektiv [aka] Göttingen  
 www: [puk.de/aka](http://puk.de/aka)  
 mail: [aka@puk.de](mailto:aka@puk.de)  
 address: [aka] Göttingen  
 c/o Buchladen Rote Strasse  
 Nikolaikirchhof 7  
 37073 Göttingen
- Antideutsche KommunistInnen Berlin  
 www: [www.antideutsch.de](http://www.antideutsch.de)  
 mail: [anti-d@gmx.net](mailto:anti-d@gmx.net)
- [www.antisemitismustreit.tk](http://www.antisemitismustreit.tk)

## contact your local anifa

- Autonome Antifa Nordost [AANO]  
 www: [nordost.antifa.de](http://nordost.antifa.de)  
 mail: [aanb@mail.nadir.org](mailto:aanb@mail.nadir.org)  
 adress: autonome antifa nordost berlin  
 c/o baobab - eine welt laden  
 christburger str. 38 | 10405 berlin
- Treptower Antifa Gruppe [T.A.G]  
 www: [www.treptowerantifa.de](http://www.treptowerantifa.de)  
 mail: [t.a.g.@firemail.de](mailto:t.a.g.@firemail.de)  
 adress: treptower antifa gruppe  
 c/o infoladen daneben  
 liebigr. 34 | 12743 berlin
- Antifa Köpenick  
 www: [aak.antifa.de](http://aak.antifa.de)  
 mail: [aa-koepenick@gmx.de](mailto:aa-koepenick@gmx.de)  
 adress: antifa köpenick  
 c/o infoladen daneben  
 liebigr. 34 | 12743 berlin
- Autonome Antifa [M]  
 www: [www.puk.de/aam](http://www.puk.de/aam)  
 mail: [aam@mail.nadir.org](mailto:aam@mail.nadir.org)  
 address: autonome antifa [m]  
 c/o buchladen  
 nikolaikirchhof 7  
 37073 göttingen
- Venceremos Dresden  
 www: [venceremos.antifa.net/](http://venceremos.antifa.net/)  
 mail: [adi@deffas.sax.de](mailto:adi@deffas.sax.de)
- antifascist.youth.erfurt [a.y.e]  
 www: [www.aye.antifa.net/](http://www.aye.antifa.net/)  
 mail: [a.y.e@gmx.net](mailto:a.y.e@gmx.net)  
 address: Antifascist Youth Erfurt  
 c/o Infoladen Sabotnik  
 PF 101720  
 99017 Erfurt
- Antifa Hamm  
 www: [www.antifa-hamm.de/](http://www.antifa-hamm.de/)  
 mail: [mail@antifa-hamm.de](mailto:mail@antifa-hamm.de)  
 address: Antifaschistische Aktion Hamm  
 Postfach 1103  
 59001 Hamm



**GRUPPE.INTERNATIONALE.WEBTEAM**

[HTTP://WWW.NADIR.ORG/NADIR/INITIATIV/GI/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/gi/)

